

Schwerpunkt der Skin-Szene

Wirbel um den „Rechtsausleger“

Druck auf Hohmann nach antisemitischer Rede wächst

„Zuwanderung begrenzen“

14.2.83
Fred Turré (Schill-Partei) will Polizei stärken

Echo auf Hohmann

Auch die örtliche CDU diskutiert: Hat er eine zweite Chance verdient?

Vorwürfe gegen Funktionär der Lützower Jäger

Mißtöne um Feier am Göhrde-Denkmal

Nährboden für rechte Gewalt

„Freie Nationalisten“ Wahlhelfer der NPD

Ausschreitungen bei NPD-Kundgebung in Lüneburg

Skinhead-Angriffe auf die anrückende Polizei

Großaufgebot löst verbotene Veranstaltung im Landkreis auf



Für Ausländerrückführung
Gegen den „Doppelpaß“!

Icke

statt Ali!

konsequent national, sozial!

NPD

Die Nationalen

Mit Stahlrute zugeschlagen

Skin verletzt Inder am Kopf

Lüneburg

Rechtsaußen

Eine Dokumentation



Liebe Leserin ! Lieber Leser !

Im heutigen Deutschland ist es wieder möglich, dass Nazis gegen den Bau einer Synagoge demonstrieren können und dieses richterlich gestattet wird, wie in Bochum geschehen. Es ist in Lüneburg wieder möglich, dass die NPD - geschützt von ca. 2000 Polizisten - durch die Stadt ziehen und ihre rassistischen Parolen grölen darf, wie im November 2003 geschehen.

Über diese hier beispielhaft erwähnten neofaschistischen Umtriebe wird noch in den Massenmedien – wenn auch recht knapp – berichtet. Es ist noch eine Tagesmeldung wert.

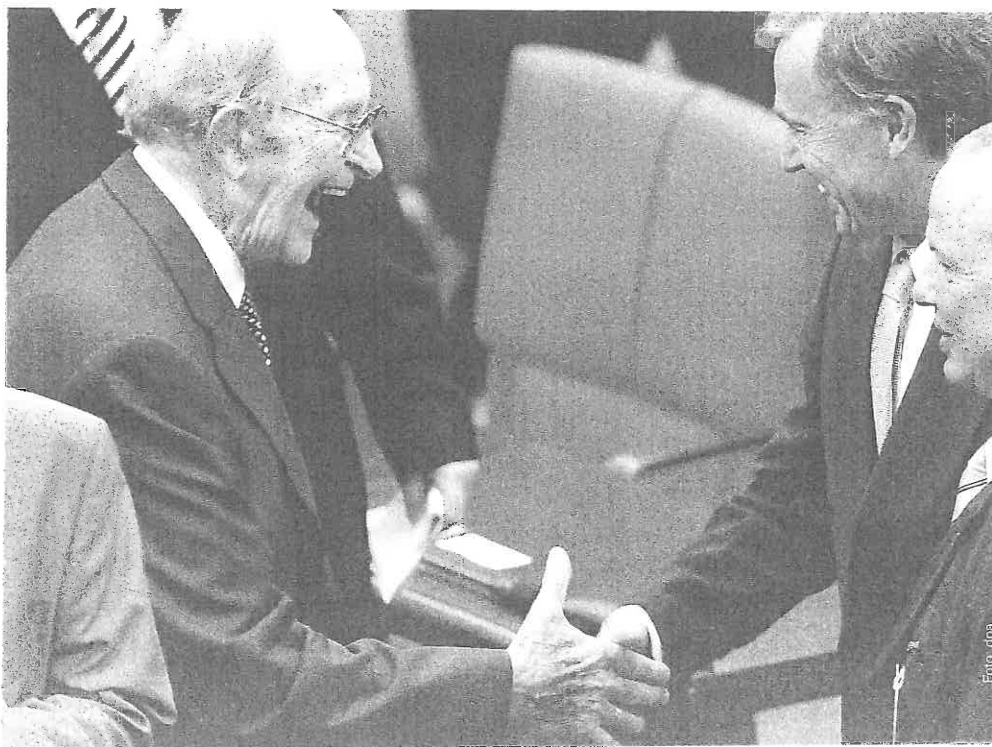
Dass aber der Kandidat Köhler sich mit der wahlentscheidenden Stimme eines Altnazi (Ex- Marine-richter Filbinger) zum Bundespräsidenten wählen ließ, wird schon als „normales“ politisches Verhalten interpretiert. Auch dass die derzeitige Diskussion um das Ausländerrecht mit Rechtsaußenargumenten geführt wird, wird kaum mehr kritisch hinterfragt. Denken Sie an den „ Fall Hohmann “ : Seine berüchtigte Rede trug der CDU-Politiker einem großen Publikum vor – und kein Wort der Kritik folgte.

Diese Rede war wochenlang im Internet nachzulesen – und niemand nahm Anstoß. Eine aufmerksame Leserin in den USA erst brachte in der Bundesrepublik „den Stein ins Rollen“.

Diese, und die vielen ähnlichen Vorgänge zeigen nicht nur eine gesellschaftliche Toleranz gegenüber faschistischen Aktivitäten, sondern auch eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber den Wegbereitern und Positionen des breiten Arsenal profaschistischer Ideologie und Politik an. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, formulierte einst B. Brecht.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung“. Dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald vom April 1945 ist unverändertes Leitmotiv unserer Organisation und heute aktuell wie ehemals. Wir versuchen mit der Herausgabe dieser Broschüre einen kleinen Beitrag zu leisten in diesem Kampf gegen die Gleichgültigkeit und Tolerierung von Rechtsaußen.

*Generationenvertrag Filbinger/Köhler: Der Nazi ist von seiner Wahl entzückt/
Der Gewählte vom Nazi-Entzücken beglückt*



aus: „konkret“ 8/04

Mit der vorliegenden Schrift setzen wir das Bemühen unserer Lüneburger VVN-BdA-Gruppe fort, unser Wissen über neofaschistische und ähnliche Aktivitäten am Ort – wie lückenhaft es auch immer noch sein mag – durch die Veröffentlichung von Chronologien und Darstellungen weiterzugeben. Zeitlich knüpfen wir an unsere Überblicksdarstellung „Neofaschismus in Lüneburg I: Die Republikaner“ und „Neofaschismus in Lüneburg II: Die NPD“ an und beginnen die Chronologie mit dem Jahre 1997. Inhaltlich erfolgt jeweils eine knappe Darstellung der Aktivitäten von Rechtsaußen, die teilweise durch Kommentare und Dokumente ergänzt wird. Wir beschränken uns bei der Auswahl für diese Chronologie ausschließlich auf Geschehnisse in der Stadt und im Landkreis Lüneburg. Eine Auflistung der vielfältigen Aktivitäten der örtlichen Neonazis im Umland oder anderen Bundesländern (etwa M. Börms Tätigkeit im Rahmen der NPD- Kampagne „Heimreise statt Einwanderung“ in Hannover, Osnabrück, etc.) haben wir nicht vorgenommen, denn dieses würde den Rahmen einer solchen Broschüre sprengen. Auf die Beschreibung bundesweiter Zusammenhänge und Vorgänge und auf die Dokumentation zentraler Parteiprogramme und Erklärungen der Neonazis haben wir ebenfalls verzichtet. Diese (insbesondere die Schriften „Der rechte Rand“, das „antifaschistische Infoblatt“, der „blick nach rechts“ und „antifaschistische Nachrichten“) sind bei Bedarf in unserem Büro einzusehen.

Die vorliegende Broschüre versteht sich nicht als Anti- „Antiantifa“-Aufruf. Es ist nicht Ziel dieser Schrift, einen individuellen Terror nach Art des neofaschistischen „Einblick“ zu initiieren, sondern zu dokumentieren. Andererseits sind es aber auch keine anonymen „Strukturen“, die eine neofaschistische Politik definieren und aktivieren, sondern es sind auch immer konkret handelnde Personen, welche als Träger dieser Politik auftreten. Insofern werden hier natürlich auch personenbezogene Angaben gemacht, soweit diese Personen für neofaschistische und reaktionäre Ideologien und Parteien öffentlich auftreten, Funktionen ausüben oder durch Gewaltbereitschaft in Erscheinung treten. Alle hier vorgestellten Daten, Informationen und personenbezogenen Angaben sind öffentlich zugänglichen Quellen entnommen.

Wir bedanken uns bei der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen für die umfassende Unterstützung bei der Erstellung dieser Informationsschrift.

Lüneburg, im Oktober 2004

Wir empfehlen folgende weiterführende Literatur unserer Bundesorganisation, die über unser Büro im Heinrich- Böll- Haus (Katzenstraße 2) zum Preis von je 3.-€ zu beziehen ist:

Neofaschismus in der BRD, Teil 1: Neofaschistische Ideologie
 Neofaschismus in der BRD, Teil 2: Organisationen des Neofaschismus
 Neofaschismus in der BRD, Teil 3 : Neofaschismus und Konservatismus
 Rechts Skinheads – Subkultur des Neofaschismus

Weg nach rechts wurde geebnet

Betr.: Aktion „Gesicht zeigen“

Zu der notwendigen und sicherlich auch in mancher Hinsicht hilfreichen Aktion ein paar Anmerkungen, die mir unvermeidlich erscheinen: Es ist gut und richtig, wenn sich demokratisch orientierte Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gegen den braunen Mob zur Wehr setzen, und zwar unabhängig davon, welcher Partei sie nahesteht. Es ist gut und absolut notwendig, zur Zivilcourage aufzurufen und sie selbst zu praktizieren. Insofern ist auch die Aktion begrüßenswert.

„Gesicht zeigen“

Ein paar Fragen aber dennoch – gerade angesichts von Phänomenen der letzten Jahre im Raum Lüneburg:

Ist der Protest gegen prügeln-de Skinheads, wie er sich zurzeit auf breiter Front darstellt, nicht eine sehr späte Reaktion angesichts zunehmend menschenverachtender Strukturen und Äußerungen, die in den letzten Jahren geradezu zahllos unser Land geprägt haben? Das Problem sind doch nicht ein paar „rechte Spinner“, sondern seit Jahren haben alle Parteien (und viele Institutionen!) den Weg nach rechts freigemacht! Die Äußerungen namhafter CSU-Politiker, man dürfe bei der politischen Gestaltung die Stammtisch-Meinungen nicht außer acht lassen, könnten inzwischen längst auch von Vertretern der Bundesregierung kommen. (Man denke etwa an Herrn Schily, der erstaunliche Wandlungen hinter sich hat...)

Und konkret im Raum Lüneburg:

– Eines der größten Bauunternehmen, dessen Chef zugleich Arbeitgeber-Präsident ist, betrieb übelste Polemik gegen arbeits- und obdachlose Jugendliche mit der Anzeige (mehrfach geschaltet!): „Haste mal 'ne Mark für mich?“ – Menschenverachtung pur, ohne dass es einen breiten Aufschrei gab.

– Örtliche CDU-Politiker veröffentlichten kurz vor der Bundestagswahl 1998 eine ganzseitige Anzeige in der LZ, in der Joschka Fischer, Jürgen Trittin und andere mit verzerrten, geradezu monströsen Gesichtern gezeichnet wurden. Von dieser Anzeige bis hin zum Bild des Russen mit den Messern zwischen den Zähnen ist es – höchstens – noch ein Schritt. Auch hier: Polemik, Bösartigkeit und Verzerrung der politischen Gegner bis zum Exzess.

Quintessenz: Wenn wir die rechte Gewalt und faschistische Gesinnung bekämpfen und für demokratische und humanistische Werte eintreten wollen, so sollten wir nicht erst dann aufzuschreiben beginnen, wenn Nazi-Parolen die Straße beherrschen. Jahre-, ja jahrzehntelang ist jede Tendenz nach rechts in diesem Land mit Stillschweigen hingenommen worden. Hoffentlich sind die aktuelle Aktion und der Aufschrei vieler Bürgerinnen und Bürger nicht nur eine Modescheinung, die ganz schnell wieder der Vergangenheit angehört.

Pastor Ulrich Tietze,
 Lüneburger Landstr. 10 B
 21398 Neetze

1997

17. Januar:

Gemeinsame Jahreshauptversammlung der NPD-Kreisverbände Lüneburg, Harburg- Land, Lüchow-Dannenberg und Soltau- Fallingb. Es wird beschlossen, dass die genannten Kreisverbände den Unterbezirk Lüneburger Heide bilden. Die Wahlen für diesen Unterbezirksvorstand ergeben:
 Vorsitzende: Christel Dommach, stellv. Vorsitzende: Edda Au und Wolfgang Nolte. Schatzmeister: Gerhard Sellin. Beisitzer: Erich Sievers jun. und Benjamin Schnelle. (Der Radbrucher B. Schnelle gehört seit Mitte der 90er Jahre der NPD an und ist recht aktiv: So ist er z.B. der Anmelder eines Neonazi- Aufmarsches am 7. April 2001 in Uelzen.) Fortan erscheint in der niedersächsischen Parteizeitung „Niedersachsen-Spiegel“ eine eigene Rubrik des Unterbezirks unter dem Titel „Der rechte Weg“.

Juni:

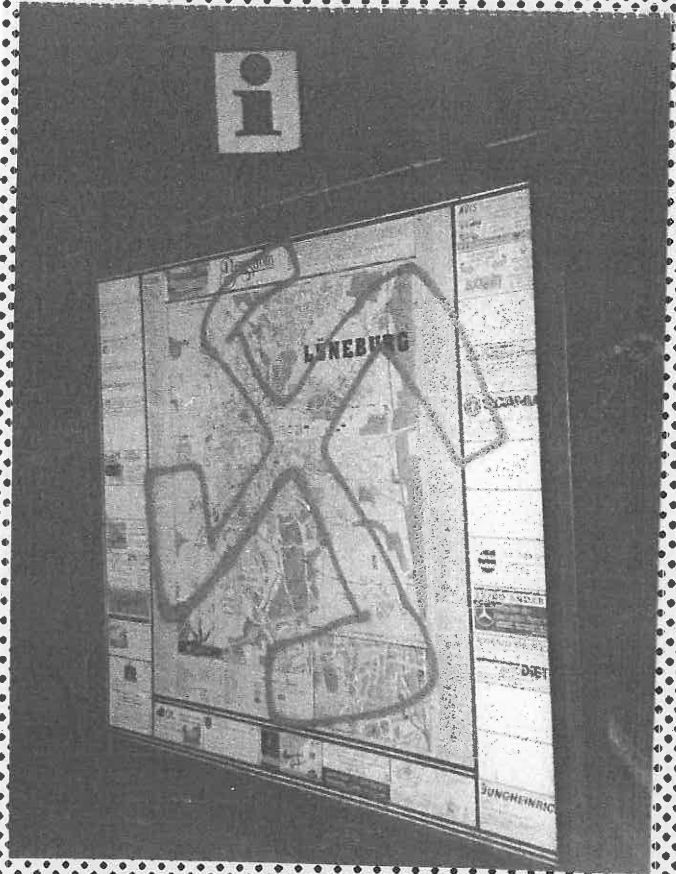
Bei der Stadtfahrt Dahlenburger Straße werden diverse öffentliche Werbe- und Informationsschilder (im Bereich einer Bushaltestelle), eine Infotafel mit Stadtplan und das Stadteingangsschild großflächig mit Hakenkreuzen beschmiert.

13. Juni:

Das Lüneburger Oberverwaltungsgericht hebt das Verbot einer Nazi- Schulung in Hetendorf auf. Eine Verbotsverfügung des Landkreises Celle vom 6. Juni gegen die Durchführung der 7. Hetendorfer Tagungswoche vom 14. -22. Juni, bestätigt vom Verwaltungsgericht Lüneburg am 12. Juni, wird somit obsolet. Wieder einmal urteilt das OVG Lüneburg ohne zwingenden juristischen Grund und gar im Kontext der Verbotsbemühungen der Landesregierung: Im Zweifel immer für die Neonazis. Dass bei der Hetendorfer Tagungswoche, wie in der Verbotsverfügung des Nds. Innenministeriums vom 12. Februar 1998 nachzulesen, „...im wesentlichen rassistische Auffassungen indoktriniert, die Vernichtung der Juden im nationalsozialistischen 3. Reich geleugnet (und) das Bekenntnis zum und die Verherrlichung des Nationalsozialismus ...von überzeugten Nationalsozialisten zielgerichtet vermittelt werden...“ störte die Lüneburger OVG-Richter nicht.

Juli:

Im Innenstadtbereich, in Adendorf, Bardowick, Melbeck und Bienenbüttel werden Nazi- Plakate angebracht, die der Legitimierung der verbrecherischen Aktivitäten der NSDAP und der Staatsführung des Dritten Reichs dienen sollen (" Rudolf Hess -Märtyrer"). Diese Aktionen dienen den im " Aktionskomitee Rudolf Hess 1997 " zusammengeschlossenen Neonazi- Gruppen zur Werbung für die vom 9. bis 23. August geplanten " Aktivitäten in konzentrierter Form " (Eigenwerbung), die schließlich in den diversen Aufmärschen und " Rudolf- Hess- Kundgebungen " münden. In Niedersachsen finden diese in Wolfenbüttel, Braunschweig und Königslutter statt.



RUDOLF HESS vor 10 Jahren ermordet

Auf zum Gedenkmarsch
im August 1997



Nationaler Widerstand



Horst Nolte

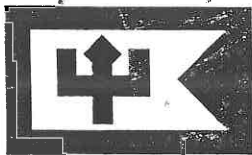
Nordland

Es ist Euch doch schon sicherlich aufgefallen, was mit diesem Land passiert.

Ausländer sind der Grund für dieses Leid!!!

Das müssen wir beenden! Deshalb schicken wir an Euch diese Nachricht:

Deutschland uns Deutschen, drum setzt die Asis in ein Boot und schickt sie auf die Reise!



Vaterlandskameraden

6.Juli:

Der bekannte Lüneburger Neonazi- Aktivist Horst Nolte wird auf dem 33. Landesparteitag der NPJ wiederum zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt (sein Sohn Wolfgang in den erweiterten Landesvorstand). H. Nolte ist in Neonazi- Kreisen ein beliebter Referent, der mit seinem Manuskript (Titel: " Wer uns nicht liebt, soll uns wenigstens fürchten ") durch die Gegend zieht und in seiner holprigen Art drauflosagitiert wie etwa bei der " Kameradschaft Wanzleben" in Sachsen-Anhalt, wo er im Sommer d. J. etwa 200, überwiegend Skinheads, zur Tat aufruft. Originalton : " Haltlose Gestalten des Systems setzen täglich alles Deutsche schnöder Erniedrigung aus...Das System kann nicht verbessert, es muss abgelöst werden."

18. August:

Bei einem Scheunenfest der Dorfjugend in Reinstorf erscheinen ca. 30 Skins und beginnen eine wüste Schlägerei..

30.August:

Über eine Postwurfsendung agitieren die „Republikaner“ in Lüneburg gegen die Einführung des Euro: Unter der Überschrift: " Rettet die DM " wird auf diesem Faltblatt der REP- Bundeszentrale in bekannter Weise nationalistisch argumentiert und zur Teilnahme an einer beigehefteten Postkartenaktion zur Durchführung einer Volksabstimmung aufgerufen.

5. September:

Neonazis verteilen Flugblätter in der Hindenburgstraße/ Auf der Altstadt unter dem Logo „ Vaterlandskameraden“ .

7. September:

Vor der Musikschule An der Münze werden Flugblätter des „Verbandes Volkstreuer Jugend“ verteilt.

29.Oktober:

Auf dem Lüneburger Bahnhofsvorplatz demolieren 2 Skinheads ein Fahrrad. Als sie von zwei Männern darauf angesprochen werden, beginnen die Skins eine wüste Schlägerei. „Sieben Beamte waren nötig, um die polizeibekanntesten Kahlköpfe aus Buchholz zu bändigen...". (LZ)

16.November:

Auf der zentralen Volkstrauertagsveranstaltung der Stadt Lüneburg auf dem Zentralfriedhof, organisiert wie in jedem Jahr vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Kreisvors.: Oberkreisdirektor J. Allerdissen, Bezirksvors.: Regierungsvizepräsident M. Hackbarth) erscheint ein Trupp paramilitärisch gekleideter Neonazis und postiert sich zwischen den anderen Paramilitärischen (z.B. Marine- Kameradschaft, Kyffhäuser- Bund, u.a.) in der ersten Reihe. Die anwesenden Polizeieinheiten schreiten nicht ein.

Auf eine Beschwerde des SPD- Landtags-
abgeordneten Inselmann beim Nds. Innen-
ministerium wegen des Untätigseins der Polizei
kontert sein Lüneburger Kollege Althusmann
(CDU) mit dem Hinweis auf die unzureichende
Ausstattung der Polizei und der Forderung nach
einem schärferen Polizeigesetz.

16. November:

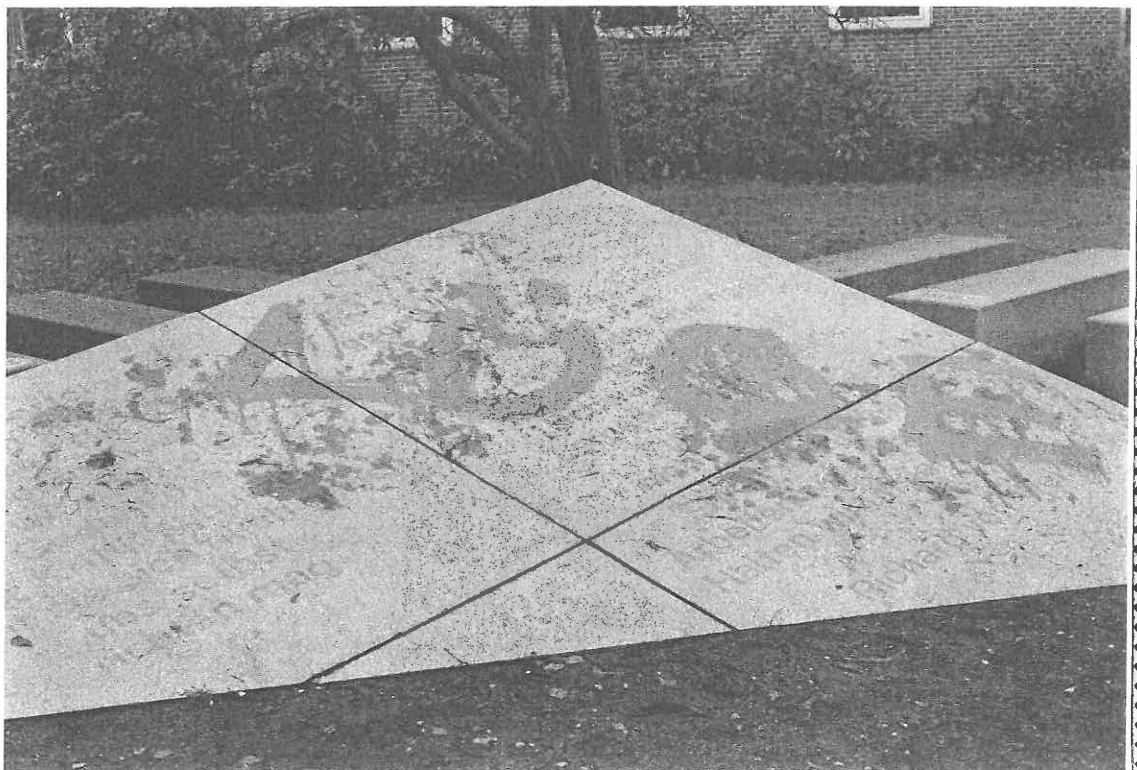
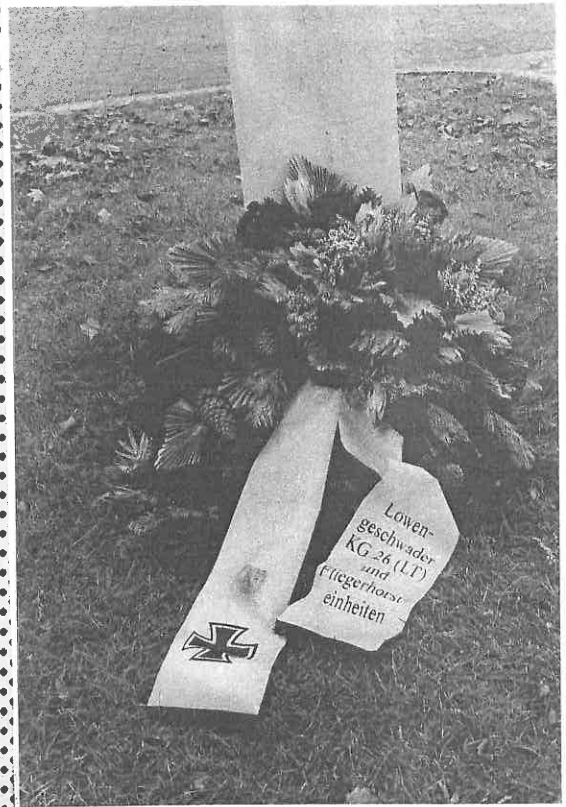
Auf das antifaschistische Mahnmal in der Linden-
straße wird in den frühen Morgenstunden des
Volkstrauertags, wenige Stunden vor einer für
diesen Ort geplanten Gedenkveranstaltung, mit
roter Ölfarbe in großen Lettern das Wort „Lüge“
geschmiert (s. Foto unten).

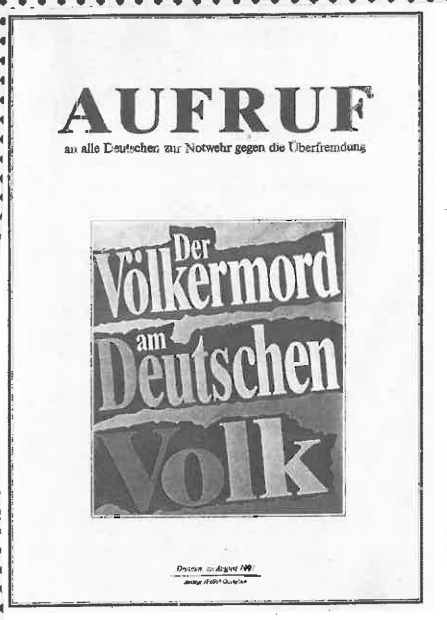
16. November:

Am Fliegerdenkmal zu Ehren des faschistischen
Löwengeschwaders KG 26 halten Leute dieser
Fliegertruppe, der Bundeswehr, des organisierten
Neofaschismus (u.a. der DVU), des militanten
Neofaschismus und der CDU (u.a. Ratsfrau
Meyns) eine Feier ab. Diese Sympathie-
bekundung mit dem deutschen Faschismus endet
mit einer Kranzniederlegung der Lüneburger DVU
und des KG 26.

Dezember:

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Lüneburg
wird Mike Wannhoff, ein Drahtzieher der Bleckeder
Neonaziszene -und bereits einschlägig vorbestraft-
wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei
Jahren Haft verurteilt und sofort in Haft
genommen. Hintergrund des Verfahrens: Wannhoff
hatte in einer Auseinandersetzung seinem
Gegenüber ein Messer in den Bauch gestoßen.





Skinheads verletzen 37jährigen schwer

LZ, 20.1.

ca Lüneburg. Grundlos haben zwei Skinheads am Wochenende einen 37 Jahre alten Mann am Schrankenplatz zusammengeschlagen. Das bestätigte gestern das Staatschutzkommissariat der Polizei. Es ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

Laut Polizei hatten die Skins den Mann am Sonntagabend gegen 22.30 Uhr angegriffen. Sie schlugen mit ei-

nem Würgeholz zu. Das Opfer erlitt eine Platzwunde am Kopf, zudem brachen ihm die Schläger den linken Arm.

Die Polizei schnappte einen der Angreifer. Der Mann sei wegen Körperverletzungsdelikten bei der Polizei bekannt, berichtet ein Beamter. Er habe Nazi-Propagandamaterial bei sich gehabt. Der Jugendliche ist wieder auf freiem Fuß. Hinweise: ☎ 292-215.

1998

Januar:

Über Hauswurfsendung wird in Lüneburg und Umgebung eine 26seitige Broschüre rassistischen Inhalts ("Völkermord am deutschen Volk...Die Staatsführung raubt dem Deutschen Volk die Heimat und gibt sie Fremden zur Landnahme frei.") verteilt. Es handelt sich um eine Schrift, die von 65 namentlich genannten" prominenten" Neonazis diverser Organisationen (von NPD über DLVH zu den REPs) aus dem gesamten Bundesgebiet unterzeichnet wurde. Schon der Titel verrät die Intention der Schrift, die Aufstachelung zur rassistischen Gewalt: " Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung ". Die Broschüren wurden in einer Auflage von über 110.000 offensichtlich in Tschechien gedruckt. Der Verteiler, ein 17jähriger Buchholzer, wird schließlich in Bardowick festgenommen.

17. Januar:

Grundlos schlagen zwei Skinheads einen 37jährigen Mann am Schrankenplatz zusammen. Die Täter prügeln mit einem Würgeholz. Das Opfer erleidet eine Platzwunde am Kopf, zudem brechen ihm die Schläger einen Arm. Einer der Angreifer, der bereits wegen Körperverletzungsdelikten bekannt ist und Nazi- Propagandamaterial bei sich trägt, wird von der Polizei festgenommen.

30. Januar:

Die LZ berichtet über die Tätigkeit der Wahlausschüsse für die Wahlen zum Niedersächsischen Landtag am 1.März. Als Kandidaten der REPs werden für den Wahlkreis Lüneburg-Stadt Erhard Schweika (Plankstraße 40), für Lüneburg- Land Peter Hopping genannt.

3. Februar:

Nach Erscheinen eines Nachrufs der NPD auf den 20jährigen Peter Krüger sowohl in der LZ und auch dem Winsener Anzeiger, wenden sich Krügers Eltern in Leserbriefen gegen diese Vereinnahmung ihres Sohnes durch die NPD. Diese Leserbriefe werden im Winsener Anzeiger veröffentlicht.

7. Februar:

Zu ihrem " Tag des nationalen Widerstandes" ruft der Landesvorstand Niedersachsen der NPD in Lüneburg auf und organisiert für den ganzen Bereich Niedersachsen und Hamburg Busfahrtgelegenheiten nach Passau. Unter dem Motto: "Organisierter Wille bedeutet Macht !" setzen dort auch die Lüneburger Alt- und Neonazis der NPD mit weiteren" Nationalisten aus Deutschland und Europa...ein unübersehbares Signal...mit einem Bekenntnis zu Deutschland ...und gelebter Volksgemeinschaft..."

11. Februar:

In Lüneburg teilt Helga Kaleveld, Mitglied im Landesvorstand der Republikaner aus dem Landkreis Harburg, der Presse mit, dass 7 Kreistags- und Ratsmitglieder der REPs im Regierungsbezirk Lüneburg aus der Partei ausgetreten seien. Etwa 10 weitere der ca. 100 REP-Mitglieder landesweit wollen ebenfalls der Partei den Rücken kehren. Begründet wird dies damit, „...dass unter dem derzeitigen Landesvorstand die Partei nach Rechtsaußen zu kippen drohe.“

Inzwischen wird klar, dass diese offenherzige Mitteilung der Frau Kaleveld nichts anderes ist als eine Einladung, dass sinkende Schiff der Republikaner zu verlassen und sich den gerade fusionierten FDP- Abspaltungen " Bund freier Bürger " und " Offensive für Deutschland " anzuschließen. Die sind zwar nicht weniger Rechtsaußen als die REPs (Vorsitzender Brunner will ein Deutschland in den Grenzen von 1937 und : " Wir wollen das Individualrecht auf Asyl abschaffen. "), aber sie bieten den Vorteil, über den vielfach personell angeschlossenen " Bund der Vertriebenen Deutschlands " einen besseren Zugang zu diesen Wähler-(innen)schichten und den mit erheblichen Geldmitteln staatlich subventionierten Revanchistenorganisationen zu verfügen (BdV-Vize Paul Latussek im Nazi- Blatt " Deutsche Wochenzeitung " v. 23.1.98 auf die Frage nach den größten deutschen Leistungen in der Geschichte: " Die Leistung, die im Zweiten Weltkrieg erbracht wurde. ") Frau Kaleveld sitzt auch weiterhin als Kommunalparlamentarierin im Kreistag des Landkreises Harburg - nun als Mitglied des „Bundes freier Bürger“.

März:

Bei der Premierenvorstellung des Theaterstücks „ Das Tagebuch der Anne Frank “ versuchen Neonazis vor dem Stadttheater neofaschistische Transparente anzubringen.

März:

Der REP- Kreisvorsitzende Lüneburg, Uwe Pilz aus Scharnebeck, führt mit dem neofaschistischen Online-Dienst „ Politische Hintergrundinformationen“ (PHI) ein Interview. Vorgestellt wird Pilz mit den Worten: „ Uwe Pilz (48) ist Kreisvorsitzender der Republikaner im Kreisverband Lüneburg und Direktkandidat im Landkreis Lüchow- Dannenberg. Als Major der Bundeswehr ist Uwe Pilz der höchste aktive Dienstgrad in der Bundeswehr, der für die Republikaner eintritt. Es gibt nur Reserveoffiziere mit höheren Dienstgraden, die sich zu national-konservativen Parteien bekennen.“

1. März:

In der Gasstätte „Hackbarts Eck“ in der Marcus-Heinemann-Straße will die DVU eine Versammlung durchführen. Die Wirtin der Gasstätte, die nach eigenen Aussagen nicht

LZ, 9.3.

Demonstranten blockieren Lokal**Protest gegen DVU-Treff**

ca Lüneburg. Rund 30 überwiegend junge Leute protestierten am Sonnabend nachmittag gegen ein Treffen der rechtsgerichteten Deutschen Volksunion in einer Gaststätte an der Marcus-Heinemann-Straße. Die Demonstranten von der „Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen“ hinderten einige Interessenten am Betreten des Lokals. „Wir wollen erreichen, daß die Öffentlichkeit rassistische Gruppierungen nicht akzeptiert“, so ein Sprecher. „Wenn es nötig ist, werden wir Veranstaltungen der DVU wieder blockieren.“

Die Polizei war mit mehre-

ren Beamten im Einsatz. In einem Fall sei es zu einer Rangelei gekommen, so Einsatzleiter Olaf Nickel, als man die Personalien eines 26 Jahre alten Demonstranten feststellen wollte.

Während die „Antifaschisten“ draußen gegen „Nazis“ demonstrierten, saßen sieben DVUler des Parteiverbandes Nordheide unter Vorsitz von Helmut Könitz im Clubraum des Lokals.

Die Wirtin der Gaststätte, die nach eigener Aussage zunächst nicht wußte, wer bei ihr tagte, will der DVU keinen Raum mehr zur Verfügung stellen.



Demonstranten blockierten die Tür des Lokals, in dem die DVU tagte. Mehrere Interessenten drehten wieder ab. Foto: ta

1. März 1998**Teja Leche**

Teja Leche ist seit Jahren als DVU-Gänger bekannt. In den 1970er Jahren bewegte er sich noch im Umfeld der maoistischen KPD/ML.

Am Volkstrauertag 1997 legte er mit einer dreiköpfigen Abordnung der Lüneburger DVU einen Kranz am Denkmal des Löwengeschwaders ab. Im Anschluss daran versuchte er, AntifaschistInnen an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus zu fotografieren.

1998 versuchte er in der Initiative Lüneburger Arbeitssuchender mitzuarbeiten und fiel dort einige Male durch rassistische Argumentationen auf.

Am 29. November 2003 bewegte er sich am Rande des NPD-Aufmarsch in Lüneburg.

**Seiner TOTEN zu gedenken
ist für jedes Volk
ein Akt der Ehre und höchster Sittlichkeit**

Die Töten des Volkes weisen den Weg zum Geschichtsbewußtsein, der geistigen Grundlage des Volksbewußtseins.

Der Aderlaß an unserem Volk – 7 Millionen Töte, die noch nach dem Ende des Krieges durch Feindeshand zu Tode kamen – ist unserem Volke kaum bekannt und nicht ins Herz gedrungen. Sie müssen dem Volke "in das Gedächtnis geschrieben" und dem Vergessen entrisen werden.

An Dokumenten der Vertreibung und der Verbrechen an Deutschen mangelt es nicht. Sie lagern zu Zehntausenden in den Bundesarchiven, bei der Kirche und beim Roten Kreuz.

Sie werden jedoch in ihrer Gesamtheit dem Deutschen Volke verschwiegen.

Dennoch sind viele Quellen zugänglich.

Hier sind einige der wichtigsten angeführt:

1. Heinz NAWRATIL: "Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten", 1986 bei Herbig, Materialien zur Zeitgeschichte. Die unseitig genannten Verlustziffern wurden großenteils unter Zugrundelegung dieser Schrift ermittelt.
2. Wilfried AHRENS: "Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung". 1983 bei Ahrens-Verlag.
3. James BACQUE: "Der geplante Tod", bei Ullstein-Verlag. Die erschütternde Dokumentation über den Tod von 1 Million deutschen Kriegsgefangenen im Gewahrsam der USA und Frankreichs durch gezieltes Verhungern und Verrecken.
4. Helke SANDER/Barbara JOHR: "Befreier und Befreite". 1992 bei Kunstmann, München. Eine Dokumentation über die Verbrechen an deutschen Frauen und Mädchen durch Vergewaltigung. Es wurden insgesamt 2.000.000 Frauen vergewaltigt, davon 240.000 mit Todesfolge.
5. "Völkermord der Tito-Partisanen". Historiker-Arbeitsgemeinschaft Steiermark-Kärnten.

Lesen · Vervielfältigen · Weitergeben

Herausgeber:

HUTTENBRIEFE FÜR VOLKSTUM, KULTUR, WAHRHEIT UND RECHT
D-63811 Stockstadt, Postfach 43

2. Juni 1998

Buy or Die - Temple of Football - Christian Sternberg

Am 2. Juni 1998 eröffnete das Geschäft „Buy or Die“ in Lüneburg. Dieser Laden hatte vorher seinen Sitz in Hamburg und wurde von den beiden bekannten Lüneburger Neonazis Hans und Michael Grewe geführt.

Christian Sternberg hat den Laden von den beiden Grewe-Brüdern übernommen und in Lüneburg eröffnet. Hauptauslegeware des Geschäftes war und ist Skinhead- und Hooliganbekleidung.

Nachdem Antifaschistinnen und Antifaschisten auf den Nazishop „Buy or Die“ immer wieder aufmerksam gemacht haben, wurde das Geschäft Anfang August 2000 in „Temple of Football“ umbenannt.

Sternberg versucht sich auch als Konzertveranstalter: Mittlerweile hat er drei Konzerte mit der rechten Hooligan-Band „Kategorie C“ durchgeführt. Die Gruppe „Kategorie C“ fungiert als Schnittstelle zwischen Fußballfans und Neonazis. „Kategorie C“ ist die Polizei-Bezeichnung für gewaltbereite Fußballfans.

Seit 2003 betreibt Sternberg einen gleichnamigen Laden auch in Boizenburg

wusste, wer bei ihr tagte, will der DVU in Zukunft keinen Tagungsraum zur Verfügung stellen.

Koordiniert wird die Versammlung von Helmut Köhlitz, dem örtlichen Kreisvorsitzenden. Die Versammlung wurde in der National-Zeitung angekündigt.

Gegen das Nazitreffen protestieren ca. 50 AntifaschistInnen und verhindern, dass einige Veranstaltungsbesucher, u.a. Teja Leche, in die Gaststätte gelangen. Als der stellvertretende Ortsvorsitzende der DVU, Eckhard Maack aus Adendorf, die Gaststätte betreten will, kommt es zu Rangeleien, in die auch die anwesende Polizei eingreift und einen Antifaschisten festnimmt.

Dies hat einen Prozess gegen den Antifaschisten zur Folge. Am 1. November 1999 muss er sich vor dem Lüneburger Amtsgericht verantworten. Er wurde wegen angeblicher Beleidigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung angeklagt. Das Verfahren wird gegen die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 1.100 Mark eingestellt.

10. April:

Ein Skin schlägt und tritt an der Soltauer Str. auf einen 15jährigen ein, der anschließend im Krankenhaus behandelt werden muss. Vorausgegangen war ein Streit zwischen Skins und Mitgliedern einer Jugendgruppe, bei der bereits mit Messer, Gaspistole und Knüppel gedroht wurde.

20. April:

Ein Asylbewerber aus Sri Lanka wird in Salzhäusen von einer Gruppe Neonazis angegriffen. Ein Täter schlägt ihm mit einem Metallrohr so heftig auf den Kopf, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden muss.

8. Mai:

Ein Trupp Neonazis säubert am helllichten Tage das Nazi-Denkmal in der Lindenstraße (KG 26) und verteilt dabei verschiedene Flugblätter.

In einem Flugblatt werden die Mordtaten dieses Schwaders verherrlicht. Es schließt mit dem Slogan der NPD: " Unsere Soldaten waren keine Verbrecher." Dieses Flugblatt geschichtsrevisionistischer Art wurde herausgegeben von: „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“.

20. Mai:

In einer Anzeige der Diskothek „Starlight“ in der Lünepost wirbt der Besitzer um potenzielle Besucher mit dem Hinweis, dass sich in seiner Diskothek 99 % deutsches Publikum aufhalte (und somit keine ungewünschten AusländerInnen angetroffen werden). Auf einen Protest-Leserbrief folgen mehrere Leserbriefe von Rechtsaußen.

2. Juni:

In Lüneburg eröffnet in der Straße „An der Neuen Sülze“ der Laden „Buy or die“.

13. Juni:

Ungefähr 70 Neonazis aus Norddeutschland führen einen Aufmarsch in Lüneburg durch. Angeführt wird die Veranstaltung von Christian Worch und Thomas Wulf aus Hamburg.

Angemeldet wurde der Aufmarsch im Namen der Initiative Lüneburger Arbeitssuchender von Holger Schwarz aus Wendisch Evern, obwohl es ihm von der Initiative vorher untersagt wurde.

Obwohl bereits vor Beginn der Demonstration bekannt ist, dass die Veranstalter die Behörden getäuscht haben, untersagen weder Stadtverwaltung noch Polizei die Durchführung dieses Naziaufmarsches.

Die „Initiative Lüneburger Arbeitssuchender“ distanziert sich vom Aufmarsch und dem Anmelder.

19. Juni:

Auf einem Grillplatz bei Bennerstedt, zwischen Brietlingen und Scharnebeck, soll ein Internationales Hammerskin Treffen stattfinden. Ca. 150 Neonazis aus verschiedenen europäischen Ländern und den USA werden erwartet.

Am 20. Juni beendet die Polizei das Treffen und die anreisenden Neonazis werden daran gehindert, das Gelände zu betreten. Nach dem Abbruch des geplanten Treffens lotsen die Veranstalter die auswärtigen Besucher zur Neonazi-Kneipe „Club 88“ in Neumünster.

Hauptorganisator des Treffens ist der Lüneburger Sven Grewe.

25. Juni:

Podiumsdiskussion im Gebäude des Deutschen Roten Kreuzes mit Oberbürgermeister, Polizei etc. über Neonazi- Demo vom 13. Juni: Teja Leche tritt mit rassistischen Parolen hervor und outet sich öffentlich als DVU- Gänger.

Vor dem Eingang des DRK- Hauses verteilen ca. 8 „Freie Nationalisten“ Neonazi- Flugblätter (unter ihnen 2 Grewe- Brüder). Ein FNler befindet sich während der Veranstaltung (neben 4 DVU- Sympathisanten) im Saal und ist per Handy mit den Leuten vor dem Eingang verbunden. Nach Ende der Veranstaltung verteilt ein FNler weiter im Eingangsbereich Flugblätter, die anderen auf dem Hof des Gebäudes. Dabei werden Antifas bedroht u.a. mit den Sprüchen: " Wir wissen, wo Du wohnst! "

Oberbürgermeister Mädge musste sich mit einem Polizeiwagen nach Haus fahren lassen.

Juli:

Im Innenstadtbereich wird ein zweites Flugblatt der "Freien Nationalisten" verteilt. Unterstützt wird der Inhalt dieses Pamphlets, welches Bezug nimmt auf die Neonazi- Demonstration vom 13. Juni, auch von der örtlichen NPD.

Juli:

Im Innenstadtbereich wird ein Nazi- Faltblatt der DVU als Postwurfsendung verteilt.

**19. Juni 1998****Sven Grewe**

Sven Grewe gehört seit Mitte der 1980er Jahre zur Nazi-Skinhead Szene in Lüneburg. Ende der 1980er Jahre erlangte er durch sein offen neonazistisches Fanzine „NS-Eisenschädel“ überregionale Bedeutung. Mitte der 1990er Jahre übernahm er die Führung der Hammerskins-Nordmark, einer ca. 40-köpfigen Gruppe von Hammerskins aus Schleswig-Holstein, Hamburg und dem nördlichen Niedersachsen.

Sven Grewe ist der jüngere Bruder der beiden Nazikader Hans und Michael Grewe.

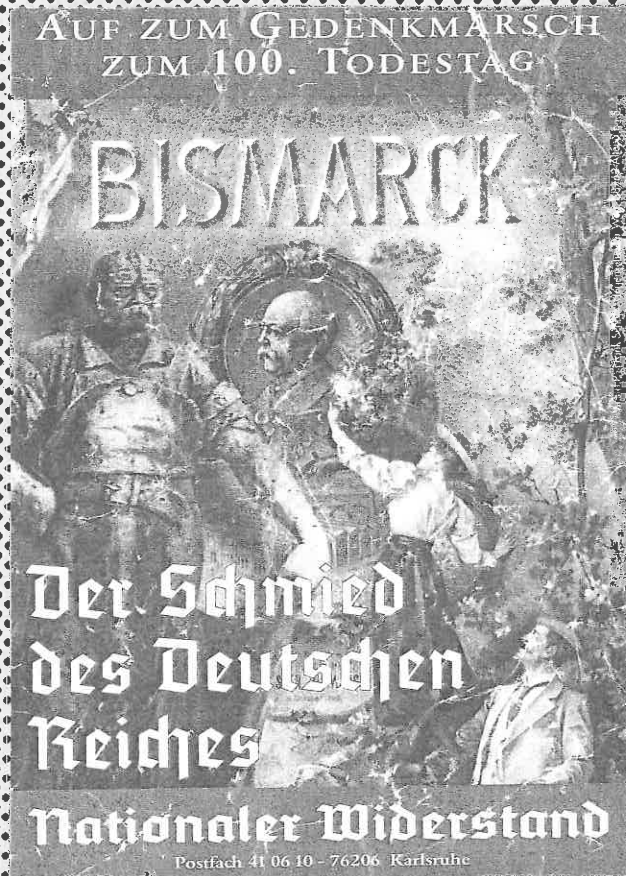
Hammerskins

Die Hammerskins sind ein internationales Netzwerk neonazistischer Skinheads. Diese Gruppe wurde 1986 in den USA gegründet. Dieses Netzwerk hat einen stark elitären Anspruch, und ihr Selbstverständnis ist noch stärker als bei Blood & Honour von der Idee einer Avantgarde und „arischen Elite“ geprägt. Potenzielle Mitglieder dieser selbsternannten Skinhead-Bruderschaft müssen geschichtliche und politische Schulungen absolvieren und sich um ihre „körperliche Fitness“ bemühen, das heißt: an Wehrsportübungen teilnehmen.

Neben den Schulungen und Wehrsportübungen, veranstalten sie regelmäßig Musikkonzerte.

Lüneburger Anzeiger

Offizielles Organ des Kreisverbandes Lüneburg / Lüchow-Dannenberg der
REPUBLICANER



Schaden bei Grünen

LZ, 4.8.

lz Lüneburg. Unbekannte Täter haben in der Nacht zu gestern die Tür zum Büro der Partei Die Grünen an der Stresemannstraße in Lüneburg eingetreten und in der Stadt mehrere Wahlplakate der Partei zerstört.

Augenzeugen, so der Stadtverbands-Vorsitzende Ulrich Blanck, hätten gegen ein Uhr nachts zwei Skinheads vor dem Büro gesehen. Sie seien mit einem dunklen Opel Kadett vorgefahren. Blanck: „Au-

ßer der kaputten Scheibe ist uns kein Sachschaden entstanden. Als Konsequenz aus dem Vorfall haben wir jetzt Panzerglas in die Tür einsetzen lassen.“

Laut Polizei-Protokoll hat sich der Vorfall um 0.47 Uhr ereignet. Die Fahndung nach den Tätern sei allerdings erfolglos verlaufen.

Die Grünen haben laut Ulrich Blanck Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gegen Unbekannt gestellt.

Juli:

Der " Lüneburger Anzeiger ", eine Publikation der örtlichen REPs, wird mit der Tagespost verteilt.

13.Juli:

Am Abend pöbelt eine Gruppe Männer und eine Frau vier in der Türkei bzw. im Libanon geborene Menschen an. Die Gruppe droht, einen Hund auf die 4 Männer zu hetzen, beleidigt und bedroht die Männer, zeigt den Hitler- Gruß.

Was diese Lüneburger Rassisten (Haupttäter war ein 24jähriger) nicht wussten: Bei den „Ausländern“ handelte es sich um Menschen mit deutschem Pass, die als wehrpflichtige Soldaten auf dem Weg in die Kaserne waren.

18. Juli:

Wie in den Jahren zuvor wird das Lüneburger Stadtfest durch Salutschüsse von der Empore des Rathauses eröffnet. Schützen sind die „Lützower Jäger“, eine paramilitärische Truppe unter Führung des Neonazi (Ex- NPD, Ex- DVU , dann UWL) Adolf Sierig aus Embsen.

In der Nacht vom 18. auf den 19. Juli (gegen 23.00 Uhr) marschieren 8 -10 Neonazis in Skinuniform und in Formation durch die Rosenstraße und skandieren dabei „Sieg Heil“ und „ Hier marschieret der nationale Widerstand! " ohne dass sich das Stadtfest- Publikum daran stört. Als sich zwei junge Antifas mit den Rufen: "Nazis raus!" diesem Aufmarsch entgegenstellten, werden sie von vier Männern aus der Neonazi- Gruppe angegriffen, wobei einer der beiden, schon am Boden liegend, von den Neonazis verletzt wird. Ein Prozess über diese Vorgänge findet am 11.2.1999 statt. Es werden Christian Mihang, Hendrik Mihang und Leon Klodt angeklagt.

Ende Juli:

In der gesamten Innenstadt sind ständig Neonazi-Aufkleber von verschiedenen Organisationen zu finden. Auffällig viele Werbeaufkleber widmen sich dem 100. Todestag von Bismarck und rufen zu einem Gedenkmarsch in Aumühle auf.

3.August:

In der Nacht vom 2. auf den 3. August wird die Tür des Parteibüros der Grünen eingetreten und demoliert. Augenzeugen haben 2 Skinheads vor dem Büro gesehen, die mit einem dunklen Opel Kadett vorgefahren seien.

Vermutlich handelt es sich um dieselben Täter. die in der gleichen Nacht im Stadtgebiet viele Wahlplakate der Grünen und der PDS zerstörten.

5. August:

Bei einer Veranstaltung der PDS mit Gregor Gysi in der Aula der Fachhochschule sind auch einige Neonazis anwesend. In den Straßen um den Veranstaltungsort halten sich weitere Neonazis auf und verteilen Aufkleber. Zwei Antifaschisten werden von ihnen mit Steinen beworfen.

Nachdem die Neonazis Sven Brenn aus Salzhausen, Erik Röthke und Robin Hagen aus Garlsdorf und die Brüder Gerolf und Markrolf Berg aus Toppenstedt beginnen die Veranstaltung zu stören, werden sie von dieser verwiesen. Im Treppenhaus provozieren sie dann eine Auseinandersetzung mit AntifaschistInnen, wobei ein Neonazi verletzt wird.

Im Saal betätigt sich ein Neonazi als Anti-Antifa-Fotografierer. Nach einer Anzeige muss diese Person noch am Ort den Film vernichten. Der Fotografierer arbeitete als Aushilfs-Tätowierer im Lüneburger Tätowierladen „Black Crow“.

15. August:

Neonazis melden Rudolf Heß- Demo in Lüneburg an, die nicht genehmigt wird. Anmelder: Torben Stecker. Er wohnt und arbeitet als Maurer bei Börm in Handorf, war auch bei der Demo der Neonazis am 13.6. dabei. Stecker, der bei kaum einer bundesweiten Nazi- Demo fehlt, stammt aus Oldenburg und war lange Zeit mit Thorsten de Vries beim inzwischen verbotenen " Deutschen-Kameradschafts- Bund " in und um Wilhelmshaven tätig. Plakataufrufe zu dieser Demo hingen in Lüneburg, Winsen, Dannenberg und Buchholz. In der Nacht zum 15. August wird am Autobahnanschluss Lüneburg- Nord an einem Strommast eine Reichskriegsflagge befestigt.

15. August:

UWL- Stand in Neuhaus, besetzt ausschließlich durch bekannte Skins, u.a. Sven Grewe.

2. September:

Detlef- Carlo Wagner, Chef der St. Dionyser Nobelkneipe „ Fuchswirt“, argumentiert in einem LZ- Leserbrief zum Fall der drohenden Abschiebung seines Kochs Fatfat selbst rassistisch: „...Dennoch sollte man sich behördlicherseits mal Gedanken darüber machen, wen man vor den Bundestagswahlen noch schnell abschieben möchte. Sicher doch eher die mehreren 100.000, die straffällig wurden oder dem Sozialstaat in Form von Asylmissbrauch zur Last fallen.“

11. September:

Die Landeszeitung stellt den Kandidaten der REPs für den Bundestag, Peter Höpping aus Damnatz, vor. Höpping wurde 1922 in Dresden geboren, ist von Beruf Sportjournalist, lebt seit 1984 in Damnatz. Er will mit den REPs den Stammtisch kultivieren, " Überfremdung und humanen Strafvollzug stoppen".

12. September:

UWL- Info- Stand in Adendorf mit 16 Leuten, u.a. Sven Grewe, Manfred Börm und auch Michael Arnold aus Hamburg.

Demonstration in Lüneburg verboten

Stadt stoppt Neonazis

Lz Lüneburg. Die Stadt hat gestern eine für heute geplante Neonazi-Demonstration in Lüneburg verboten, mit der an den Todestag des Hitler-Stellvertreters Heß erinnert werden sollte. Angemeldet hatte die Demo „Rudolf Heß – Märtyrer für Deutschland“ ein Mitglied der rechten Szene aus Handorf. Unter Polizeischutz wurde das Verbot dem Mann zugestellt. Schon vor zwei Monaten waren Rechtsradikale grölend durch die Stadt gezogen. Der Aufmarsch konnte damals nicht verboten werden, weil er als Aktion einer Arbeitslosen-Initiative getarnt worden war. Die Stadtverwaltung hat das Verbot gestern mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Die Polizei hat starke Kräfte zusammengezogen, die Bezirksregierung warnt vor den Rechtsradikalen. Dänische Neonazis kündigten unter anderem ein Verbot eines Verbot aufmar-

Nach jahrzehntelanger Haft starb

Rudolf Heß

26. April 1894

† 17. August 1987

Er lebte für sein Vaterland mit einer menschlichen Einstellung für alle Menschen in der Welt. Mit Trauer nehmen wir Abschied von ihm!

Hilfsgemeinschaft
Freiheit für Rudolf Heß

LZ, 19.8.87

LZ stellt Direktkandidaten für den Bundestag vor (8)

Peter Höpping tritt für die Reps an

ms Lüneburg. Zeit, in eine Partei einzutreten, hat Peter Höpping bis zum Ruhestand nicht gehabt. Als freier Sportjournalist war er viel unterwegs. Seit 1984 lebt er in Damnatz an der Elbe. Erst vor fünf Jahren wurde er Mitglied bei den rechten Republikanern.

Unzufriedenheit war bei ihm die Triebfeder, sich zur „deutsch-nationalen Partei“ zu bekennen. „Es war Frust, ich wollte, daß sich was ändert“, so der 76jährige. Über die „schiefe Republik“ habe er sich geäußert. Ihr fehle der rechte Rand. Mit den Reps will Höpping „den Stammtisch kultivieren“.

Ein politisches Amt hat er nie angestrebt und hat er auch jetzt nicht im Kreisverband. „In meinem Alter wollte ich keine aktiven Sachen mehr.“ Deshalb gibt er auch nur seinen Namen für

den Wahlkampf, „die Kärnerarbeit machen andere“. Seine Mitstreiter waren auf der Suche nach einem Direktkandidaten im Wahlkreis Lüneburg/Lüchow-Dannenberg und spannten Höpping vor den Wahlkarren.

Zur Orientierung über das, was die Reps wollen, hat Höpping einen Stichwortkatalog parat. Die hohe Verschuldung des Staates müsse gestoppt werden, ebenso die Selbstbedienungsmentalität der Politiker bei den „zu hohen Pensionen“. Weitere Reizworte für den 76jährigen: „Überfremdung“ und „humaner Strafvollzug“.

Daß die Republikaner am Wahlabend zu „sonstige Parteien“ gehören werden, weiß Höpping. „Wir werden gewählt, um anderen einen Denkart zu verpassen.“



Peter Höpping ist bei der Bundestagswahl Direktkandidat der Republikaner. Frust trieb ihn 1993 zur Rechtspartei. Geboren 1922 in Dresden, Witwer, keine Kinder, Beruf: Sportjournalist. Foto: ta



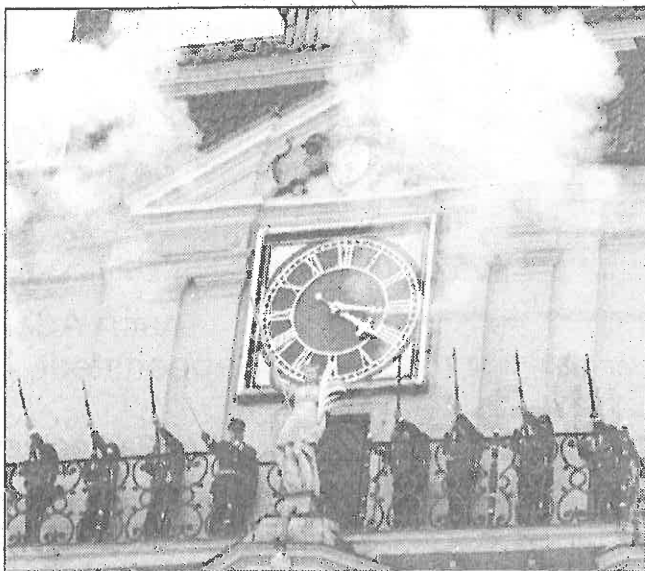
Mißtöne um Feier am Görde-Denkmal

hdr Nahrendorf. Ein Mann, der sich selbst zum rechten Lager zählt, bringt Unruhe nach Nahrendorf. Anstoß erregt Adolf Sierig, Vorsitzender der Lüneburger Abteilung der Lützower Jäger, eines bundesweiten Vereins, dessen Mitglieder sich gerne in historischen Uniformen an den Krieg und an Schlachten gegen Napoleon erinnern. Wegen Sierigs rechtsextremem Gesinnung hat der Nahrendorfer Bürgermeister Klaus-Dieter Maltzan die Teilnahme an einer Feierstunde am Denkmal der Gördeschlacht abgelehnt. Dem Treffen zur Erinnerung an einen Etappensieg von anno 1813 blieben auch Schützenvereine aus Nahrendorf und Pommoissel fern. Der Nahrendorfer Schützenpräsident Otfried

Möller äußert sich zurückhaltender als Maltzan: „Bei einer Feier vor drei Jahren fühlten wir uns fehl am Platze, man wußte nicht so recht, wie man sich verhalten sollte.“ Dabei waren jetzt dagegen Oberkreisdirektor Dr. Jürgen Allerdisen und Oberbürgermeister Ulrich Mäde. Beide versicherten der LZ, nichts von Sierigs politischem Standort gewußt zu haben. Bei der Feierstunde selbst habe es keinerlei Hinweise auf einen extremistischen Hintergrund gegeben. Der OB, der sich jüngst erst mit Mut und Engagement Neonazis in Lüneburg entgegengestellt hatte (LZ berichtete), überlegt jetzt, ob er die alljährlichen Salutschüsse der „Lützower“ zur Eröffnung des Stadtfestes in

Zukunft abblasen sollte. Sierig ließ auf Anfrage keinen Zweifel an seiner rechtsextremen Gesinnung. Daß er aus der NPD, deren Kreisvorstand er in den 80ern angehörte, ausgetreten sei, habe nicht etwa mit einer Läuterung zu tun. Auch seinen Bruch mit der DVU erklärt der Rentner aus Embsen mit „Verärgerung über die Zerstrittenheit dieser Parteien, so haben die doch keine Chance“. Bei den „Lützowern“ allerdings spiele Politik keine Rolle. Beim Staatsschutz der Polizei ist Sierigs Name wohl bekannt. Ein Beamter: „Bei den Lützowern sind aber nur einzelne Personen auch im rechten Lager aktiv, man kann nicht sagen, daß die Gruppe von Rechtsextremisten gesteuert wird.“

LZ, 24.9.



Ins Gerede gekommen: Die Lützower Jäger (hier bei der Eröffnung des Lüneburger Stadtfestes im Juli). LZ, 26.9. Foto: ta



**Herbert
Bartsch
zum
Landrat
wählen!**

„Ich werde die tatsächlichen Schulden des Landkreises offenlegen, Filz- und Vetternwirtschaft bekämpfen und Roß und Reiter beim Namen nennen!“

Ihr Herbert Bartsch

UWL / Bündnis Rechte

13. September:

Treffen der Militaristentruppe "Lützower Jäger" und Feierstunde am Denkmal der Gördeschlacht in Nahrendorf. Wegen der rechtsextremistischen Gesinnung des Vorsitzenden der Lützower Jäger, Adolf Sierig, sagte zwar Nahrendorfs Bürgermeister K.-Dieter Maltzan seine Teilnahme ab, aber der anwesenden Oberkreisdirektor Allerdisen und der Oberbürgermeister Mäde behaupten hingegen, nichts von den Verstrickungen der Lüneburger Lützower Jäger mit dem Rechtsextremismus gewusst zu haben, obwohl diese Tatsache bereits mehrfach öffentlich gemacht wurde:

Die Lützower Jäger gründeten sich 1988 im Lüneburger Schützenhaus unter der Obhut des damaligen CDU-Kreisgeschäftsführers und Präsidenten der Allgemeinen Schützengesellschaft Lüneburg, Wehdemeier, und tagen seither im Schützenhaus oder auch öfter mal in „Noltes Gasthaus“ in der Dahlenburger Landstraße. Den Vorsitz hatte sofort der bekannte Rechtsextremist A. Sierig, der schon kurz darauf in den Bundesvorstand dieses Vereins aufstieg. Mit im Vorstand: Lothar Ponge aus Bleckede, bekannter Funktionär der NPD (seinerzeit war er u. a. Organisationsleiter im Bezirksvorstand der NPD) und als Schießwart Karl - Heinz Ebert, ebenfalls Funktionär der NPD, dem der ASL seine Schießstände zur Verfügung stellt. Ein Jahr später, bei der Jahreshauptversammlung im Schützenhaus der ASL 1989, wurde der bekannte NPD-Funktionär Walter Lodders in den Vorstand hinzugewählt. (s.a. Neofaschismus in Lüneburg, Teil II, 1996, S. 84 ff)

16. September:

Die LZ stellt den Kandidaten der UWL/Bündnis Rechte für die Landratswahl vor: Herbert Bartsch.

19. September:

Der Extra-Tipp veröffentlicht eine Anzeige des UWL/Bündnis Rechte- Kandidaten Bartsch.

23. September:

Die Lünepost veröffentlicht eine Anzeige des UWL/Bündnis Rechte- Kandidaten Bartsch.

26. September:

Vier Skins demolieren am Nachmittag in der Hamburger Straße mehrere Wahlplakate.

26. September:

Die UWL führt in der Bäckerstraße einen Informationsstand mit ihrem Kandidaten Bartsch durch, der von bekannten Neonazis aus dem norddeutschen Raum betrieben und gesichert wird: Börm, Prievenau, Gebrüder Grewe, Tobias Thiessen.

27. September:

Kommunalwahlen zur Wahl des Landrates. Die UWL (NPD- Tarnorganisation) kandidiert unter

dem Namen „Unabhängige Wählerliste/ Bündnis Rechte“ unter Einbeziehung und massiver Unterstützung von Neonazis des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland“ und der NPD und führt einen massiven Wahlkampf (Plakatierung, Stellschilder, Info-Tische in Adendorf, Lüneburg etc.) für ihren Kandidaten H. Bartsch (Ex- CDU). Der militante Teil des Neofaschismus, ein Teil der Skin- Szene, Funktionäre verbotener Organisationen erhalten hier eine politische und aktionistische Plattform. Im „ Zentralorgan “, einem Blatt der militanten Neonazis mit überregionaler Bedeutung, schreibt die Wahlkampfleitung für Bartsch:

„ Wir haben die UWL mit den Reichsfarben Schwarz/Weiß/Rot und Bündnis Rechte im Landkreis bekannt gemacht und für eine gewisse Akzeptanz der nationalen Politik gesorgt .. Auf diesem Weg hat uns die Landratswahl...wieder ein Stück vorangebracht....Dieser Wahlkampf hat uns, als maßgeblich von Freien Nationalisten getragene Gruppierung, aber auch gezeigt, dass wir...in der Lage sind, Resultate und Ergebnisse zu bringen. Wir üben uns in der politischen Auseinandersetzung (gerade Infotische sind eine optimale Gelegenheit zur Schulung unserer Aktivisten) und haben einen näheren Kontakt zur Bevölkerung...“ .
Wahlergebnis: ca. 1.100 Stimmen für die Neonazis.

Oktober:

Das „Zentralorgan“ 4/98 veröffentlicht einen Aufruf zur Unterstützung eines „ Braunen Kreuzes“:

10.Oktober:

Der Verein Lützower läger (s.o.) feiert während der Bundesdelegierten- und Mitgliederversammlung in Nahrendorf und Oldendorf/Göhrde sein 25jähriges Bestehen. Der Verein hat nach Eigenangaben ca. 4000 Mitglieder und ist unter dem Dach des Kyffhäuserbundes organisiert, eines Militaristenvereins, der auch im Landkreis Lüneburg (Bienenbüttel, Radbruch u.a.) stark vertreten ist. Zum Vorsitzenden wurde 1952, des an alte Traditionen anknüpfenden Vereins, gewählt: Wilhelm Reinhard, erst SS-Gruppenführer, dann General der faschistischen Wehrmacht.

28. Oktober:

Vor dem Amtsgericht Uelzen findet ein Prozess gegen das Ehepaar Iris und Michael Grewe statt. Angeklagt sind die beiden Neonazis wegen eines Verstoßes gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz.

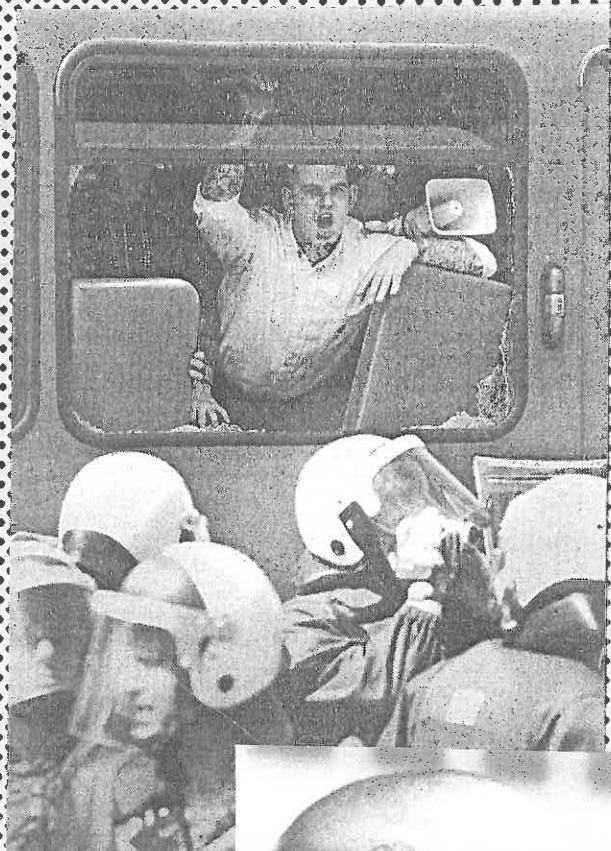
Am 6. August 1997 fand bei Michael Grewe, damals wohnhaft in Eddelstorf, eine Hausdurchsuchung statt. Grund dafür war ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung. M. Grewe soll verbotene Tonträger verkauft haben. Anstatt der gesuchten CDs fand die Polizei eine Maschinenpistole mit 500 Schuss Munition, einen Karabiner, einen Kleinkaliber-Revolver und eine weitere Pistole mit mehreren hundert Schuss Munition.

Oktober 1998

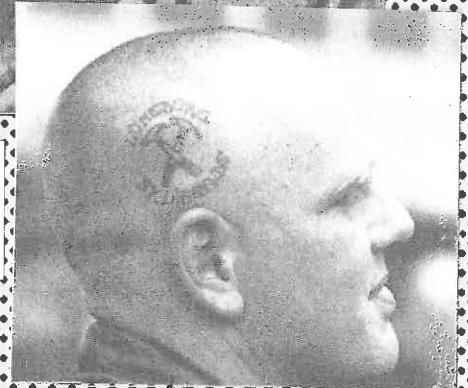
Das Braune Kreuz

Ein Kuriosum unter faschistischen Organisationen stellt das sogenannte „Braune Kreuz“ dar. Das „Braune Kreuz“ ist eine Organisation, deren Aufgabe darin besteht, als Sanitäterinnen und Sanitäter bei Aufmärschen und anderen Veranstaltungen zu arbeiten. Diese Kleinstorganisation ist aus dem „Skimgirl-Freundeskreis Deutschland“ (SFD) hervorgegangen und gehört auch zur bundesweiten Struktur der „Freien Nationalisten“.

Kontaktadresse des „Braunen Kreuzes“ war zunächst einige Monate ein Postfach in Adendorf. Die Anmieterin des Postfaches war Cathleen Grewe. Dasselbe Postfach war Kontaktadresse für den „Verein zum Schutze der Bürgerrechte“ (VSB) und einige Zeit auch für die Hammerskinzeitschrift „Warhead“. Später war das „Braune Kreuz“ über eine Postlageradresse in Lüneburg zu erreichen. Das „Braune Kreuz“ hatte außerdem ein Konto bei der Lüneburger Sparkasse.



Michael Grewe (oben, aus „junge welt“) und Sven Grewe (aus: „Der Rechte Rand“, Nr. 60)



Die Nazi- Organisation „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) vollzog für die NSDAP, so Rudolf Heß 1939, die „Volkstumsarbeit jenseits der Grenzen“. Neben der Erfassung nach rassistischen Kategorien, versuchte der Verein, deutschstämmige Minderheiten als 5. Kolonne des NS- Regimes zu funktionalisieren. Führende Funktionäre der Vor- und Nachkriegszeit, wie Dr. Karl Stumpp, waren mit ihren Abstammungsgutachten an der Selektion beteiligt und erledigten so die Vorarbeiten für die Vernichtungskommandos der SS.

1945 wurde der VDA als Nazi- Organisation verboten, 1955 unter anderem Namen wiedergegründet und wirkt seit 1981 wieder unter seinem ursprünglichen Namen „VDA“. Von 1973 – 1977 war der bekannte NS- Verteidiger und Auschwitzleugner Rudolf Aschenauer Vorsitzender, dann – bis in die 90er Jahre – Hans- Joachim Berendes. In einem Vortrag vor der „Deutschen Burschenschaft“ im Mai 1986 erinnerte Berendes an die „Blütezeit“ des VDA „in den ersten Jahren nach 1933“ und beschwor die „Blutsgemeinschaft“ des deutschen Volkes. In die Schlagzeilen geriet der VDA allerdings nicht durch seine völkischen Aktivitäten, sondern durch eine Anzeige des „Bundes der Steuerzahler“ im Jahre 1998. Dieser hatte nämlich heraus- gefunden, das der VDA das hübsche Sümmechen von 22 Millionen DM zweckentfremdet ausgegeben hatte und bei dieser Gelegenheit staunte die Öffentlichkeit nicht schlecht, als bekannt wurde, dass der Staatssekretär im Innenministerium (!) Horst Waffenschmidt – in Personalunion auch VDA- Verwaltungs- ratsmitglied – Anfang der 90er Jahre dem VDA immerhin die Summe von über 200 Millionen DM an Projektgeldern zugeschanzt hatte, die zur Reethnisierung der deutschen Volksgruppe dienen sollten, laut Haushaltsplan des Bundes ausgewiesen als Unterstützung „...beim Aufbau von Verwaltungseinheiten in Regionen mit deutscher Bevölkerung und bei der Festigung sonstiger deutsch besiedelter oder künftig von Deutschen zu besiedelten Regionen.“ Bis 1977 war auch die Unterstützung „ bei der Wieder-errichtung und dem Aufbau der Republik der Deutschen an der Wolga“ geplant. Der Verdacht, dass mit den unterschlagenen 22 Millionen, die z.T. in Agentenmanier in Geldkoffern transportiert wurden, Landkäufe in der Oblast Kalinigrad getätigt wurden, wollte das Innenministerium nicht ausräumen. Es verweigerte beharrlich Auskünfte über Umfang und Details des Skandals.

Michael Grewe wird von Hans-Günther Eisenecker vertreten, seine Frau von Klaus Kunze. Beide Rechtsanwälte sind in neofaschistischen Strukturen aktiv und verteidigen immer wieder Neonazis. Eisenecker gehörte bis zu seinem Tod dem Bundesvorstand der NPD an.

Im gesamten Prozess wird der politische Hintergrund ausgeblendet. Auch die Verbindungen von M. Grewe zum ehemaligen Rechtsterroristen Manfred Börm oder dem ehemaligen Kroatien-Söldner Michael Homeister, bei dem ein ähnliches Waffenarsenal gefunden wurde, spielen keine Rolle.

M. Grewe stellt sich als unpolitisch -naiver Militarist dar, dem während eines Urlaubsaufenthaltes in Kroatien die Maschinenpistole „aufgeschwatzt“ worden sei. Sein Verteidiger bezeichnet ihn als „unauffällige Maus“ und sieht als strafmindernd an, dass der Angeklagte die Maschinenpistole versteckt hatte und sie damit nicht in „Hände von gewaltbereiten Personen gelangen konnte“.

Michael Grewe wird zu einer Haftstrafe von 13 Monaten, die auf 3 Jahre Bewährung ausgesetzt wird und einer Geldstrafe in Höhe von 1.800 DM verurteilt.

Iris Grewe wird freigesprochen, da sie angeblich von der Maschinenpistole nichts wusste und sich auch sonst nicht für das „Hobby“ ihres Mannes interessiert.

30. Oktober:

Deutsche Kultur kennt keine Grenzen: Die Deutsch- Evernerin Ingrid Mertens ist, wie die LZ berichtet, zur Zeit als Botschafterin des Volkstanzes unterwegs. Gemeinsam mit Ehemann Harald und Gerda Pfeiffer vom Volkstanzkreis Lüneburg reiste sie vor wenigen Tagen für zwei Wochen nach Moskau, um fern der Heimat deutsches Kulturgut zu vermitteln: "Wir veranstalten in einem deutschen Kulturzentrum Seminare für die Leiter von Kindertagesgruppen", berichtet sie vor ihrem Abflug. Finanziert wird der Trip ...vom Auswärtigen Amt, organisiert wird er vom „Verein für das Deutschtum im Ausland „.

7. November:

Veranstaltung der" Deutschen Kulturgemeinschaft Europäischen Geistes" im Hotel Scheffler. Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Stribny: „ Bismark – Preuße – Deutscher - Europäer “.

15. November:

Nach Abschluss der offiziellen Feierlichkeiten zum Volkstrauertag auf dem Zentralfriedhof teilt ein hoher Beamter der Lüneburger Polizeidirektion dem Bezirksvorsitzenden des veranstaltenden „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“ (und in Personalunion Vize- Regierungspräsident), auf die Frage, ob sich die Neonazis in diesem Jahr und zu diesem Anlass " ruhig verhalten haben (s. 16.11.1997), mit, dass nach internen Berichten am selben Tage in Deutsch- Evern ein Fackelzug von ca. 20 Neonazis stattgefunden habe.

Scheffler: „Bismarck –
Deutscher, Europäer“,
Wolfgang Stribny, 16
Bajwicker Straße.

15. November:

Eine Abordnung der Legion Condor/ KG 26 legt einen Kranz in der Lindenstraße vor dem Löwengeschwader- Denkmal ab und verschwindet recht schnell.

15. November:

70 sog. „Freie Nationalisten“ marschieren mit Fahnen und Fackeln zu einem Denkmal für Albert Leo Schlageter in der Lüneburger Heide.

19. November:

Gegen 22.00 Uhr wird ein 35jähriger Ausländer am Stint von einer Gruppe von 4 Männern angepöbelt und beleidigt. Auf die Frage: „Was soll das?“ greift ihn die Gruppe sofort an. Während ein 40-50jähriger ihn festhält, schlägt und tritt ein anderer, dunkelblonder Mann, etwa 20 Jahre alt, auf das Opfer ein. Das Opfer wird wegen Schädelbruchs und Verdachts auf Hirnblutungen im Krankenhaus behandelt.

24. November:

Die LZ berichtet in einem längeren Artikel u.a., dass durch die Lüneburger Staatsanwaltschaft beim Zollamt Tonträger mit übelster rassistischer Hetze der Band „Zykon B“ sichergestellt wurden.

Dezember:

Zahlreiche Aufkleber diverser Neonazi-Organisationen werden in Bienenbüttel angebracht: „Nationalismus ist auch Mädelsache“ von den JN; „Alles für Deutschland, u. a. von „Europa vorn“, „Rotfront verreckel!“ von „NSDAP-AO Lincoln“.

12. Dezember:

13 Skins, unter ihnen Glatzköpfe aus Berlin und Bremen, zetteln eine schwere Schlägerei mit Ausländern und Kneipenpersonal auf den Sülzwiesen an und werden von der Polizei in Gewahrsam genommen.

25. Dezember:

Klebeaktion von Neonazis in Lüneburg (Straßen bei der Herderschule): „Juden raus!“ u.a. von NSDAP-AO.



Das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ wurde 1958 gegründet vom ehem. „Reichsschaftsleiter für Lyrik“ in der „Reichsschriftumkammer“ der Nazis, Mitglied der obersten SA-Führung und Präsident des Kulturwerkes der SA, Prof. Herbert Böhme (gest. 1973).

Ziele des DKEG:

„Neubildung volkshafter Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins“ „Pfleger volkshafter konservativer Literatur“ -Unterhaltung von „Pflögstätten im völkischen Geist im deutschen Raum“

Die Referenten des DKEG stellen einen Querschnitt der Alt- und Neonaziprominenz dar; vom NS-Oberst Rudel über den persönlichen Referenten von Goebbels und späterem Chefredakteur des Ostpreußenblattes, Wilfried v. Oven bis zu Uwe Rohwer, erst NPD, dann ANS, dann Wiking-Jugend-Gauleiter, verurteilt im Bückeburger Terroristenprozess zu neun Jahren Haft.

Das DKEG ist somit Bestandteil des breiten Arsenal unterschiedlich wirkender, verschiedene Zielgruppen ansprechender alt- und neofaschistischer Zirkel. Es dient als kulturell verbrämtes Einstiegstor in die diversen Varianten neofaschistischer Aktivitäten, als Koordinations- und Informationsmöglichkeit, wobei die Kontakte und gegenseitigen Unterstützungen den militanten Teil des Neofaschismus mit einbeziehen. Das DKEG wird von den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland als gemeinnützige Körperschaft eingestuft und gilt als besonders förderungswürdig!

Die Lüneburger „Pflögstätte“ des DKEG wurde jahrelang geführt von Gertrud von Ruckmich, bereits 1964 Kandidatin für den „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“, später für die NPD-Tarnorganisation UWL. Ihre engen Verbindungen zur NPD zeigte sie ebenfalls durch großzügige Spenden an diese neofaschistische Partei in Lüneburg. Abgelöst wurde sie „aus Altersgründen“ von Janna Gevers aus Lauenburg, die als Teil des europäischen Netzes der Alt- und Neofaschisten gilt, z.B. als Bezieherin der Rundbriefe der Altfaschistin Rost van Tonningen aus den Niederlanden (genannt: „die Schwarze Witwe“) und auch von ihr zum Vortrag über „Persönlichkeit und Idee des Reichsführers-SS Heinrich Himmler“ nach Uelzen ins Gildehaus (wie am 21.10.1989) eingeladen wird. Die Lüneburger „Pflögstätte“ des DKEG veranstaltet zumeist monatlich an einem Samstag nachmittag Vorträge im Hotel Scheffler, aber auch im Brömse-Haus Am Berge oder im Rathskeller. Nur bei besonderen Anlässen wird vom Samstag-Termin abgewichen, etwa aus Anlass des Hitler-Geburtstages (20. April).

Dort werden dann Themen und Inhalte aus überwiegend völkischem Hintergrund vorgetragen; man bietet „Erkennungszeichen wahrhafter Kunst“ mitsamt den „ehrwürdigen Gütern deutschen Geistes“, einschließlich der „metaphysischen Wirklichkeit des noch dem Volke Verhafteten“, an.

1999

Sven Brenn

Sven Brenn aus Salzhausen gehört seit Mitte der 1990er Jahre zur Neonazi-Szene und ist Mitglied in der NPD. So war er ab 1999 im Vorstand des NPD-Kreisverbands Harburg-Land. Von Juni 2001 bis Mai 2002 gehörte er dem niedersächsischen Landesvorstand der NPD an.

Am 30.08.1999 organisierte er mit Manfred Börm eine Veranstaltung mit dem Neonazi Andreas Thierry aus Österreich. Dieser bekannte Neonazi ist seit mehreren Jahren in faschistischen Kreisen in Österreich aktiv und stand auch im Zusammenhang mit den Briefbombenserien in Österreich.

S. Brenn wird immer wieder als Ordner bei NPD-Aufmärschen eingesetzt.

Januar:

In Harburg-Land entsteht ein neuer Kreisverband der NPD. Vorsitzender: Stephan Niese aus Lübberstedt und Sven Brenn aus Salzhausen als Stellvertreter. Im NPD- Unterbezirk Elbe-Heide werden Manfred Börm aus Handorf zum Chef und Mark Lohse aus Wehningen zum Stellvertreter gewählt.

6. Februar:

Die von Roland Koch in Hessen initiierte rassistische Unterschriftenaktion der CDU gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für bestimmte Menschen der Bundesrepublik (welche ihm dort den Ministerpräsidentensessel einbrachte) findet auch in Lüneburg ihre Protagonisten: CDU-MdB Kurt-Dieter Grill sammelt „Am Sande“ gemeinsam mit seinen Parteifreunden Bernhard Suchan, Rosi Ebeling und Max Kroll nach eigenen Angaben 500 Unterschriften gegen entsprechenden Pläne der Bundesregierung. Zwar haben an der CDU-Aktion bestenfalls 100 Lüneburger/-innen teilgenommen, aber die haben wohl gleich ihre Nachbarn und Freunde mit eingetragen.

Unterstützung erhält die örtliche CDU, wie durch Zufall, durch einen Leserbrief des Extra-Tipps vom selben Tage, der eine gezielte Kampagne nach sich zieht, in der völkische und rassistische Töne unüberhörbar sind und in einem Leserbrief von W. Burgwedel auf den nationalsozialistischen Punkt gebracht werden: „Deutsche verschiedener Hautfarbe kann es und wird es daher nicht geben, welchen Pass sie auch immer haben. Die Naturgesetze werden sich weder Mehrheitsbeschlüssen des Bundestages beugen, noch Gerichtsentscheidungen.“

7. Februar:

Nach Abgaben der örtlichen Polizei haben drei Männer in Wendisch-Evern an verschiedenen Stellen Nazi-Aufkleber angebracht und am Gedenkstein für die Befreiung vom Mai 1945 Nazi-Parolen gegrölt.

6. März:

Der Lüneburger Zollernkreis, eine Nachfolgegruppe des DKEG, trifft sich in ihrem Vereinslokal „Hotel Scheffler“, um sich ihrer preußische Tugenden zu erinnern. Diesmal geht's um Gedichte, und der Referent Günter Aleith, ein Rechtsanwalt aus Helmstedt, gibt bereits im Titel seines Referats eine Kostprobe seines Könnens:

„Im Glanze der Krone – Gedanken und Gedichte zur deutschen Geschichte im Hohenzollernlichte“



CDU- Unterschriftenaktion und Gegendemonstration „Am Sande“



11. Juni:

Die NPD beabsichtigt eine Wahlkundgebung abzuhalten. Das „Lüneburger Bündnis gegen die NPD- Kundgebung“ mobilisiert gegen die Nazis. Die Stadt erlässt ein allgemeines Versammlungsverbot.

Am Vormittag wird das Verbot aufgehoben mit der Auflage, dass das Bündnis nicht zeitgleich mit den Nazis und nicht im gleichen Stadtteil demonstrieren darf. Dreieinhalb Hundertschaften Polizisten schützen am späten Nachmittag ungefähr 80 Neonazis, die auf dem Marktplatz ihre Kundgebung zur Europawahl abhalten wollen unter dem Motto „Für ein Europa freier Völker – gegen NATO und EU“. Thomas Wulff und Christian Worch führen die NPD- Kundgebung an. Antifaschistinnen demonstrieren gegen Rassismus, Nationalismus und die Akzeptanz der Nazis. Die Polizei riegelt die Rechten von den Gegendemonstranten ab. Die Reden der NPD gehen in Pfiffen und „Nazis raus!“- Rufen unter.

2. Juli:

Ein 18jähriger Skinhead schlägt ohne Vorwarnung gegen ein Uhr nachts in Lüneburgs Innenstadt mit einer Stahlrute auf einen Inder ein. Zwei weitere Inder dieser Gruppe können fliehen. Die alarmierte Polizei nimmt drei Skins fest. Der verletzte Inder wird ins Krankenhaus eingeliefert.

Ein Täter wird Anfang Oktober zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und elf Monaten verurteilt. Ein weiterer Mittäter muss sich noch vor Gericht verantworten.

28. August:

Im vollbesetzten Glockenhaus feiert der Kreisverband Lüneburg des „Bundes der Vertriebenen Deutschlands“ bei Anwesenheit zahlreicher Lokalprominenz sein 50-jähriges Bestehen. Das Hauptreferat hält Rene Nehring, Vorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ und bundesweit bekannter 23-jähriger Rechtsaußen der Vertriebenen- und Großdeutschlandszene. Sein Nazispruch „Wir sind nicht die letzten von gestern, sondern die ersten von morgen!“ fand ebenso spontanen Applaus wie seine Forderungen nach Einverleibung der Ostpreußens: „Wenn man von Berlin aus regiert, kann man nicht auf Dauer an der Oder halt machen.“

30. August:

Manfred Börm lädt alle Mitglieder der NPD im Raum Lüneburg, Harburg, Hamburg zu einer „weltanschaulich- politischen Schulung“ mit dem Referenten Andreas Thierry ein. Der Veranstaltungsort wird erst einen Tag zuvor nach persönlicher Anmeldung bekannt gegeben.

5. Oktober:

Die völkische Zeitung „Junge Freiheit“ empfiehlt mit einem Hinweis den Besuch einer Veranstaltung

Mit Stahlrute zugeschlagen

Skin verletzt Inder am Kopf

ca. Lüneburg. Der Rüß, den die Stahlrute auf der Kopfhaut von Toby Joseph (27) hinterließ, ist sechs Zentimeter lang und wurde mit mehreren Stichen ge- wärde. Gegen den mutmaßlichen Täter, einen Skinhead (18) aus Lüneburg, ermittelte Polizei und Staatsanwaltschaft wegen gefährlicher Körperverletzung. Laut Oberstaatsanwalt Jürgen Wigger ist gegen den geständigen Hauptbeschuldigten Tatbestehel beantragt worden. Der Mann sei wegen Gewaltdelikten bekannt. Als Motiv für die Schläge habe der 18jährige angegeben, er habe zuvor einige Ohrfeigen von anderen Ausländern einstecken müssen, weil er versucht habe, ein Mädchen anzuschauen. Deshalb habe er seinen Frust an den Indern abgelenkt. Während der ihm zur Last ge- Anzeig



Toby Joseph (Mitte) wurde von dem Skin mit einer Stahlrute auf den Kopf geschlagen und erlitt eine etwa elf cm lange Platzwunde. Sunil Kumar (l.) und Bala Kumar (r.) konnten vor den Angreifern flüchten. Foto: LZ

Prägnante Fügung weltweit
ILLIUS
 Große Bäckerstr. 25 - 26 24 50 24

LZ, 8.7.

Skinheads waren ja nur betrunken...

Betr.: „Mit Stahlrute zugeschlagen“ (LZ vom 2. Juli)

Da werden drei Inder von stadtbekanntem Skinheads angegriffen und einer von ihnen verletzt. Und sofort stellt die Staatsanwaltschaft fest, daß es sich um keine Handlung mit einem rechtsradikalen Hintergrund handelt und auch die Aussage eines Polizisten geht in die gleiche Richtung; es gäbe keinen ausländerfeindlichen Hintergrund für diese Tat, sondern nur „Alkohol, Alkohol, Alkohol.“

Körperverletzung

Ich frage mich, wie blind man eigentlich sein muß, um solche Aussagen zu treffen. Stadtbekannte Skinheads haben natürlich keinen rechtsradikalen Hintergrund und ausländerfeindlich sind sie allemal nicht. Wahrscheinlich gibt es überhaupt keinen Rechtsradikalismus und die Überfälle auf Ausländer geschehen nach dem Zufallsprinzip. Zufällig waren an diesem Abend drei Inder in der Nähe.

Ich bitte in diesem Fall auf den Abdruck meiner Adresse (der Redaktion bekannt) zu verzichten, da ich auch noch Familie habe. Mir allein wäre das egal.

NPD

**NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI
 DEUTSCHLANDS**

KREISVERBAND HARBURG - LAND

An alle Mitglieder der NPD und Kameradschaften im Raum Lüneburg, Harburg und Hamburg

Postfach 13 01
21413 Winsen

Bankverbindung:
Postbank Harburg (BLZ 200 120 20)
Kontonr. 317 082-204

Weltanschaulich-politische Schulung mit Andreas Thierry

Glockenhaus, 07.09.1999

Liebe Kameraden,

am Montag, dem 30.08.1999 um 19.30 Uhr wird der Kamerad Andreas Thierry aus Wien im Raum Lüneburg eine Schulung zu Weltanschauung und Politik halten.

Ich bitte Euch unter der Rufnummer: 04172/5303 anzumelden. Der Unkostenbeitrag wird bei 10 DM liegen.

Der Veranstaltungsort wird 1 Tag vor der Schulung bekannt gegeben.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

v.v. Manfred Börm
(Ortsbereichsleiter Lüneburg)

F.d.R. Sven Brenn

 (stell. Kreisvorsitzender Harburg-Land)

„Keine Erfolgsstory“

50 Jahre Bund der Vertriebenen

Die Lüneburg. Gerade 23 Jahre alt war der Festredner, den der Bund der Vertriebenen im Kreisverband Lüneburg zu seinem 50-jährigen Bestehen ins Glockenhaus eingeladen hat. Nehrting, Bund der Jungen Lüneburger Ostpreußen für Ostpreußen. Vorsitzende Dr. Beate, die das „der best“ dass unsere Ortswegs mit d. sogenannten „zu verschwinde“ Dazu passt die „Wir sind von gestern, von morgen“ von den Zuhörern gehört. Der blöde ist ein F. um „Tag d. schichte O. Besiedelun den Deut. Jahrhundert“ gion stellt die Nehnannte-I. kenhaus stigen orientier ring gir man vor man ni Oder hi Dr.

Ängste

Ängste geschürt

Von Gert Reiling

Das kulturelle Erbe aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien ist Teil der deutschen Geschichte. Um dessen Erhalt hat sich der Bund der Vertriebenen verdient gemacht. Doch beim Jubiläum

Kommentar

des Kreisverbandes Lüneburg gab es Untertöne, die Angst machen können: Oder und Neißer sind von Deutschland als Grenze anerkannt. Wenn ein Festredner nicht an dieser Grenze haltmachen will, dann ist das ein törichter Angriff auf gültige Verträge und schürt Ängste bei unseren Nachbarn im Osten, die gerade erst zu Partnern geworden sind.



Hochzeitsanzug, Kruspolka und verschiedene andere alte Tänze zeigte die Lüneburger Volkstanzgemeinschaft am „Tag der Heimat“. Foto: ta

„Tages – für sie andere Rechte als für un- liegen gab es nur allzu selten.“
 ä unbel- Millionen Vertriebenen und die 50 Den Rahmen im Glockenhaus
 Ertages im ganzen Welt“ Die 50jährige gestalteten die Lüneburger
 Selbstver- der das Geschichte des BdV sei „keine Volkstanzgemeinschaft, die
 Kosowaren der das „Erfolgsstory“, resümierte Loeff- Singgemeinschaft Echem sowie
 sie: „Gelten ke. „Verständnis für unsere An- BdV-Mitglieder mit Gedichten
 und Liedern.“

Keine Gefahr für den Frieden

Betr.: „Ängste geschürt“ (LZ-Kommentar vom 30. August)

Ihre ausgewogene Berichterstattung über die Feierstunde zum „Tag der Heimat“ im Glockenhaus hat mir gut gefallen. Wer den Bericht liest, erhält ein anschauliches Bild vom Ablauf der Veranstaltung und vom Inhalt der auf ihr gemachten Aussagen.

Tag der Heimat

Leider aber wird dieses Bild sogleich wieder zunichte gemacht durch den auf derselben Seite abgedruckten Kommentar zum selben Thema. In den wenigen Sätzen, aus denen dieser Kommentar besteht, suggeriert der Kommentator, dass von den

Aktivitäten der deutschen Heimatvertriebenen angebliche Gefahren für den Frieden in Europa aus gehen.

Möglicherweise hat er entweder das Anliegen der Vertriebenen oder die angestrebten Wege zu seiner Verwirklichung nicht verstanden. Denn was soll sein an den Festredner gerichteter Vorwurf, dieser mache mit seinen Überlegungen nicht an der vertraglich festgelegten deutschen Ostgrenze Halt? Will der Kommentator nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Heimat der deutschen Vertriebenen eben gerade jenseits der Oder und der Görlitzer Neiße liegt?

Dietrich Roth
 Reihertstieg 20
 21337 Lüneburg

Inder schwer verletzt: Skinhead muss hinter Gitter

ca Lüneburg. Betrunkene Skinheads griffen im Juli drei Inder an, die Täter verletzten eines der Opfer schwer. Das Jugendgericht verurteilte jetzt einen der Täter zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und elf Monaten wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz. Das teilte die Staatsanwaltschaft gestern mit. Bei dem Strafmaß sei eine vorherige Verurteilung

des 18 Jahre alten Angeklagten mit einbezogen worden, da war er wegen Diebstahls und räuberischer Erpressung zu einem Jahr und zehn Monaten Haft verurteilt worden.

Wie berichtet, hatten zwei Skins ihre Opfer Anfang Juli nachts am Markt angegriffen. Die drei Inder, die als Köche in Lüneburger Lokalen arbeiten, waren dort, weil sie aus einer Telefonzelle in ihrer Heimat anru-

fen wollten. Einer der Skins schlug laut Wigger mit einem Totschläger grundlos auf die Inder ein, dabei erlitt ein 27-Jähriger eine schwere Platzwunde am Kopf, die mit mehreren Stichen genäht werden musste.

Laut Wigger muss sich demnächst auch ein Mittäter vor Gericht verantworten: „Wir haben Anklage erhoben, aber die Hauptverhandlung ist noch nicht angesetzt.“

der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland“ in Lüneburg. Unter dem Titel „Die Heilige Schrift – alleine Grundlage unseres christlichen Glaubens“ referiert Pfarrer Hanns Schrödl in der Landeskirchlichen Gemeinschaft in der Kefersteinstraße.

Gegründet wurde die ENiD 1967 als „Reaktion auf die zunehmende Ideologisierung der evangelischen Kirche“ und die „Befreiungstheologien“. Bundesweit bekannt wurde die ENiD durch ihren erbitterten Widerstand gegen die „Ostdenkschrift“ der EKD, in der erstmals offiziell von Seiten der Amtskirche der NS- Krieg gegen die Sowjetunion als verbrecherisch gebrandmarkt wurde. Bereits im Sommer 1999 machten die zahlreichen Neben- und Unterorganisationen der ENiD Schlagzeilen und sorgten auch in Lüneburg einige Kirchenvorstände für innerkirchliches Aufsehen, weil sie die Wahl einer Frau in das höchste Kirchenamt Niedersachsens verhindert wollten. Dazu gehörte auch die „Notsynode“, die von einem dreiköpfigen „Reformrat“ geführt wurde: Philip von Preußen (Nachkomme aus Plön), Rudi Weinmann (Unternehmer aus Krusendorf/ Neuhaus), Wilhelm Schoen (Architekt aus Lüneburg).

23. Oktober:

Mahmut Sahin ist Schiedsrichter und Vorsitzender des Lüneburger Klubs „Türkspor“. Er berichtet, dass er selbst und die Spieler von Türkspor immer wieder Opfer von feindlichen Parolen werden. Sprüche wie „Vergasen!“, „Scheiß Kanaken!“ sind an der Tagesordnung. Oder aber direkt an den Schiedsrichter gerichtet: „Gib dem Schiri schnell sein Geld, damit er abhaut!“. (lünepost)

10. November:

In einer Art Replik auf eine Aktion der VVN-BdA, nämlich der Bekleisterung des sog. Hitler/Telschow- Gauls vor dem „Museum für das Fürstentum“ in der Wandrahmstraße mit Dokumenten der Lüneburger NS- Zwangsarbeit, erhält der örtliche VVN-BdA- Sprecher einen anonymen Drohbrief.

4. Dezember:

Einen von der NPD geplanten Aufmarsch in Braunschweig, zu dem die Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen wollen, hat das OVG Lüneburg verboten. Dieser Aufmarsch der Braunen war gedacht als „Siegeseier“ über die dort geplante, aber dann vom Hamburger IFS abgesagte Ausstellung über die „Verbrechen der deutschen Wehrmacht“. Um ihre „Siegeseier“ dennoch durchführen zu können, versuchen die Neonazis erfolglos in Lehrte/Hannover und schließlich in Lüneburg aufzumarschieren. Nachdem die Neonazis eine Polizeisperre vor dem Oberverwaltungsgericht in der Uelzener Straße durchbrochen hatten, marschierten sie zum Zentralfriedhof und ehrten dort ihre „Helden“, nämlich die Soldaten der faschistischen Wehrmacht.

Neonazis schlüpfen unter legales Dach

LZ, 7.12.

Verfassungsschützer beobachten neuen Kurs der Rechten

Auf dem Rückweg zu ihren Fahrzeugen werden sie schließlich in der Wichernstraße von der Polizei überwältigt, mit Plastikbändern gefesselt, ihre Fahnen und Plakate sichergestellt und im Bus zur Wache gefahren. Ihre Personalien werden aufgenommen und sie werden anschließend wieder einzeln freigelassen. Als Rädelsführer treten in Erscheinung: Thomas Wulff und Manfred Börm, Bernd Stehmann (Bielefeld) und die Brüder Michael und Sven . Gegen die Mitglieder dieser 71 Personen umfassende Gruppe ermittelt die Polizei wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Widerstandes, versuchter Gefangenenbefreiung und schwerer Sachbeschädigung.

ca Lüneburg. Bundesweit hat sich die rechte NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) nach Einschränkung des Verfassungsschutzes dem braunen Rand geöffnet. Eine Tendenz, die sich in der Vergangenheit mehrfach auch in Lüneburg widerspiegelt - jüngst am Wochenende, als NPD-Anhänger von der Polizei in Gewahrsam genommen worden sind. Von den hiesigen „Größen“ der Partei hatte man lange Zeit kaum etwas gehört - das hat sich gewandelt.

Nach Auskunft eines NPD-Mitglieds hat sich der rechtsextreme Manfred B., der im Landkreis Lüneburg wohnt, Einfluss gesichert. „Er hat einige aus seinem Umfeld in die Partei mitgebracht“, berichtet der NPD-Mann. „Leute aus der verbotenen Wiking-Jugend, ehemalige Skinheads.“ Mit Hilfe seiner Gesinnungsgenossen sei B. dann Anfang 1999 zum NPD-Unter-



Neonazis sitzen gefesselt in einem Garten an der Wichernstraße. Die Polizei hatte am Sonnabend 71 rechte Marschierer in Gewahrsam genommen, jede Menge Flaggen sichergestellt. Foto: be

„Feindliche Übernahme“

bezirksvorsitzenden Elbe/Heide gewählt worden. „Wir haben das als feindliche Übernahme empfunden“, so der Alt-NPDler.

Für den Sprecher des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Rüdiger Hesse, steckt dahinter „ein klarer neonazistischer Kurs“. Ziel sei es, ein „legales Dach zu finden“.

Den längst hätten die Neonazis auf staatlichen Druck reagiert und sich in lockeren Gruppen zusammengefunden. Sie nennen sich freie Nationalisten oder freie Kameradschaften. Eine Antwort etwa auf das Verbot der extremistischen FAP oder auf die Schließung des sogenannten Heide-Heims Hetendort bei Celle - jahrelang Treffpunkt der Ultra-Rechten. Auch in der Region wirkte sich das Durchgreifen des Staates aus. 1994 verbot der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther die Wiking-Jugend (WJ), wie er

sich nannte, war der bereits erwähnte Manfred B.

Für Ermittler war damals klar, dass B., der schon mit dem verstorbenen Rechtsextremisten Michael Kühnen aktiv war, sich durch das Verbot der Wiking-Jugend nicht in den politischen Ruhestand verabschieden würde. Wie auch andere organisierte sich B. nach Erkenntnissen des LfV bei den freien Kameradschaften, die juristisch nur schwer greifbar sind und sich kaum verbieten lassen.

Hintergrund

Bevor B. sich bei der NPD engagierte, leistete er Herbert Bartsch von der UWL bei der Landratswahl im September 1998 Schützenhilfe. Als Kandidat Bartsch in der Bäckerstraße einen Stand aufbaute, waren

auch B. und andere polizeibekanntes Rechte an dem Stand vertreten. Auch hier sieht LfV-Sprecher Hesse den Versuch der Rechten ein legales Standbein wachsen zu lassen.

Dass man sich untereinander bestens kennt, zeigt sich auch an der UWL. Für das Programm zeichnet Mälte Holzer verantwortlich, einst Kreisgeschäftsführer der NPD. Am Stand von Bartsch waren auch die Brüder G. aktiv. Sven G. gilt als Anführer der sogenannten Hammer-

skins, laut LfV sind sie in der nationalsozialistischen Ideologie gefestigt und gewaltbereit. Als Sven G. im vergangenen Juni zu einem Treffen am Elbe-Seitenkanal einlud, kamen Kahlköpfe aus ganz Deutschland und dem Ausland.

Dass Kontakte weit über die Region hinausreichen, zeigt sich auch beim geschlossenen Hetendort-Heide-Heim. In der Verbotsvorgabe des Innenministeriums vom Februar 1998 heißt es unter anderem, dass der „einschlägig vorbestrafte, Gauleiter Nord der WJ“, Manfred B., in der Vergangenheit zahlreiche Treffen der WJ in Hetendorf organisiert hatte. Und im Heide-

Kontakte über Region hinaus

Montag, 6. Dezember 1999 · Nr. 285

LOKALES

Polizei stoppt Neonazis

Aufmarsch der rechten Szene

ca Lüneburg. Erneut ist Lüneburg zum Aufmarschziel der rechten Szene geworden. Nachdem die Anhänger der NPD am Sonnabend nach einem Verbot des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts nicht in Braunschweig im Zusammenhang mit der umstrittenen Wehrmachtsausstellung demonstrieren durften, wichen sie nach Lüneburg aus.

Rädelsführer festgesetzt

Die Polizei wurde nach eigener Aussage zunächst von der Aktion überrascht. So gelang es den mehr als 70 Neonazis, eine Polizeisperre an der Wichernstraße zu durchbrechen, Kundgebungen vorm Oberverwaltungsgericht und am Ehrenmal auf dem Zentralfriedhof abzuhalten. Schließlich setzte die Polizei die Rechten fest, nahm 71 von ihnen in Gewahrsam. Laut Polizeisprecher Gerd-Dieter

Hagels wurden mehrere Beamte und Demonstranten bei Auseinandersetzungen verletzt.

Lüneburgs Polizeichef Hans-Jürgen Felgentreu leitete den Einsatz, dirigierte Kollegen der Oldenburger Bereitschaftspolizei um, die schon auf der Rückfahrt von ihrem Einsatz in Braunschweig waren. Dazu kamen Lüneburger Beamte, die sich gerade zur Weihnachtsfeier auf der Wache getroffen hatten.

An der Wichernstraße überwältigte die Polizei die Rechten schließlich, fesselte sie mit Plastikbändern und brachte sie in einem Bus zur Wache. Dort nahmen Beamte die Personalien auf, die beiden jüngsten Kahlköpfe waren 14 und 15 Jahre alt. Dann ließen die Beamten die Rechten einzeln frei, um so weitere Versammlungen zu verhindern.

Als Rädelsführer sehen die Ermittler zwei bekannte Köpfe aus dem ultrarechten Lager: Thomas W. und Manfred B., der im Kreis wohnt. Sie blieben auf richterlichen Beschluss Stunden in so genanntem Verhinderungsgewahrsam. B. hatte im



Polizeibeamte bringen die mit Plastikbändern gefesselten Rechtsradikalen mit einem Bus zur Wache, stellen dort die Personalien fest und leiten Ermittlungsverfahren ein. Foto: be

Sommer auch eine NPD-Kundgebung auf dem Markt mitorganisiert. Dabei war es zu Ausschreitungen gekommen.

Die Polizei ermittelt nach Auskunft von Polizeisprecher Hagels gegen Teilnehmer der

Ermittlung wegen Landfriedensbruch

aktuellen Demonstration wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand, versuchter Gefangenenbefreiung und schwerer Sachbeschädigung.

Oberbürgermeister Ulrich Mäde sagte am Sonnabend: „Ich bin froh, dass die Polizei diesen Spuk beenden konnte. Es ist bedrückend, dass so etwas in Lüneburg passiert.“



Die Beamten setzen die Demonstranten an der Wichernstraße fest, stellen Fahnen und Plakate sicher. Foto: be

Sperre durchbrochen

13.41 Uhr: Die ersten Anrufer gehen bei der Polizei ein, dass die Rechten im Anmarsch sind.

14.09: Auf dem Parkplatz eines Supermarktes an der Uelzener Straße beginnt der Aufzug.

14.14 Uhr: Die Neonazis durchbrechen eine Polizeisperre an der Wichernstraße.

14.27 Uhr: Kundgebung vor dem Oberverwaltungsgericht an der Uelzener Straße.

14.50 Uhr: Weitere Kundgebung, diesmal auf dem Zentralfriedhof. Die Polizei setzt fünf Demonstranten fest.

15.12 Uhr: Die Beamten nehmen an der Wichernstraße 66 „Störer“ in Gewahrsam - „die Lage ist entschärft“.

Jungjäger durfte an Waffenschrank

Party-Tragödie: Opfer kam aus rechter Szene

ca Lüneburg. Im Zusammenhang mit dem tödlichen Streit am Ende der Feier in Wendisch Evern untersucht die Staatsanwaltschaft auch den politischen Hintergrund des getöteten Partygastes. Staatsanwalt Jürgen Wigger, der wegen Totschlags ermittelt, bestätigt, daß das 25 Jahre alte Opfer Kontakte zu Rechtsextremisten hatte. Bei dem Streit habe die Gesinnung eine „sekundäre Rolle“ gespielt. Wie berichtet, wurde der 25 Jahre alte Adendorfer am vergangenen Sonnabend gegen 9 Uhr morgens durch einen Schuß in den Hals getötet. Das Gewehr hatte der 16 Jahre alte Gastge-

ber als Jagdberechtigter Zugang zu den Waffen des Vaters haben und auch ein eigenes Gewehr besitzen.

Der Junge ist auf freiem Fuß, weil keine Flucht- oder Verdunklungsgefahr besteht. Nach LZ-Informationen gilt der Getötete eher als Mitläufer und nicht als einer der Köpfe in der braunen Szene in der Region. So ist er unter anderem am 1. Mai dabei gewesen, als sich Neonazis trafen, um gemeinsam zu einer Demonstration der NPD nach Bremen zu fahren. Die Polizei hatte, wie berichtet, den Jugendlichen damals die Autoschlüssel abgenommen und sie so am Weiterfahren gehindert.

Der Jugendliche aus Wendisch Evern hatte die Party gefeiert, weil er gerade seine Prüfung als Jungjäger bestanden hatte. Und da mußte er sich eigentlich sehr gut mit Waffen auskennen.

Beim Treff der Neonazis dabei

Er hat ausgesagt, daß er das Jagdgewehr aus dem Waffenschrank seines Vaters geholt habe. Der mußte, so will es das Gesetz, verschlossen sein. Doch Oberstaatsanwalt Wigger ergänzte: Der Jugendliche durfte

Munition getrennt aufbewahren

aber als Jagdberechtigter Zugang zu den Waffen des Vaters haben und auch ein eigenes Gewehr besitzen.

Viele verwundert, daß schon 16jährige eine Jagdprüfung ablegen dürfen. Das kommt im Schnitt 35mal im Jahr im Kreis Lüneburg vor. Doch die Absol-

venten wissen genau: Waffen und Munition sind grundsätzlich getrennt voneinander aufzubewahren, erklärt Oberstaatsanwalt Jürgen Wigger.

Nach Auskunft Wiggers dürfen Jugendliche nach bestandener Prüfung im Alter von 16 bis 18 Jahren nicht alleine mit einer Waffe auf die Pirsch gehen. Der Oberstaatsanwalt: „Es muß ein Erziehungsberechtigter oder wie es das Gesetz sagt, ein Jagd- erfahrener dabeisein, der die Erlaubnis der Erziehungsbe-

LZ, 19.5.

Ich hatt' einen Kameraden, einen besseren find'st du nicht.

Jan Herold

† 19. 4. 74

† 15. 5. 99

In Trauer

Die Kameraden vom Trupp 16

Michael Grewe

Der am 8. Mai 1968 in Hamburg geborene M. Grewe ist seit Mitte der 1980er Jahre in Neonazi-Kreisen aktiv. Er und sein älterer Bruder Hans Grewe gehörten zu den führenden Köpfen der Lüneburger bzw. norddeutschen Nazi-Skinhead-Szene. M. Grewe war Herausgeber der beiden rechten Zeitschriften „Kahlschlag“ und „Der Hezzer“. Ende der 1980er Jahre trat er in die NPD ein und war daneben für die verbotene FAP aktiv. Außerdem organisierte er mehrere Rechtsrockkonzerte in Norddeutschland.

Von 1996 bis 1997 betrieben Hans und Michael Grewe in Hamburg-Lohbrügge den Laden „Buy or Die“ und organisierten in dieser Zeit mindestens drei „nationale Fußballturniere“.

Heute gehört M. Grewe zu den führenden Köpfen der sog. „Freien Nationalisten“ in Norddeutschland und lebt mit seiner Familie und gemeinsam mit der Familie von Thomas Wulff im Nazizentrum in Amholz (nähe Boizenburg).

Bei der Kommunalwahl 2004 in Mecklenburg-Vorpommern trat er für die NPD an und wurde in den Gemeinderat von Teldau gewählt.

2000

12. Januar:

Vor der 1. Großen Jugendkammer des Landgerichts Lüneburg muss sich ein 17-Jähriger aus Wendisch Evern verantworten.

Der Jugendliche hatte am 14. Mai 1999 den Nazi-Skinhead Jan Herold nach einer Party in seinem Elternhaus mit einem Jagdgewehr seines Vaters erschossen. Der 17-Jährige feierte seine Jungjäger-Prüfung.

Jan Herold war der letzte Gast der Feier, der trotz mehrerer Aufforderungen zum Gehen, geblieben war. Herold versuchte, den 17-Jährigen für die Lüneburger Neonazi-Szene zu gewinnen. Nach Bedrohungen und einer körperlichen Auseinandersetzung, griff der Jungjäger in Panik zur Waffe und erschoss den Nazi-Skin.

Am 14.01.2000 wird der Jungjäger freigesprochen. Der 25-Jährige Berufsschüler Jan Herold aus Adendorf gehörte zur Kameradschaft Lüneburg. Diese Kameradschaft nennt sich auch „Trupp 16“. Die 16 war die Ziffer der historischen SA-Standarte aus Lüneburg. Angeführt wird der „Trupp 16“ von Michael Grewe.

15. Januar:

In der Landeszeitung erscheint ein Artikel, in dem darüber berichtet wird, dass die beiden Neonazis Thomas Wulff (Hamburg) und Michael Grewe (Lüneburg) ein größeres Haus in Amholz (Gemeinde Teldau, Boizenburg) gekauft haben. Die Kaufsumme lag bei 300.000 Mark.

Polizei und Verfassungsschutz gehen davon aus, dass in Amholz ein Treffpunkt und Schulungszentrum der Neonazi-Szene aufgebaut werden soll.

27. Januar:

Auf Einladung der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft findet in Lüneburg die Veranstaltung „RechtsRock – Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ statt. Rund 120 Menschen besuchen die Veranstaltung im Haus der Jugend, die von einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei bewacht wird. Neonazis, die ihr Erscheinen vorher angekündigt haben, erhalten von der Polizei Platzverweise.

Mehrere Leserbriefe in der Landeszeitung thematisierten später die Veranstaltung. Darin wird der LZ vorgeworfen, dass sie den Lesern Informationen vorenthalten hat, da sie ausschließlich über die Polizeimaßnahmen berichtet hat und nicht über den Inhalt der Veranstaltung.

18. Februar:

In der National-Zeitung erscheint ein Leserbrief von H. Teubner aus Lüneburg. Ob er wirklich von einem Lüneburger stammt ist fraglich, da in der DVU-Zeitung immer wieder Leserbriefe, die von der Redaktion geschrieben wurden, unter falschen

März:

Der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ (Ausgabe 4/2000) ist zu entnehmen, dass sich in Lüneburg der „Arbeitskreis für Kultur und Geschichte“ gebildet hat. Dem Arbeitskreis geht es um eine „ganzheitliche nationale Lebensweise“ und man will „den Einklang schaffen von Kultur und Geschichte“. Seine Aufgabe sieht der Arbeitskreis darin, „deutsches Volkstum zu erhalten, geschichtliches und politisches Wissen zu vermitteln und zu erweitern“. Außerdem sollen Alt- und Neonazis zusammengeführt werden.

Hinter dem Arbeitskreis steht der regionale NPD Unterbezirk um Manfred Börm. Der Arbeitskreis dient der NPD dazu, um mit einem unverfänglichen Namen Räume für Veranstaltungen zu erhalten. Gerade in Zeiten, wo ein Verbot der faschistischen NPD öffentlich diskutiert wird, ist dies für die NPD wichtig. Da es für die NPD schon immer schwer war, Räumlichkeiten für Veranstaltungen zu bekommen, versuchen sie es mit Tarnorganisationen.

23. März:

In einem Artikel in der Landeszeitung werden die Erkenntnisse aus dem Verfassungsschutzbericht 1999 dargestellt. Laut VS ist Manfred Börm aus Handorf, der 1999 zum Unterbezirkvorsitzenden der regionalen NPD gewählt wurde, die zentrale Figur der Neonazi-Szene in Lüneburg.

1. April:

7 Mitglieder der regionalen DVU fahren mit einem Bus zu einer DVU-Großveranstaltung in Hamburg.

13. April:

Neonazis bedrohen während eines öffentlichen Gelöbnisses der Bundeswehr junge AntifaschistInnen und AntimilitaristInnen, die gegen die Bundeswehr protestieren.

Mai:

Die NPD-Landesgeschäftsstelle in Lüneburg organisiert eine Busfahrt zum NPD-Kongress in Passau (27. Mai 2000). Die Landesgeschäftsstelle ist für die gesamte Koordination in Norddeutschland zuständig.

6. Juni:

Hakenkreuzschmierereien in Radbruch.

16. Juni:

Die Lüneburger Geschichtswerkstatt erhält einen revisionistischen und rassistischen Droh- und Hetzbrief.

Ähnliche Schreiben erhielten in den vergangenen Jahren auch schon verschiedene antifaschistische und linke Gruppen, Einrichtungen und Persönlichkeiten in den Landkreisen Uelzen und Lüchow-Dannenberg (s. Abb. rechts).

Kultur und Geschichte im Mittelpunkt

Lüneburg (DS) – In Lüneburg hat sich ein »Arbeitskreis für Kultur und Geschichte« gebildet, der in Norddeutschland tätig werden möchte. Den Gründern geht es um eine »ganzheitliche nationale Lebensweise«, heißt es in einer Presseerklärung. Außerdem will man: »Den Einklang schaffen von Kultur und Geschichte. Unsere Aufgabe ist es, deutsches Volkstum zu erhalten, geschichtliches und politisches Wissen zu vermitteln, zu vertiefen und zu erweitern, sowie die Zusammenführung von Jung und Alt in der Region herbeizuführen«. Infos bei: AK für Kultur und Geschichte, Postfach 1871, 21308 Lüneburg.

Hetzbrief an die Geschichtswerkstatt**Der Asylbetrüger in Deutschland**

- geliebt von der CDU bis zur FDP und ganz besonders von der SPD und den Grünen
- verhasst vom deutschen Steuerzahler, der den Betrug auch noch finanzieren muß

Und so sieht er aus:

~ Herr Asylbetrüger, na wie geht's??
Oh ganz gut, bring' Deutschen Aids.
Komm' direkt aus Übersee
hab' Rauschgift mit, so weiß wie Schnee
verteil' im Sommer wie im Winter
sehr viel davon an deutsche Kinder.
Muß nicht zur Arbeit, denn zum Glück
schafft deutsches Arschloch in Fabrik.
Hab' Kabelfernsehen, lieg' im Bett
werd' langsam wieder dick und fett,
zahl' weder Miete, Strom noch Müllabfuhr,
das müssen dumme Deutsche nur!
Auch Zahnarzt, Krankenhaus komplett
zahlt jeden Monat deutscher Depp.
Wird deutscher Depp mal Pflegefall
verkauft ihm Staat Haus, Hof und Stall.
Man nimmt ihm einfach alles weg,
schafft vierzig Jahr umsonst, der Depp.
Wenn deutscher Dummkopf ist gestorben,
dann müssen Erben Geld besorgen.
Denn Deutscher muß bezahlen für Pflegeheim und Grab,
was als Asylbetrüger umsonst ich hab'.
Man sieht, daß Deutscher ein Idiot,
muß auch noch zahlen, wenn er tot.
Ich liebe Deutschland - wo noch auf der Welt
gibt's für Asylbetrug auch noch viel Geld.
Ist Deutschland pleite fahr' ich heim,
und sag' leb' wohl, Du Nazi-Schwein.

P. 11. J. 14. JUNI 2000 14. JUNI 2000

Ob schwarz oder rot,
ob Genscher, Kinkel, Gerhardt
oder grüner Fischerismus,
alle schüren mit Hilfe der Umer-
ziehungsmedien den jüdischen
Amerikanismus.

MITTEILUNGEN



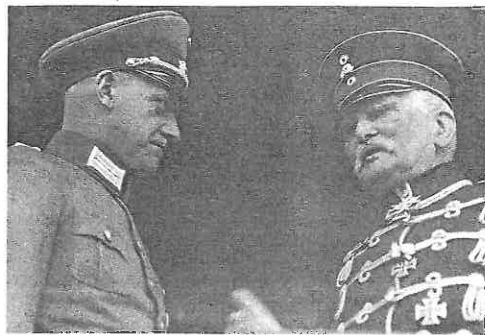
BRÜDLANGEHÖRIGEN DES EHEMALIGEN KAVALLERIE-REGIMENTS 13
 ARTILLERIE-REGIMENT 13 UND DES FELD-UND ERSATZEINHEITEN

Nr. 155 2137 Lüneburg, September 2000 bis Februar 2001

ERINNERUNGEN AUS UNSEREM ARCHIV

GEORG LINDEMANN, Generaloberst

geb. 8. März 1884 in Osterburg
 gest. 25. September 1963 in Freudenstadt



Generalfeldmarschall v. Mackensen (1849 bis 1945)
 im Gespräch mit Oberst Lindemann,
 Kdr. Rtr. Regt. 13 (1931 bis 1934)

Generalmajor Lindemann, Kommandeur der
 36. Inf.-Div., beim Einzug seiner Division in Mainz
 am 3. Oktober 1940 nach dem Frankreichfeldzug



- 28. Februar 1903 Fahnenjunker Drag. Regt. 6, Driedenhofen
- 18. August 1904 Leutnant
- 18. August 1912 Oberleutnant
- 1. Oktober 1913 Jäger-Regt. zu Pferde Nr. 13, Saarlouis
- 28. Januar 1914 Rittmeister
- 30. November 1919 Infanterie-Schule München
- 15. September 1922 Stab Reiter-Regt. 7, Breslau
- 1. Januar 1923 Schwadronschef
- 1. April 1926 Major
- 1. April 1928 zur Kav. Schule Hannover versetzt
- 1. Februar 1931 Oberstleutnant
- 1. Oktober 1931 KOMMANDEUR REITER-REGT. 13
- 1. Juni 1933 Oberst
- 1. Oktober 1934 Kommandeur Kriegsschule Hannover
- 1. April 1936 Generalmajor
- 1. Oktober 1936 Kommandeur 36. Inf. Division
- 1. April 1938 Generalleutnant
- 25. Oktober 1940 Kommandierender General L.A.K.
- 1. November 1940 General der Kavallerie
- 16. Januar 1942 Oberbefehlshaber 18. Armee



Feldmarschall der 4. Div. bei Chemnitz, 1932

Hoher Besuch beim Regimentstakt
 in der Mitte wahrscheinlich
 GenLt. Frhr. v. Gimmant
 (1931 bis 1933), Bfzr. WK IV-2
 Kdr. 4. Div., mit Zögern
 OTL Lindemann

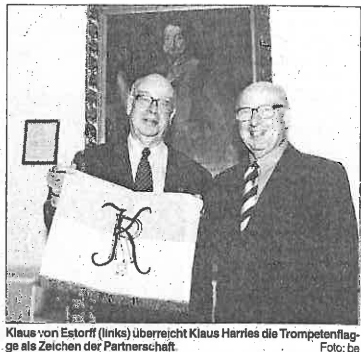
Intensives Kartentraining, v. L.
 Schiedrichte, Major Stranitz,
 R.R. 13; OTL Lindemann,
 Kdr. R.R. 13 (1931 bis 1934),
 Adjutant OHL v. d. Decken,
 Lt. v. Pinn

Liebe zu Pferden verbindet

Reitverein und Regiment sind Partner

iz Lüneburg. Die Liebe zu den Pferden verbindet sie - ein Grund für die Partnerschaft. Die Schlieffen-Kaserne erhielt es 1936 den Namen Kavallerie-Kavallerie-Regimentes (K.R. 13) und wurde am 26. August 1939 aufgelöst - nur ein Ersatztruppenteil in Lüneburg führte die alte Bezeichnung weiter. Der Bund K.R. 13 als Traditionsverband erhielt gleich nach dem Einzug der Bundeswehr in Lüneburg wieder Gastrecht in der Schlieffen-Kaserne.

Die Geschichte des Reit- und Fahrvereins begann erst vor 40 Jahren, wie Harries in seiner Replik erklärte. Damals leisteten die „alten 13er“ willkommene Hilfe. Der junge Verein durfte Halle und Ställe in der Schlieffen-Kaserne nutzen, ehe er eigene Gebäude an der Roten Schleuse bezog.



Klaus v. Estorff (links) überreicht Klaus Harries die Trompetenflagge als Zeichen der Partnerschaft. Foto: be

1. Juli:

Die Hammerskins Nordmark und der Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD) veranstalten ein Grillfest in Amholz.

Knapp 50 Nazi-Skins nehmen an dieser Veranstaltung teil, zu der Sven aus Lüneburg eingeladen hat.

31. August:

Die Landeszeitung berichtet darüber, dass in der Lüneburger Disco „Fun-Lollipop“ immer wieder Ausländer abgewiesen werden. Der Geschäftsführer Manfred Steiniger begründet dies damit, dass sein „Hauptaugenmerk“ auf „den deutschen Gästen“ liege und er nur eine „bestimmte Menge an Ausländern reinlasse“.

Ende August:

Die Landeszeitung berichtet am 7. September, dass das Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Arbeitsamt Ende August mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde.

September:

Die „Mitteilungen“ Nr. 155 erscheinen, wie die früheren Ausgaben auch, in der v. Sternschen Druckerei in Lüneburg. In diesem Blatt „Für die Angehörigen des ehemaligen Kavallerie-Regiments 13 (KR 13) und dessen Feld- und Ersatzeinheiten“ werden nicht nur unter der Führung des 1. Vorsitzenden Klaus v. Estorff aus Barnstedt die alten Schlachten noch einmal geschlagen und von W. Thiele diverse Kameradschaftstreffen beschrieben. Unter der Überschrift „Erinnerungen aus unserem Archiv“ wird ein Loblied auf Georg Lindemann gesungen, ein Mann, der an führender Stelle die faschistische Wehrmacht befehligte: ab 1942 Oberbefehlshaber der 18. Armee, Generaloberst, Oberbefehlshaber Heeresgruppe Nord, Wehrmachtsbefehlshaber Dänemark.

Unter der Rubrik „Aus unserer Bundeswehr“ berichtet Hauptmann Carsten Falkenthal von der Theodor-Körner-Kaserne (2./Panzerbataillon 84) als offizieller Verbindungsoffizier zu dieser Nazi-Wehrmachtstruppe über neuere Entwicklungen innerhalb der Lüneburger Bundeswehr. Diese „partnerschaftliche Verbindung“ zwischen alten und neuen Militaristen ist nicht neu: Sie wurde bereits sofort nach dem Einzug der Bundeswehr in die Schlieffen-Kaserne praktiziert. Der heute von K. Harries (Ex-CDU-Bundestagsabgeordneter) geleitete „Reit- und Fahrverein Lüneburg“ durfte ebenfalls sofort nach seiner Gründung um 1960 bei dem K.R.13 in der Kaserne unterkommen, bis das eigene Quartier an der Roten Schleuse gefunden wurde. Das bürgerliche Lüneburg hielt nämlich noch nie etwas von einer Abgrenzung zum Faschismus. Im August 2000 schließlich begründeten Klaus v. Estorff und K. Harries für ihre Vereine offiziell eine Partnerschaft, für die es außer einer Aufwertung der Nazi-Wehrmachtstruppe keinen vernünftigen Grund gibt. Die entsprechende Zeremonie fand statt - natürlich im Kasino der Schlieffen-Kaserne.

LZ, 10.8.

2. September:

Die Landeszeitung berichtet über rassistische SMS-Mitteilungen, die verstärkt verbreitet werden. Ein Lüneburger Kriminalhauptkommissar erhält eine solche SMS und erstattet Anzeige. Der polizeiliche Staatsschutz weiß zu berichten, dass solche SMS auch gezielt an Ausländer geschickt werden.

3. September:

Zum „Tag der Heimat“ lädt der Kreisverband Lüneburg des „Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften“ ins Glockenhaus ein und erklärt in einer Einladungsanzeige in der LZ v. 1.9.2000 den Sinn dieser Veranstaltung: „Der Tag der Heimat ist ein Tag des Bekenntnisses aller Deutschen zur angestammten Heimat jedes Menschen.“ Frau Barbara Loeffke, die Vorsitzende des Lüneburger Vereins, die auch gern mal mit der NPD zusammen arbeitet, erklärt immer wieder öffentlich, was unter diesem „Bekenntnis aller Deutschen“ zu Ostpreußen etc. zu verstehen ist: „Das letzte Kapital in unserer Heimat, es ist noch nicht geschrieben...Nur was man aufgibt, ist verloren. Wir geben nicht auf!“

5. September:

Vor dem Lüneburger Amtsgericht wird ein 42-Jähriger Neonazi verurteilt. Der Mann aus Bielefeld war Teilnehmer eines nicht angemeldeten Naziaufmarsches am 4. Dezember 1999 in Lüneburg. Dabei wurde die überraschte Polizei, die den Aufmarsch stoppen wollte, „überrannt“. Als die Polizei die Rädelführer des Aufmarsches, Thomas Wulff und Manfred Börm, festnehmen wollte, versuchten mehrere Neonazis, dies zu verhindern. Es kam zu einer körperlichen Auseinandersetzung im Kurpark, wobei der Bielefelder festgenommen wurde. Wegen Landfriedensbruch, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung wurde der Neonazi zu einer Geldstrafe von 3600 Mark verurteilt.

22. September:

Saalveranstaltung der NPD zum Thema „Deutschum in Lateinamerika“ im Landkreis Lüneburg. Veranstalter ist der Unterbezirk Lüneburg der NPD.

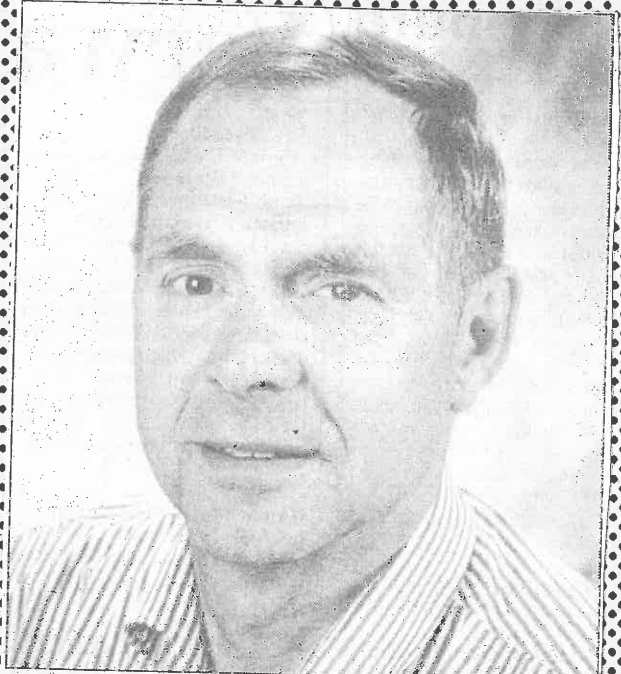
24. September:

Neun Tage nach dem Verbot des Nazi-Skin-Netzwerks „Blood & Honour“ am 14.09.2000 durch den Bundesinnenminister veranstalten die norddeutschen Strukturen von „Blood & Honour“ und den Hammerskins ein „Ian-Stuart*-Memorial-Konzert“ in Laave (Landkreis Lüneburg). Die Blood and Honour- Vorzeigebands Max Resist aus den USA, Razors Edge aus Großbritannien sowie die beiden deutschen Bands Proissenheads und Spreegeschwader können stundenlang vor rund 500 Neonazis spielen, bevor die Polizei kurz vor dem Ende einschreitet.

Dabei kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Neonazis. Diese

Tag der Heimat 2000

am 3. September 2000, 11.00 Uhr im Lüneburger Glockenhaus
 Der Tag der Heimat steht unter dem Leitwort
50 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
 Es spricht: Der Heimatkreisvertreter des Kreises Elbing/Land:
 Herr Pastor i. R. Heinz Friedrich Haese
 Musikalische Umrahmung mit Gesang: Am Flügel: Domagoj Andric
 Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung und freuen uns über den Besuch von Einheimischen und Vertriebenen! Der TAG DER HEIMAT ist ein Tag des Bekenntnisses aller Deutschen zur angestammten Heimat jedes Menschen.
Bund der Vertriebenen
 – Vereinigte Landsmannschaften – Kreisverband Lüneburg e.V.



Manfred Börm aus Handorf ist Vorsitzender des NPD-Unterbezirks, der zwischen 30 und 40 Mitgliedern zählt. Foto: nh

LZ, 13.9.

Skinhead-Angriffe auf die anrückende Polizei

Großaufgebot löst verbotene Veranstaltung im Landkreis auf



Insgesamt 32 vorwiegend junge Männer und Frauen aus der Skinhead-Szene wurden vorläufig festgenommen. Foto: bs

In Lüneburg, 500 Polizisten haben in der Nacht zu gestern in Kaarßen-Laave (Landkreis Lüneburg) ein Skinhead-Konzert in einer Gaststätte gewaltsam aufgelöst. Dabei wurden die Polizisten mit Flaschen, Rauchbomben und Tränengas angegriffen. 46 Beamte und etwa 15 Skinheads erlitten meist leichte Verletzungen. Insgesamt 32 Männer und Frauen wurden vorläufig festgenommen.
 Das Konzert sei verboten worden, weil ein enger Zusammenhang zu den jüngst verbotenen Organisationen „Blood and Honour Division Deutschland“ und ihrer Jugendorganisation „White Youth“ bestanden habe. Die anrückende Polizei wurde auf der Straße von den Skinheads angegriffen. Im Saal des Lokals eskalierte die Situation. Polizeihundertschaften aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern waren zusammengezogen worden, um das am Abend erlassene Veranstaltungsverbot durchzusetzen. Dabei wehrten sich zahlreiche Besucher äußerst rabiat. Einem Beamten sei ein Glas ins Gesicht gestoßen worden, zwei andere Beamte seien von einer aus dem Obergeschoss heruntergeworfenen Kommode am Kopf getroffen worden. Die verletzten Beamten kamen ins Krankenhaus. Dieunten, konnten gestern wieder entlassen werden.
 Aufgrund von Hinweisen im Internet hatte die Polizei nach eigener Aussage mit einer Veranstaltung von Rechtsextremisten in der Region gerechnet. Allerdings sei zunächst nicht klar gewesen, wo die Skinheads feiern wollten. Seite 3

LZ, 25.9.

Der Zeithistoriker Arnulf Baring macht seit jeher durch seine populistischen Rechtsaußen-Sprüche von sich Reden und wird wohl deshalb im Lande herumgereicht. Jüngste „Entgleisungen“ des Meinungsführers der Rechten :

- Ausgerechnet in einer Fernsehdiskussion zum zentralen deutschen Jahrestag, dem 9. November, plaudert Baring im ZDF- Nachtstudio über jene gesellschaftlichen Energien, die der Nationalsozialismus mobilisiert habe und würdigte den „Enthusiasmus“ und „Elan“ der Hitler- Jahre. Dieser Hitler- Elan werde nach Baring heute wieder benötigt.

- Zwar noch nicht Hitler selbst als Elan-Erzeuger, aber wenigstens eine autoritäre Lösung zur Staatslenkung, wie anno Weimar mit dem Artikel 48 und dem Wirken Hindenburgs, die laut Baring „ die krisengeschüttelte Republik jahrelang am Leben “ gehalten habe, wird von ihm als taugliches Mittel für den heutigen „innenpolitischen Ernstfall“ eingefordert. Ein Ernstfall also, für den Volk, Nation und Regierung gerüstet sein müssen und in dem Parteien und Gewerkschaften nichts zu sagen haben, das ist das Programm des Meinungsführer Baring.

Ein adäquater Referent also für den Verein der Lüneburger Kaufleute, um auf gehobenen Stammtischniveau unter dem Namen „Herrenessen“ zu tagen.

Vorsitzender von Plato ließ sich im übrigen im Jahre 2003 von der Universität eine unkritische Jubelarbeit über seinen Verein Lüneburger Kaufleute anfertigen und veröffentlichen, in der die Rolle des Vereins und ihre Agitation für die „Regierung der nationalen Erhebung“ 1933 natürlich verschwiegen wird. Ein anschauliches Beispiel dafür, was unter der Forderung der „Wirtschaft“ nach „Praxisbezug der Wissenschaft“ zu verstehen ist und wie sich Auftragsarbeiten und Sponsorentätigkeit bereits auswirken.

Demos gegen NPD-Stände

nh Bleckede/Neetze. Von Gegendemonstranten umringt und blockiert wurde ein Info-Stand, den die NPD am Sonnabend von 10 bis 13 Uhr in Bleckede aufgebaut hatte. Den Standaufbau in Bleckede und Neetze hatte sich die NPD vor dem Verwaltungsgericht erstritten. Auf dem Neetzer Marktplatz versammelten sich am Sonnabend zeitweise rund 100 Bürger zu einer Gegendemonstration, doch die NPD verzichtete hier auf den Aufbau eines Info-Standes.

12. 20. 11.

verschanzen sich in der Gastsstätte und greifen die Polizei mit Tränengaswurfkörpern, Flaschen, Rauchbomben und anderen Wurfkörpern an. Die Bilanz des Abends: 46 verletzte Polizisten und 32 vorübergehend festgenommene Nazi-Skins.

Nach der Auflösung des Konzertes reagieren die Neonazis selbstbewusst und drohen im Internet: „Auch ohne Blood & Honour wird der Kampf weitergehen. [...] Dieser Staat muss merken, dass zukünftig einige tausend Bullen aufgeboden werden müssen, um unsere Konzerte zu verhindern. [...] Auch zukünftig wird es massive Gegenwehr geben bei dem Versuch unsere Konzerte zu stürmen!“ Das Aktionsbüro Norddeutschland rechnet vor: „Die Zahl der verletzten Polizisten [...] war letztlich drei mal so hoch wie die Zahl der verletzten Konzertbesucher. Und darüber braucht sich wirklich niemand mehr zu wundern.“

* Ian Stuart war Sänger der Band Skrewdriver und gilt als Gründer von Blood & Honour.

30. September

Die NPD versucht einen Infostand in Lüneburg durchzuführen. Dieser wird von über 100 Gegendemonstranten blockiert. 140 Polizeibeamte schützen die anwesenden 12 Nazis.

Innerhalb der fünf Stunden, in denen der NPD-Infostand in der Straße „An der Münze“ steht, gelingt es den Neonazis nicht, ein einziges Flugblatt zu verteilen.

1. Oktober:

„Erntedankfeier“ des Arbeitskreises für Kultur und Geschichte (NPD- Tarnorganisation) im Landkreis Lüneburg.

14. Oktober:

NPD-Mitglieder verteilen in verschiedenen Stadtteilen Lüneburgs Flugblätter in Briefkästen. In den Flugblättern protestieren sie gegen den Verbotsantrag gegen die NPD.

20. Oktober:

Das Oberverwaltungsgericht beendet einen achtjährigen Rechtsstreit und gestattet, dass die extrem rechte Partei „Die Republikaner“ weiterhin vom Verfassungsschutz in Niedersachsen überwacht werden darf.

27. Oktober:

Beim „Herrenessen“ des Vereins der Lüneburger Kaufleute spricht Arnulf Baring. In einem Artikel in der Landeszeitung wird das rechtsradikale Gedankengut von Baring wiedergegeben.

18. November:

Die NPD führt einen Infotisch in Bleckede durch. Knapp 10 Neonazis werden von 50 AntifaschistInnen und Bleckeder BürgerInnen blockiert.

Zeitgleich besetzen 100 BürgerInnen im benachbarten Neetze einen Platz und verhindern so den Aufbau eines weiteren NPD-Standes.

19. November:

Kurz vor Beginn der Gedenkfeierlichkeiten der örtlichen VVN-BdA wird entdeckt, dass die Gedenkstätte für die in Lüneburg im Tiergarten ermordeten KZ-Häftlinge geschändet wurde. Unbekannte gossen eine betonähnliche Flüssigkeit auf die Gedenkstätte. Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen reinigen die Anlage.

10. Dezember:

Der „Arbeitskreis für Kultur und Geschichte“ führt in Karze eine „Julfeier“ (Fest der Wintersonnenwende) durch.

Schon seit dem 9. Dezember 2000 ist der Lüneburger Polizeiführung bekannt, wo die Veranstaltung der NPD stattfinden soll. Gegenüber den Medien verhängt die Polizeiführung eine totale Nachrichtensperre. Die Polizei verhindert auch, dass die Inhaber des Landgasthofes Wolter in Karze von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und die Nazis vor die Tür setzen. Aus „Sicherheitsgründen“, so die Polizei, sollte der NPD die Veranstaltung ermöglicht werden.

Die NPD hatte sich als Trachtengruppe, die Tänze vorführen und Kaffee trinken wollte, im Landgasthof Wolter eingemietet.

Ungefähr 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten in Karze gegen die Nazis. In gewohnter Manier sperrte die Polizei die Straßen, drängte die anwesenden Antifaschistinnen und Antifaschisten ab und schützte die Nazis beim Betreten des Gasthofes.

Schon am frühen Nachmittag versammelten sich AntifaschistInnen im benachbarten Bleckede. Am dortigen Fähranleger sollte der Treffpunkt der Nazis sein.

An der Veranstaltung der NPD nahmen ungefähr 80 - 90 Personen teil, darunter viele Kinder. Die Nazis reisten aus dem gesamten Norddeutschen Raum an.

28. Dezember:

In einem Artikel des Landeszeitung wird berichtet, dass der Rat der Gemeinde Scharnebeck Herbert Bartsch für seine 20-Jährige Zugehörigkeit ehrt. Herbert Bartsch war zunächst für die CDU im Gemeinderat und wechselte dann zur extrem rechten UWL. Die „Unabhängige Wählerliste (UWL) – Bündnis Rechte Region Lüneburg“ ist ein Zusammenschluss ehemaliger CDU Mitglieder und der NPD.

1998 kandidierte Bartsch für die UWL zur Landratswahl. Unterstützung erhielt er dabei von der norddeutschen militanten Neonazi-Szene, die maßgeblich die Wahlkampfkampagnen durchführten.

Ehrenmal geschändet

Unbekannte übergießen Gedenkstein im Tiergarten

ca Lüneburg. Unbekannte haben das Ehrenmal für 256 ermordete KZ-Häftlinge im Tiergarten geschändet. Die Täter haben den Gedenkstein mit einem unbekanntem Material übergossen. Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen reinigten nach eigener Aussage den Stein. Die Polizei hat noch keinen Hinweis auf die Grabschänder. Parolen oder Flugblätter wurden nicht gefunden.

Entdeckt wurde der Frevel am Volkstrauertag kurz vor einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Krieges und Verfolgten der Naziherrschaft. Ein Sprecher der Antifa vermutet, dass Rechtsradikale hinter dem Anschlag stecken. Das war eine gezielte Sache, denn das Ehrenmal liegt abgelegen.

Die Polizei, so ihr Sprecher Jürgen Heinle, habe von der Schändung des Ehrenmales erst am Morgen des Sonntages erfahren. Damit tritt Heinle anders lautenden Aussagen entgegen. Die Antifa behauptet, die Polizei habe länger von dem Vorfall gewusst. Allerdings räumt Heinle ein, dass die Polizei die Stadt nicht von den Besudlungen informiert habe. „Es war keine Zeit, die Stadtreinigung beizuziehen, denn die ersten Gäste der Gedenkfeier kamen bereits.“

Der Chef des Grünflächenamtes reagiert empört auf den Anschlag auf das Ehrenmal. „Eine Schweinerei.“ Die Stadt



Unbekannte haben das Ehrenmal im Tiergarten geschändet. Das wurde gestern bekannt. Mitglieder der Antifa haben am Sonntag den „zementartigen“ Stoff abgeschrubbt so gut es ging. Foto: ca

will nun auch die Reste des Stoffes entfernen, den die Täter auf den Stein geschmiert hatten. Das Ehrenmal im Tiergarten erinnert an ein Kriegsverbrechen in Lüneburg. Auf dem Güterbahnhof stand am 7. April 1945 ein Zug mit mehreren Waggons, in ihr waren KZ-Häftlinge. Die Wachmannschaft unter Außenlager Wilhelmshaven des KZ Neugamme verlegt werden. An diesem Tag wurde Lüneburg von amerikanischen Flugzeugen aus bombardiert, besonders schwer traf es den Bahnhof. Die Wachmannschaft unter der Leitung des dänischen Waffen-SS-Mannes Gustav Alfred Jepsen zwang die Menschen, im Zug zu bleiben, niemand durfte sich in Sicherheit bringen. Viele starben bei dem Bombenhagel, andere wurden später erschossen. Die Nazis verscharrten die Toten. Nach dem Krieg ließen die englischen Besatzer die Leichname exhumieren und im Tiergarten bestatten.

LZ, 21.11.

Einladung

Am Sonntag den 10.12.00 um 15.00 Uhr, findet wieder unsere alljährliche Julfeier im Landkreis Lüneburg statt.



Wir möchten auf diesem Wege Jung und Alt zu ein paar besinnlichen Stunden im Kameradenkreise einladen. Natürlich erwarten wir wieder den Weihnachtsmann, der die Gedichte und Lieder unser Kleinen belohnen möchte (bitte für jedes Kind ein kleines Päckchen, mit dem Namen beschriftet mitbringen)

Der Unkostenbeitrag beläuft sich auf 15,00 DM pro Person (Kinder ermäßigt)

Aus Organisatorischen Gründen haben wir einen Treffpunkt eingerichtet, dieser ist ab 14.30 Uhr besetzt: Fähranleger, an dem Gasthaus „Fährhaus“ in Bleckede

Auskunft unter: Tel.: 0172 - 450 18 96
Tel.: 0170 - 4476780

LZ, 28.12.

Resolution und Runder Tisch gegen Gewalt

Initiative des Gemeinderates soll Extremismus verhindern

tbk Scharnebeck. Einstimmig beschloss der Rat der Gemeinde Scharnebeck auf seiner jüngsten Sitzung unter Leitung von Bürgermeister Reinhard Sonntag (SPD) eine Resolution zur Achtung extremistischer Gewalt. Die Resolution war von der Gruppe aus Christdemokraten und FDP eingebracht worden.

Die Gruppe aus SPD und Bündnis '90/Grüne stellte zum selben Thema noch einen weite-

ren Antrag: Sie forderte die Einrichtung eines Runden Tisches gegen Gewalt und Fremdenhass. Mit zehn Ja- und vier Nein-Stimmen wurde auch dieser Antrag angenommen.

20 Jahre gehört Herbert Bartsch dem Rat der Gemeinde Scharnebeck an. Dafür wurde er durch Hans Ellfrod geehrt. Der Kreisvorsitzende des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes hob in seiner Laudatio hervor, dass Bartsch

seit 20 Jahren ehrenamtlich Verantwortung im Rat und den verschiedensten Ratsausschüssen übernommen habe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden vom Rat die über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Jahre 1997, 1998, 1999 und 2000 zustimmend zur Kenntnis genommen. Zudem wurde Bürgermeister Reinhard Sonntag für die Jahre 1997 und 1998 einstimmig Entlastung erteilt.

Achtung Heimatreisende!

Für alle, die Quartiere in Ober-/Niederschlesien, Danzig/Westpreußen/Hinterpommern, nördl. und südl. Ostpreußen benötigen, erscheint etwa Ende April '94 ein Verzeichnis.

„Deutsche wohnen bei Deutschen“

(kl. Pensionen/
Privatvermieter)

Vorbestellung gegen 10 DM Schutzgebühr bei: Freundschafts- u. Hilfswerk Ost e. V., Postfach 1154, 29549 Bad Bevensen, Tel. 05821/3236

NS 4194

Ein gern gesehener Gast in der revanchistischen, völkischen und eindeutig neofaschistischen Szene ist Klaus Hoffmann vom „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.“. Ob als Referent einer NPD- Veranstaltung in Senden am 16.7.2003 oder bei anderen neofaschistischen Organisationen, etwa bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Aber auch bürgerliche Rechtsaußen laden Hoffmann zu sich ein wie etwa der Arbeitskreis

„Schlesien/ Deutsche in Polen“ der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ zur Jahreshauptversammlung nach Königstein. Dort darf er dann inmitten hochrangiger Persönlichkeiten nach dem Verlesen eines Grußwortes der BDV- Präsidentin Erika Steinbach und einem längeren Redebeitrag von Joachim Gauck der Vorsitzenden Frau von Altröck eine namhafte Spende seines Hilfswerkes überreichen und damit prahlen, dass er mit seinem Verein jährlich 50 Tonnen Sachspenden in Polen an die Volksdeutschen verteilt und zudem, wie sein Vereinsschifführer Christian Meyn mitteilt „finanzielle Zuschüsse an (deutsche) Kleinstrentner, ehemalige Wehrmachtssoldaten, aber auch zur Pflege der deutschen Kulturarbeit“ in Polen zahle.

Skins verprügeln Jugendliche

Polizei fasst elf Täter

kre Neuhaus. „Das war ein gezielter Rachefeldzug der Rechten“, glaubt ein Lüneburger Polizeibeamter: Etwa 20 Skins zwischen 18 und 25 Jahren hatten am Freitagabend gegen 21 Uhr in Neuhaus vier Jugendliche aus der linken Szene überfallen und übel zugerichtet. „Die Schlägerei fand mitten auf dem Marktplatz statt“, berichtet die Polizei, die mit mehr als 50 Beamten aus dem Landkreis Lüneburg sowie aus Hagenow, Schwerin und Lüchow angerückt war.

„Die sind ganz massiv auf die vier Jugendlichen losgegangen“, berichtet ein Polizeibeamter. Zwei von ihnen erlitten so schwere Blessuren, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Und selbst vor den Autos ihrer Opfer machten die rechten Gewalttäter nicht Halt: Bei zwei Wagen wurden laut Polizei die Scheiben eingeschlagen und die Scheinwerfer demoliert. Was letztlich die Ursache der Attacke war, ist noch nicht geklärt: „Keine Ahnung, worum es ging“, sagt ein Lüneburger

Polizeibeamter – fest stehe bislang nur, dass die Kontrahenten wohl schon einmal am vergangenen Mittwoch aufeinander getroffen waren.

Elf der etwa 20 Täter konnte die Polizei noch am Abend in der näheren Umgebung von Neuhaus stellen. In den Fahrzeugen der Skins stellten die Beamten unter anderem Teleskop-Schlagstöcke, Messer, ein Beil und eine Schreckschusspistole sicher. Gegen die Männer, die allesamt polizeibekannt sind und aus der Gemeinde Amt Neuhaus stammen, wurde Strafanzeige wegen Landfriedensbruchs gestellt.

Erst vor wenigen Monaten war es in der Gemeinde Amt Neuhaus zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Skins und der Polizei gekommen: Im September vergangenen Jahres hatten sich in Laave etwa 300 rechtsradikale Jugendliche und genauso viele Polizeibeamte eine regelrechte Saalschlacht in einer Gaststätte geliefert, die von den Rechten angemietet worden war (LZ berichtete).

2001

6. Januar:

Das „Ostpreußenblatt“, welches an der Kasse des „Ostpreußenmuseums“ in der Ritterstraße kostenlos zu haben ist, berichtet in seiner Ausgabe 1/2001 in einem Beitrag von Klaus Hoffmann über das „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.“. K. Hoffmann aus Bad Bevensen, Vorsitzender dieses revanchistischen Freundschaftswerks, war Bundesvorstandsmitglied und auch stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, Mitglied der damaligen „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess“ und niedersächsischer Gauführer der neonazistischen Wiking- Jugend.

29. Januar:

21 Nazi- Skinheads überfallen 4 Antifaschisten am Abend in Neuhaus und richten sie so übel zu, dass zwei von ihnen im Krankenhaus behandelt werden müssen. Einem jungen Mann, der mit seinem Fahrzeug flüchten will, zertrümmern sie mit einem Baseballschläger die Beifahrertür. Der Mann erleidet Verletzungen im Gesicht. Ein anderer Jugendlicher läuft aus Angst in ein Treppenhaus. Dort stellen ihn die Angreifer und verletzen ihn erheblich mit einem Werkzeug. Auf einen anderen schießt ein Täter mehrfach mit einer Gaspistole, das Opfer wird bewusstlos. Auch die Fahrzeuge der Antifaschisten werden beschädigt. In den KFZs der Neonazis werden Teleskop- Schlagstöcke, Messer, ein Beil und eine Schreckschusspistole sichergestellt. Eine Strafanzeige wegen Landfriedensbruchs erfolgt.

Bereits mehrere Tage vorher kam es im Rahmen einer Geburtstagsfeier in Kaarßen zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit diesen Skinheads.

8. Februar:

Über einen Nachruf auf den Stabsfeldwebel – LJ, R. Hamann, wird bekannt, dass der bekannte Neonazi Adolf Sierig zum Ehrenvorsitzenden der Kameradschaft Lüneburg der „Lützower Jäger im Soldatenbund Kyffhäuser“ ernannt wurde. Vorsitzende ist Frau Hamann aus Lüneburg.

9. Februar:

Zur freiwilligen Aufkündigung demokratischer Grundrechte des Grundgesetzes, nämlich zum Verzicht auf die Demonstrationsfreiheit, ruft die CDU- Fraktion des Gemeinderates Adendorf auf. „Mit einer Resolution solle der Gemeinderat unter anderem alle Adendorfer Bürger auffordern, sich nicht an Aktionen gegen die bevorstehenden Castor- Transporte zu beteiligen. Den Gewalttätern dürfe kein Podium für ihre feindliche Haltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegeben werden.“ (LZ 9.2.01)

13. Februar:

Im Rahmen der von der Sparkasse Lüneburg gesponserten Aktion „Zeitung in der Schule“ besuchten Neuntklässler der „Schule an der Schaperdrift“ den Tätowierer Paul Plagemann in seinem Studio.

14. Februar:

Die LZ berichtet, dass die Polizei 21 Ermittlungsverfahren gegen Neonazis führt, die sich Ende Januar an einem Überfall in Neuhaus beteiligt hatten (s. 29. Januar 2001)

16. Februar:

Das Amtsgericht Lüneburg erlässt Haftbefehl gegen einen 19-jährigen Skinhead. Er soll am 26. Januar 2001 in Neuhaus bei einer Attacke auf Jugendliche einem Opfer mehrmals mit einer Pistole auf den Kopf geschlagen haben.

21. Februar:

Ein Beispiel für den alltäglichen Rassismus liefert wieder einmal die lünepost. Unter der Überschrift: „ Polizei und Zoll jagen Illegale “ berichtet die Lüneburger Werbezeitung über den Versuch einiger Asylbewerber, aus der Flüchtlingsunterkunft in Horst (eine Unterkunft „auf dem freien Feld“) auch einmal die nahegelegene Kleinstadt Lauenburg zu besuchen.

„Präventivkontrolle zum Schutz vor Ladendieben“, so zitiert die lünepost eine „vorbeugende Aktion im Interesse von ... Lauenburger Geschäftsleuten vor Langfingern mit nichtdeutschem Pass“ ohne auch nur über eine Nachfrage bei der örtlichen Polizei einen Anhaltspunkt für diese Unterstellung des Diebstahls anzuführen. Anstatt das Menschenrecht auf Freizügigkeit und freien Aufenthaltsrechts einzufordern und die Festsetzungspolitik für diese Menschen zu beklagen, anstatt danach zu fragen, wie die Region den Status der Flüchtlinge verbessern und ihren Aufenthalt in Horst und Umgebung einigermaßen verträglich gestalten kann, wird hier zur fröhlichen „Jagd auf Asylanten/Illegale“ aufgerufen.

In einem weiteren Artikel derselben Ausgabe berichtet die lünepost darüber, dass die Lüneburger zusammenrücken müssen, denn zum bevorstehenden Niedersachsentag werden viele Gäste erwartet. Horster Flüchtlinge werden sich sicherlich nicht unter den Gästen befinden.

3. März:

Ingo Weiß referiert im Hotel Scheffler vor dem Zollernkreis zum Thema „ Der Freiheitsbegriff in Preußen“.

12. März:

Nachdem sich der Lüneburger CDU- Ratsherr Althusmann besonders dafür einsetzte, dass die sog. Wehrmachtsausstellung nicht in Lüneburg gezeigt werden soll, zeigt LZ- Leserbriefschreiber D. Ohlrenroth öffentlich, welche politische Klientel mit der Althusmannschen „Unsere Väter waren keine Mörder“ - Politik bedient wird.

Black Crow

Der Tätowierladen „Black Crow“ in der Lüner Straße wird von Paul Plagemann betrieben. Plagemann gehörte Mitte bis Ende der 1980er Jahre zum harten Kern der Lüneburger Neonazi-Szene. Im April 1989 war er an einem Überfall von Neonazis auf eine Veranstaltung der VVN- in Lüneburg beteiligt.

1997 gibt er dem Hammerskin-Fanzine „Warhead“ ein Interview. Dort sind auch einige Beispiele seiner Arbeit zu sehen. Darunter auch faschistische Symbolik.

LP, 21.2.

**Lauenburg: Polizei durchsucht Laster und Linienbusse nach Asylanten
Geschäftsleute fürchten sich vor Langfingern**

Lauenburg (awi). „Bingo!“, vermutet Armin Balowski und geht auf den Linienbus der Ludwigsluster Verkehrsgesellschaft zu, den er vor Ladendieben“ heißt diese Maßnahme im Verwaltungsdeutsch, mit der sich Lauenburger Geschäftsleute vor Langfingern mit nichtdeutschem Pass schützen wollen. Aber das ist nur eine der Aufgaben, die Armin Balowski und seine Mitarbeiter beim Einsatz an der Ländergrenze zu erfüllen haben. Der Hauptkommissar leitet den Schwerlast-Kontrolltrupp beim Polizeibezirksrevier Ratzeburg, das für die überörtliche Verkehrsüberwachung im gesamten Kreis Herzogtum Lauenburg zuständig ist.

Bei den in unregelmäßigen Abständen durchgeführten Überprüfungen an der Nahtstelle zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind auch auf Güter, die innerhalb der Innerhalb- und Außerhalbgrenzen der Bundesrepublik Deutschland transportiert werden, die Ladungsinhaber zu befragen. Sie überprüfen die Ladungsinhaber auf Güter, die innerhalb der Innerhalb- und Außerhalbgrenzen der Bundesrepublik Deutschland transportiert werden. Sie überprüfen die Ladungsinhaber auf Güter, die innerhalb der Innerhalb- und Außerhalbgrenzen der Bundesrepublik Deutschland transportiert werden.

Lauenburg (awi). „Bingo!“, vermutet Armin Balowski und geht auf den Linienbus der Ludwigsluster Verkehrsgesellschaft zu, den er vor Ladendieben“ heißt diese Maßnahme im Verwaltungsdeutsch, mit der sich Lauenburger Geschäftsleute vor Langfingern mit nichtdeutschem Pass schützen wollen. Aber das ist nur eine der Aufgaben, die Armin Balowski und seine Mitarbeiter beim Einsatz an der Ländergrenze zu erfüllen haben. Der Hauptkommissar leitet den Schwerlast-Kontrolltrupp beim Polizeibezirksrevier Ratzeburg, das für die überörtliche Verkehrsüberwachung im gesamten Kreis Herzogtum Lauenburg zuständig ist.

Wieder Grenzkontrollen bei Lauenburg:

Polizei und Zoll jagen Illegale

Lauenburg (or). Asylbewerber aus dem Wohnheim in Boizenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dürfen sich nicht im schleswig-holsteinischen Lauenburg aufhalten. Ihre Aufenthaltsgenehmigung gilt nur für Meck-Pom. Wagen sie sich schwarz über die grüne Grenze nach Lauenburg und werden von der Polizei dabei erwischt, müssen sie noch vor den Toren Lauenburgs kehrt machen. Mehr über die Aktion von Polizei und Zoll in Lauenburg lesen Sie auf der letzten Seite.

Lüneburg erwartet 250 000 Gäste

Lüneburg (poe). Vom 15. bis 17. Juni müssen die Lüneburger zusammenrücken. Denn zum 21. Niedersachsentag werden 250 000 Gäste in der Salzstadt erwartet. An dem Spektakel aus Musik, Tanz, Sport und Spiel beteiligen sich rund 5000 Aktive. Die Radio- und Fernsehsender NDR, ffn und Antenne Niedersachsen werden berichten. Etwa 1,2 Millionen Mark wird das Fest kosten. Ein Großteil soll durch Standgebühren wieder reinkommen. So muss man für einen Verzehrstand etwa 2000 Mark berappen, für einen Getränkestand 8000 Mark.



Schulhof und direkte Umgebung der Herderschule



29. März:

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Gesellschaft, des Hermann- Ehlers- Bildungswerks und des Verteidigungsbezirkskommandos 25 spricht der niedersächsische Verfassungsschützer Hans-Rüdiger Hesse im Offizierskasino der Theodor-Körner Kaserne vor geladenen Gästen. Zwei Drittel der Nazi- Skins will er wieder in die demokratische Gesellschaft zurück holen, wahrscheinlich als Wähler der NPD.

25. April:

Das Amtsgericht Lüneburg verurteilt den bekannten Neonazi Manfred Börm aus Handorf zu einer Geldstrafe von 1.500.- Mark wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Der Hintergrund: Mehr als 70 Neonazis unter der Führung von Börm u.a. zogen Ende 1999 durch Lüneburg und machten auch vor einer errichteten Polizeisperre nicht Halt. (s. 4.12.1999) Zur Verurteilung wegen Landfriedensbruchs, so ein Gerichtssprecher, fehlten die Beweise.

Juni:

Auf ihrem Landesparteitag in Zeven wählt die NPD Horst Nolte (Lüneburg) zum stellvertretenden Vorsitzenden. Beisitzer werden Manfred Börm (Handorf), Silvia Berisha (Bleckede), Sven Brenn (Salzhausen) und Benjamin Poleck.

10. Juni:

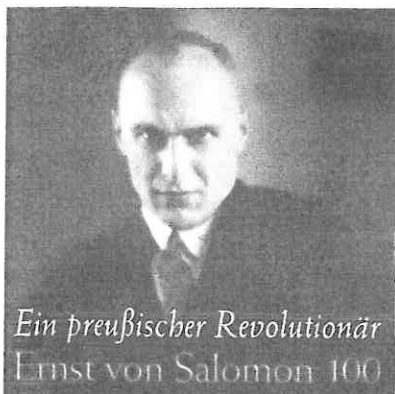
Zu einer Aktion „Rosen gegen das Vergessen“ ruft ein in Nordhorn ansässiger Verein „Literaturlandschaften“ auf und legt in Heiligenthal am Grab von Ernst von Salomon einige Rosen nieder. Salomon, Freikorpskämpfer gegen die Weimarer Republik, der 1922 wegen Beihilfe zur Ermordung des Außenministers Walter Rathenau eine mehrjährige Zuchthausstrafe erhielt, trat als nationalistischer Agitator auf, schrieb Bücher in der Tradition von Ernst Jünger wie „Die Kadetten“ und „Die Geächteten“ und fungierte als Filmautor für den antisemitischen Film „Carl Peters“. Nach 1945 erschien zur Freude sämtlicher Altnazis sein Bestseller „Der Fragebogen“.

Unter dem Titel „ Ein preußischer Revolutionär – Ernst von Salomon“ erschien zum 100. Geburtstag des Geehrten bei „Vox Libri“ ein Hörbuch von Jirka Buder, einem langjährig bekannten Neonazi, welches u.a. von der NPD- Zeitung „Deutsche Stimme“ aufgrund ihrer künstlerischen Aufarbeitung der Botschaft von Kampf und Kameradschaft, hoch gelobt wird.

Salomons Schrift „ Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer“ steht als Nachdruck beim einstigen Kader des Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ) und der Wiking- Jugend (WJ), Uwe Berg aus Toppenstedt, im Antiquariatsprogramm.

24. Juli:

In der LZ erscheint eine Todesanzeige (Helmut Schmidt aus Kirchgellersen) mit der Wolfsangel, Werwolf- Symbol und Emblem von 4 SS-Panzerdivisionen.



Ein preußischer Revolutionär
Ernst von Salomon 100

Jirka Buder beim Aufmarsch
in Halbe; Oben: CD Cover des
Hörbuches



30. August:

In einem Leserbrief der LZ beschwert sich der bekannte Neonazi Malte Holzer darüber, dass über den CDU- Spitzenkandidat für die Kommunalwahl, Althusmann, wesentlich weniger in der LZ berichtet wird als über den SPD- Oberbürgermeister Mädge

September:

Auf ihrer homepage stellt die Partei „Die Republikaner“ ihre Kandidaten für die Kommunalwahl zum Stadtrat und Kreistag Lüneburg vor:

- Christa Wiechmann, Hausfrau
- Ingo Lampe, Schauspieler i.R.
- Herbert Hils, Kassierer
- Arne Lang, Maler
- Wolf- Peter Günther, Techniker

5. September:

Der Kreisverband Lüneburg des „Bundes der Heimatvertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften“ begeht seinen „Tag der Heimat“ standesgemäß im Glockenhaus mit etwa 100 anwesenden Mitgliedern. Als Gastredner tritt Hans-Joachim von Leesen aus Kiel auf, der den Anspruch der Vertriebenenverbände wiederholt: Die deutschen Vertriebenen müssen für ihre Verluste von den Vertrieberstaaten entschädigt werden. Außerdem sollen die Vertriebenenverbände noch stärker finanziell von der Bundesregierung unterstützt werden, damit sie ihre Ansprüche besser vertreten können.

17. November:

Am 17. November 2001 findet zum ersten Mal im Landkreis Lüneburg ein neonazistisches Konzert mit der Bremer Hooligangruppe „Kategorie C“ statt. Ca. 200 Hooligans, rechte Skinheads und Neonazis aus ganz Norddeutschland und Berlin, treffen sich im Scharnebecker Schützenhof. Neben KC spielt die Berliner Gruppe „Ascaris“, die regelmäßig mit KC auftritt. Die Polizei überwacht das Konzert, ohne einzuschreiten.

22. September:

Das „Ostpreußenblatt“ kommentiert in seiner Ausgabe Nr. 38 die Lüneburger Diskussion um den Abriss des Löwengeschwader- Denkmals in der Lindenstraße in einem längeren Artikel: „Inzwischen ist Deutschland weiter verlumpt.“ Autor: Martin Lüders.

November:

Auf dem außerordentlichen NPD- Parteitag in Hildesheim wird die 13köpfige Landesliste zur Bundestagswahl 2002 gewählt. Neben dem Landesvorsitzenden U. Eigenfeld und Vize F. Preuß kandidieren für den Bundestag Manfred Börm, Stephan Pflingsten und Silvia Berisha, Ex-Mitherausgeberin des Fanzines „Midgard“ und „Walküre“ und NPD- Landesvorstandsmitglied.

Die Republikaner in Lüneburg

Nach Jahren des Niedergangs der regionalen Republikaner, hervorgerufen durch Wahlniederlagen und interne Streitigkeiten mit massivem Mitgliederverlust, versucht Hans-Gerd Wiechmann den Neuanfang.

Schon bei der Vorbereitung der Kommunalwahl 2001 kommt es für ihn zum Eklat: Während einer Kreisverbandssitzung wird Hans-Gerd Wiechmann von anwesenden Mitgliedern der NPD und dem extrem rechten Wahlbündnis UWL massiv angegriffen. Sie bezeichnen Wiechmann, der über 20 Jahre in Südamerika lebte, als Spitzel des Verfassungsschutzes. Wiechmann soll außerdem Polizeibeamter und auch schon Mitglied in der NPD und CDU gewesen sein.

Auch der Versuch, zur Kommunalwahl 2001 für das Amt des Oberbürgermeisters zu kandidieren, scheitert kläglich: Die Republikaner bekommen ihre Unterstützungsunterschriften nicht zusammen. Angeblich wurde Hans-Gerd Wiechmann zudem überfallen und mehrerer Unterschriften beraubt. Der Versuch, deswegen eine Fristverlängerung zu erlangen, wird vom Wahlausschuss abgelehnt. Auch vor den Verwaltungsgerichten scheitert Wiechmann. Selbst bei der Polizei war der angebliche Überfall auf Skepsis gestoßen.

Während man in den Landkreisen Lüneburg und Lüchow-Dannenberg nichts von den Republikanern hört, versucht Wiechmann innerhalb der Partei "Karriere" zu machen.

Am 21. September 2002 wird er dann stellvertretender Bezirksvorsitzender. Der Bardowicker Stefan Bliesmer wird auf der gleichen Bezirksverbandstagung zum stellvertretenden Schriftführer gewählt.

Im Frühjahr 2004 schlägt dann Wiechmann's große Stunde: Er wird zum Landesvorsitzenden gewählt. Er beginnt dann sogleich mit einer Kampagne „öffentlicher Kundgebungen“ und dem Europawahlkampf.

Am 17. April 2004 findet eine Kundgebung in Lüneburg statt. 14 Mitglieder der Republikaner werden von 100 Polizeibeamten im menschenleeren Clamart- Park geschützt. Knapp 100 AntifaschistInnen protestieren gegen den Auftritt der Rechten. Nach einer Stunde bricht Wiechmann die Kundgebung ab.

Silvia (Stevie) Berisha war von 1991 - 93 Herausgeberin der Zeitschrift „Midgard“, dem Mitteilungsblatt des Skingirl Freundeskreises Deutschland (SFD). Das Heft enthielt sowohl szenetypische Artikel über RechtsRock und den Aktivitäten des SFD, als auch Artikel über Neuheidentum, Germanentum, „deutsches Brauchtum“, nationalsozialistische "Vorbilder" und Berichte von befreundeten Neonazi-Organisationen wie der HNG. Daneben fanden sich NS-Gedichte, Heirats- und Geburtsanzeigen und es wurde ein reaktionär- faschistisches Frauenbild gezeichnet. 1993 wurden fünf von zwölf Ausgaben der "Midgard" indiziert und das Heft dann bis 2000 unter dem Namen "Walküre" weitergeführt. Silvia Berisha gehört seit Ende der 1980er neonazistischen Strukturen in der Region Lüneburg an. 2002 trat sie zur Bundestagswahl als Kandidatin für die NPD an. Verheiratet ist sie mit dem langjährigen Neonazi-Aktivisten und NPD'ler Christian Berisha, der ebenfalls der extrem rechten Lüneburger Skinhead-Szene entstammt. Beide sind samt ihrer Kinder in der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) aktiv.

DIE ARTGEMEINSCHAFT GERMANISCHE GLAUBENS-GEMEINSCHAFT

WESENSGEMÄßER LEBENSGESTALTUNG e.V.

VEREINIGT MIT DEN NORDLINGEN/DER NORDISCHEN GLAUBENS-GEMEINSCHAFT e.V.
UND DER NORDISCH-RELIGIÖSEN GEMEINSCHAFT e.V./IN DER NACHFOLGER DER
GERMANISCHEN GLAUBENS-GEMEINSCHAFT e.V.



Gefährtschaft Nordmark

12.08.3800 n.St

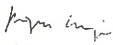
Liebe Gefährten und Freunde der Artgemeinschaft-GGG,

wir haben schon mehrmals, erstmalig im Jahre 3738 Heidewanderungen durchgeführt. Diese gute Tradition wollen wir in diesem Jahr wieder aufnehmen. Wir treffen uns am Sonntag, dem 10.09.3800 n.St. um 10.00 Uhr in Niederhaverbeck, das von der Autobahnabfahrt Bispingen zu erreichen ist. Von dort aus werden wir über den Totengrund bis nach Wilsede wandern. Zwischenzeitlich werden wir bei einer Rast unser Gefährtschaftsthing durchführen, wobei die Wahl des Goden und künftige Veranstaltungen sowie verschiedenes behandelt werden sollen.

Mit Rücksicht darauf, daß jetzt die Sommerpause kommt, erfolgt schon jetzt die Einladung.

Da wir während der Wanderung auch singen wollen, Liederbücher nicht vergessen!

Mit artgläubigem Gruß


Gode

Artgemeinschaft

Gegründet wurde die "Artgemeinschaft" 1951 von Wilhelm Kusserow, seit 1957 ist sie ein eingetragener Verein. Hauptfunktionär und Leiter ist Jürgen Rieger. Das Spektrum der Mitglieder reicht von militanten Neofaschisten bis zu Vertretern der "Neuen Rechten" wie Pierre Krebs. Neue Mitglieder müssen zwei Bürgen vorweisen können. Es wird eine Blut- und Boden-Ideologie propagiert und ein sog. "germanisches Sittengesetz", welches dem mythologisch überhöhten "Ariertum" der Nationalsozialisten entspricht. Die Artgemeinschaft organisiert regelmäßig Sonnwendfeiern und Julfeste und war an der Durchführung der "Hetendorfer Tagungswochen" beteiligt. Publikationsorgan ist die vierteljährlich erscheinende Nordische Zeitung. Zusammenarbeit besteht mit der Gesellschaft für freie Publizistik, dem Nordischen Ring (Vorsitz: Jürgen Rieger), der Northern League, dem Bund der Goden und weiteren rechtsextremistischen Organisationen. Rassistische Ansätze findet man in der Nordischen Zeitung, Ausgabe 3/98. So schreibt der Verfasser eines Artikels "Blond - ein Traum stirbt aus" u.a.

"Die Welt kann auf die Blonden nicht verzichten'... Das ist so gesagt nicht ganz vollständig. Denn nicht nur ein Stück Kulturgeschichte würde verschwinden, sondern ein jahrtausendaltes Rassemerkmal, das äußerlich sichtbare Kennzeichen einer Menschenart ist, die einem großen Teil der Welt das brachte, was man überhaupt 'Kultur' nennt, und die nun in einem Rassengemisch untergehen würde."

Im Dezember 1999 führte die Artgemeinschaft ihr alljährliches "Juleingangstreffen" durch. Neben "Volkstanz, Julklapp" und "artgemäßer Kleidung" wurden auch Referate geboten, darunter der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub.

Dezember:

Neue Leiterin des Buchdienstes der rassistischen „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ unter Führung des Hamburger Rechtsanwalts Jürgen Rieger, ist Heike Spilker aus Bleckede, meldet der „blick nach rechts“ v. 13.12.2001. Geburtsanzeigen schalten Heike Spilker und ihr Ehemann Markus (einst Abonnent des antisemitischen Hetzblattes „Die Bauernschaft“) in der „Nordischen Zeitung“. Die 1951 gegründete Artgemeinschaft geht zurück auf eine NS-Vorläuferorganisation.

NORDISCHE ZEITUNG

Die Stimme des Artglaubens

Sittengesetz unserer Art

1. Das Sittengesetz in uns gebietet Wahrung der eigenen Ehre und Achtung der Ehre des ebenbürtigen Ehrwürdigen.
2. Das Sittengesetz in uns gebietet Tapferkeit und Mut in jeder Lage, Kühnheit und Wehrhaftigkeit bis zur Todesverachtung gegen jeden Feind von Familie, Sippe, Land, Volk, germanischer Art und germanischem Glauben.
3. Das Sittengesetz in uns gebietet Streben nach Freiheit von fremdem Zwang und Unbeugsamkeit im Kampf für ein Leben nach eigener Art und eigenem Gesetz, Selbstbehauptung.
8. Das Sittengesetz in uns gebietet selbstverantwortliche Steigerung unserer Kraft, Macht zu wollen und sich ihrer mit Bedacht zu bedienen.
13. Das Sittengesetz in uns gebietet, Opfer für ein großes Ziel zu bringen.
16. Das Sittengesetz in uns gebietet Gefolgschaft dem besseren Führer, mit Recht und Pflicht zu abweichendem Rat, nach bestem Wissen und Gewissen.
19. Das Sittengesetz in uns gebietet gleichgeartete Gattenwahl, die Gewähr für gleichgeartete Kinder.
22. Das Sittengesetz in uns gebietet Treue und Vertrauen, Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit und Freimut, Rücksichtnahme, Zuneigung und Liebe gegenüber Verwandten, Freunden und Gefährten, Wachsamkeit und Vorsicht gegenüber Fremden, Härte und Haß gegen Feinde.

Artbekenntnis

1. Alles Leben wirkt nach Naturgesetzen. Uns offenbart sich das Göttliche in diesen ewigen, ehernen Gesetzen; gegen die zu verstoßen widersinnig ist. Wir bekennen uns zu einem Leben im Einklang mit den Naturgesetzen.
2. Kampf ist Teil des Lebens; er ist naturnotwendig für alles Werden, Sein und Vergehen. Jeder einzelne von uns wie unsere gesamte Art stehen in diesem Ringen. Wir bekennen uns zu diesem nie endenden Lebenskampf.
3. Die Menschenarten sind verschieden in Gestalt und Wesen. Diese Verschiedenheit ist sinnvolle Anpassung an die unterschiedlichen Naturräume. Wir bekennen uns zur Erhaltung und Förderung unserer Menschenart als höchstem Lebensziel, denn auch sie ist eine Offenbarung des Göttlichen.

2002

19. Januar:

Traditionell treffen sich wieder die reaktionären Burschenschaftler Lüneburgs („Lüneburger Akademikerverbände“) zu ihrem jährlichen „Kommers“ im Offizierskasino in der Theodor-Körner-Kaserne, um z. T. farben tragend, ihr nationalistisches Unwesen zu treiben. Der Referent, G. Kießling, der es in der faschistischen Wehrmacht zum Leutnant, bei der Bundeswehr bis zum stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber brachte, ist in der einschlägigen Szene kein Unbekannter: In Lüneburg hat er bereits mehrfach vor Rechtsaußenkreisen referiert. Seinen Aufsatz „Deutsche Frage und europäische Einigung“ veröffentlichte er im Sammelband „Aspekte der Souveränität“ im Kieler Arndt-Verlag des bekannten Neonazi Dietmar Munier, der erst jüngst wieder von sich Hören machte, weil der Staat Israel ihm aus politischen Gründen die Einreise verweigerte. Es handelt sich bei diesem Sammelband um die Veröffentlichung jener Referate, die in Lüneburgs Schützenhaus unter der Ägide des damaligen Präsidenten der ASL und Geschäftsführers der hiesigen CDU, Wehdemeyer, gehalten wurden beim sog. „Norddeutschen Forum“ des „Bundes Heimattreuer Jugend“ (eine der „Hitlerjugend“ ähnlichen Organisation), der Munier selbst auch angehörte und die schon in ihrem Liedgut vorstellt, wohin die großdeutsche Reise hingehen soll:

„Brüder im Osten und Westen, Brüder in Österreich,
Aus den zerschlagenen Resten bau'n wir ein neues Reich.
Bauen wir drauf auf's Neue, bilden wir Zukunft zugleich.
Hinter uns liegen die Trümmer, stehen die Toten bleich,
vor uns, da leuchtet Europa, in uns marschiert das Reich!“

In der Verlagswerbung des Munier werden vorgestellt: „Dr. Goebbels...hochsensibel, kultiviert und kreativ...“ und seinen Videofilm „Führergeburtstage 1933 – 1945“ preist er an mit dem Hinweis, sie böten eine „Darstellung der gewaltigen Aufbauleistungen des neuen Regimes“.

Zur „nationalen Identität der Deutschen“, wie Kießling sie versteht, gehört in erster Linie „eine Ehrenerklärung für die deutsche Wehrmacht... durch unsere politischen Repräsentanten (...) Auch im Rahmen der unverzichtbaren Bündnispolitik werden sich junge Deutsche nur dann zum Einsatz ihres Lebens bereit finden, wenn dieser Dienst die verdiente Anerkennung durch Staat und Gesellschaft erfährt. Der Gradmesser für solche Anerkennung ...findet...seinen Ausdruck...in der Würdigung der Leistungen und der Opferbereitschaft vergangener Soldatengenerationen.“ (G. Kießling: Zehn Thesen gegen die Diffamierung der Deutschen Wehrmacht)



General a. D. Kießling. Foto: be

Zwischen Vaterland und Globalisierung

lz Lüneburg. Einen prominenten Referenten hatten die Lüneburger Akademikerverbände für ihren jährlichen Kommers im Kasino der Theodor-Körner-Kaserne gewonnen. General a. D. Dr. Günther Kießling (77) – selbst Mitglied der Bonner Burschenschaft Germania – sprach über die Geschichte der deutschen Burschenschaften. „Zwischen Vaterlandsliebe und Globalisierung“ hätten sich die Verbindungen bewegt, resümierte der ehemalige stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber. Eine wichtige Zukunftsaufgabe studentischer Verbände und Korporationen sei das Bewahren der nationalen Identität, sagte Kießling.

LZ, 21.1.

Kießlings Burschenschaft
in der Selbstdarstellung im Internet:

BONNER BURSCHENSCHAFT GERMANIA

Schumannstrasse 113a / 53113 Bonn / Tel.: 0228-636183 Fax.: 0228-659337

Eine Verbindung fürs Leben

Erfahrungsbericht von ThilovonBerg über Bonner Burschenschaft Germania
27. September 2000

Jeden Mittwoch findet bei den Bonner Germanen ein Stammtisch statt, zu dem die Mitglieder in großer Zahl kommen, aber auch ich als Gast immer sehr herzlich empfangen wurde. Hier habe ich interessante Leute getroffen: Neben dem ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr und stellvertretendem NATO-Oberbefehlshaber General Dr. Günther Kießling auch Herren aus den Vorständen verschiedener großer Unternehmen (aus dem Reemtsma-Konzern zum Beispiel), oder aus dem Bundestag und den Bundesministerien. Einer hat mir sogar, obwohl ich gar nicht Mitglied bin, erst mal ein wirklich cooles Praktikum vermittelt.

Der Sport und die Mensur

Zum Ausgleich nach den geistigen Strapazen des studentischen Alltags wird Sport getrieben und das Mensurfechten geübt. Die Mensur wird sorgfältig vorbereitet. Sie erfordert Mut und sie dient dem Zusammenhalt innerhalb der Burschenschaft...



RAUS AUS DEN LÖCHERN!

Keine Lust mehr auf die miefige grüne Langweiler-WG mit lauter **riechenden** Leuten?

Wir bieten große, ruhige **Zimmer** mit Balkon und Blick in unseren **Paradiesgarten**. Dazu gibt's Parkett, Stuck, Internet (DSL) umsonst und die Alster gleich nebenan. So wohnen nur **Schwerreiche!** Und im Gegensatz zu denen, kannst Du immer auf einen gefüllten Kühlschrank mit lecker **Astra** und **Holsten** zurückgreifen und zahlst nur **€125,-** (und das ist kein Schreibfehler!)



Das Mahnmal auf dem Timeloberg in Wendisch Evern wurde am 4. Mai 1995 feierlich aufgestellt. Der Stein erinnert an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 4. Mai 1945. Foto: be

LZ, 5.6.



Unbekannte haben die Inschrift des Gedenksteins mit einem spitzen Gegenstand zerstört - der Staatsschutz ermittelt. F. be

Unbekannte zerstören Inschrift

Mahnmal entwürdigt: Staatsschutz ermittelt

Stb Wendisch Evern. Einmal mehr ist das Mahnmal am Timeloberg in Wendisch Evern entwürdigt worden. Von der Inschrift des Gedenksteins, der an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 4. Mai 1945 erinnert, sind die Worte kaum noch zu entziffern. Unbekannte haben sich an dem tonnenschweren Stein zu schaffen gemacht. Er ist mit einem spitzen Gegenstand zerstört worden. Die Schrift zu zerstören, muss sehr zeitaufwändig gewesen sein", sagt Jürgen Heine, Pressesprecher der Polizei Lüneburg. Der Staatsschutz hat Ermittlungen eingeleitet, "weil möglicherweise Indizien für einen neonazistischen Hintergrund sprechen", erklärt Polizeisprecher Heine. Einem Spaziergänger aus Wendisch Evern war aufgefallen, dass der Text auf dem Gedenkstein "Kapitulation auf dem Timeloberg 1945 - 4. Mai - 1995 - Nie wieder Krieg" arg beschädigt worden war. Er informierte die Landesregierung. Erste Nachfragen bei der Polizei ergaben, dass dort nichts von der Zerstörung bekannt war. Die Ermittlungen werden daraufhin an Ort und Stelle in Wendisch Evern sofort aufgenommen. Hinweise auf die Täter gibt es bisher nicht.

Schon im September 1995 war auf das Mahnmal am Timeloberg ein Anschlag verübt worden: Unbekannte kippten es um und beschädigten die Inschrift mit Steinen. Erst wenige Monate zuvor, am 4. Mai, war der Gedenkstein zur Erinnerung an die Kapitulation der deutschen Truppen in Nordwestdeutschland, Dänemark und Holland feierlich aufgestellt worden. Zu der Veranstaltung reiste eigens der damalige niedersächsische Kultusminister Rolf Wernstedt aus Hannover an. "Wer hinter der Schändung des Mahnmals steckt, wurde nie aufgeklärt.

Kreis begutachtet Schaden

Der Landkreis Lüneburg wird in den kommenden Tagen die Schäden an dem Gedenkstein begutachten und ihn, wenn möglich, reparieren lassen. Das sagt Michael Wiese, Pressesprecher des Landkreises Lüneburg. "Nach dem Vorfall 1995 haben wir den Stein gereinigt und anschließend wieder aufgestellt", berichtet er. Zudem sei seinerzeit eine farbabweisende Grundierung aufgebracht worden, um ihn vor Schmierereien

zu schützen, erläutert Wiese. "Die Kreisverwaltung ist empört über den neuen Vorfalle - jahrelang war Ruhe. Schließlich ist der Stein nicht nur ein Mahnmal gegen den Krieg, sondern auch gegen die Nazi-Herrschaft", sagt der Pressesprecher des Kreises. Vor allem auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Antisemitismus in Deutschland sei die Attacke ungeheuerlich, meint Wiese. "Das Mahnmal muss jetzt erst recht erhalten werden", so Rolf-Dieter Sohl, Bürgermeister der Samtgemeinde Ostheide. "Weil es die ewig Unverbesserlichen sind, die sich zu solchen Taten hinreißen lassen", kritisiert er. Die Gedenktafel und -tafeln am Timeloberg waren schon vor 1995 Ziele von Unbekannten. Kurz nach dem Waffenstillstand

1945 hatten die siegreichen Engländer eine Holztafel mit Inschrift anbringen lassen. Diese wurde immer wieder entwendet. Im gleichen Jahr stellten sie deshalb ein Denkmal aus drei Granitblöcken mit einer Bronzetafel auf. Der damalige Bürgermeister von Wendisch Evern, Karl Basse, wurde von den Engländern für die Sicherheit und Bewachung der Tafel verantwortlich gemacht. Im Mai 1955 war Basse nicht mehr für sie verantwortlich - prompt wurde sie wieder gestohlen. Die Engländer gossen eine neue. Diese ließen sie aber samt Denkmal 1958 in ihre Heimat bringen. Wer Hinweise auf die Zerstörung des Gedenksteins geben kann, melde sich bei der Polizei Lüneburg unter ☎ 2922 15.

Nur Schmach?

„Unbekannte zerstören Inschrift“ LZ vom 5. Juni

Ich meine, man sollte diesen Stein (des Anstoßes) dort entfernen. Er ist immerhin eine Erinnerung an eine eigene Kapitulation. Ich glaube nicht, dass es in einem anderen Land auf der Erde so etwas gibt. Selbst in Frankreich, wo sich im Wald von Compiègne das Denkmal an die deutsche Kapi-

titulation von 1918 befindet, gibt es keinen sichtbaren Hinweis auf die im gleichen Salonwagen erfolgte Kapitulation Frankreichs im Jahre 1940. Im Übrigen haben ... die Engländer die frühere Bronzetafel mit nach England genommen. ... Ulrich v. d. Ohe Haarstorf 2A 29587 Natendorf

In Kaserne bringen

„Unbekannte zerstören Inschrift“ LZ vom 5. Juni

Das Mahnmal am Timeloberg in Wendisch Evern, das an die deutsche Kapitulation 1945 erinnert, ist entwürdigt worden. Die Zerstörungswut an Gedenksteinen ... scheint in der hiesigen Region besonders ausgeprägt zu sein. In Lüneburg wurde wiederholt das

Ehrenmal des Kampfgeschwaders 26 geschändet. Um das Problem aus der Welt zu schaffen, ließ ... die Stadtverwaltung das Ehrenmal von seinem Standort ... entfernen und gab es in die Obhut der Bundeswehr. Diese Lösung bietet sich auch für den Gedenkstein auf dem Timeloberg an. ... Uwe Pilz Kastanienweg 11 21379 Scharnebeck

LZ, 13.6.

Schill-Partei in Lüneburg

Lz Lüneburg. Der Kreisverband Lüneburg der Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill) hat sich jetzt gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Boris Barkow gewählt. Die Wahl wurde durch den Landeskoordinator Horst Köpken abgenommen. Interessierte können sich unter der Telefonnummer (04131) 84 06 67 melden.

2. März:

Auf dem Gelände der Theodor-Körner-Kaserne der Bundeswehr wird das Denkmal des faschistischen Löwengeschwaders 26, welches sich zuvor in der Lindenstraße befand, aber dort Zielscheibe antifaschistischen Protestes wurde, aufgestellt. Bürgermeisterin Birte Schellmann spricht bei der Einweihung in der Kaserne in Bezug auf die Nazi-Mörderbande von „...Achtung und Respekt gegenüber den Männern, die ihr Leben für ihr Vaterland lassen mussten.“ Von den Opfern jenes Geschwaders, welches auf dem Lüneburger Fliegerhorst stationiert war, sprach niemand.

Mai:

Wieder einmal ist der Gedenkstein am Timeloberg in Wendisch-Evern Ziel eines neofaschistischen Anschlages. Der Gedenkstein, der 1995 eingeweiht wurde, erinnert an die Kapitulation der faschistischen Truppen für den nordwestdeutschen Raum und an die Befreiung vom deutschen Faschismus an jenem Ort am 4. Mai 1945. Die Inschrift „Kapitulation auf dem Timeloberg - 1945 - 4. Mai - 1995 - Nie wieder Krieg“ wurde anscheinend mit einem Meißel zeitaufwändig und irreparabel zerstört. Eine Wolfsangel (Symbol des „Wehrwolfs“, einer SS-Organisation, die hinter den feindlichen Linien einen Untergrundkampf gegen die Alliierten weiterführen sollte) wurde eingemeißelt.

4. Mai:

Am 4. Mai 2002 findet in Scharnebeck ein weiteres neonazistisches Konzert mit der Bremer Hooligangruppe „Kategorie C“ (KC) statt. Ungefähr 250 Personen besuchen das Konzert, das wieder im Schützthof stattfindet. Die Polizei überwacht das Konzert und erteilt Platzverweise gegen Antifaschistinnen.

Juni:

Gründung des Lüneburger Kreisverbandes der Schill-Partei (Partei Rechtstaatliche Offensive). Zum Vorsitzenden wird Boris Barkow gewählt.

11. Juni:

Nach Informationen des Verfassungsschützers Hans-Rüdiger Hesse wird auf einer Lüneburger homepage, unter der Adresse „Sturmelite“, nationalsozialistisches Gedankengut im Internet verbreitet.

Ende Juni:

Auf dem Marktplatz wird auf einer Leinwand das Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brasilien übertragen. Neben den Ständen der Lüneburger Bierhändler bestimmen vor allem die vielen Deutschland-Fahnen das Bild. Ein Moderator (Andreas Apeldorn aus Adendorf) heizt die Stimmung mit Discomusik und blöden Sprüchen auf, die an Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten sind. Sein in Goebbelscher Manier geprägtes: „Wollt ihr den totalen Sieg?“ führt zu kritischen

Leserbriefen in der LZ und einer Rechtfertigung des Moderators.“ Ja, ich bin deutsch, ja, ich stehe dazu! ...Ich bin sogar bei der Nationalhymne aufgestanden und habe mitgesungen, eben weil ich Deutscher bin.“

15. Juli:

Die Landeszeitung meldet, dass der 36-jährige Unternehmer Boris Barkow für die Schill- Partei im Lüneburger Wahlkreis 37 für den Bundestag kandidieren wird.

8. August:

Zum 80. Geburtstag eines Mitarbeiters der LZ veröffentlicht die Landeszeitung eine Würdigung des Otto Dittmer aus Melbeck, der bereits bei den Lüneburgischen Anzeigen, der Vorgängerzeitung der LZ, als Redakteur (Nazi- „Schriftleiter“) tätig war und über die Lüneburger Hitlerjugend im Sinne der Nazis berichtete. Diesen Job erhielt er, weil er als LSK- Fußballer dafür sorgte, dass die „Hitlerjugend“- Fußballmannschaft beim LSK mittrainieren konnte.

Im Entnazifizierungsverfahren nach 1945 wurde er lediglich als Mitläufer eingestuft, blieb weiter beim LZ- Verlag tätig und war von 1970 bis 1976 Bürgermeister von Melbeck und auch stellvertretender Bürgermeister der Samtgemeinde Ilmenau. Als freier Mitarbeiter der LZ berichtet Dittmer über Lokales der Region und lässt dabei keine Gelegenheit aus, die sportlichen Aktivitäten des Apothekers und bundesweiten Neonazis Fachmann aus Bienenbüttel den LZ- Leser/-innen vorzustellen.

Wesentlich bedeutsamer aber als Dittmers Wirken als LZ- Mitarbeiter auf regionaler Ebene ist seine Tätigkeit als Finanzverwalter in einer europaweit agierenden Nazi- Organisation, dem „Kameradenwerk Korps Steiner“, ein Zusammenschluss alter Nazis der Waffen- SS und benannt nach dem Führer der „SS- Division Wiking“ und des „III. SS- Panzerkorps“, Felix Steiner. Für seine Altnazigruppe organisierte Dittmer Wochenend-Treffen im Lüneburger Raum und er vertreibt nicht nur Propagandamaterial, sondern besorgt auch die erforderlichen Geldmittel, die dafür nötig sind. Selbst den Druck dieser Nazischriften, wie etwa jene über die SS- Verbände unter dem Titel „Einsatz in Europa – Europäische Freiwillige im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite“ organisiert Dittmer selbst.

Die LZ- Geschäftsführung (J. Wiesemann, Chr. von Stern) hingegen, von der örtlichen VVN-BdA auf die Umtriebe ihres Mitarbeiters hingewiesen und um eine Stellungnahme gebeten, distanziert sich nicht von der politischen Vergangenheit und gegenwärtigen Tätigkeit ihres Mitarbeiters O. Dittmer, sondern betont lediglich, Dittmer bei der Verbreitung seiner Schriften nicht unterstützt zu haben.

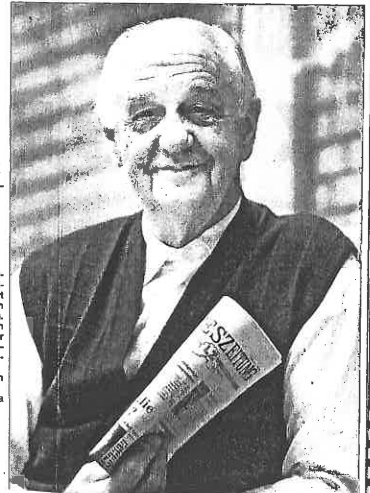
September:

Mit dem blöden Spruch „ Nicht links, nicht rechts: mit Kurt-Dieter Grill geht's geradeaus !“ präsentiert der CDU- Bundestagskandidat am Infostand in der

„Na denn“ – ein Leben für die Feder

LZ-Mitarbeiter Otto Dittmer 80 Jahre alt

Von Cécile Amend schaftlich gern Fußball – in der Hitlerjugend trainiertes Kicker, pas' Tage weikert Otto Dittmer mit diesem Spruch auf den Lippen die LZ. Wenn er seine Feste und Filme abgibt, hat und schreibt Otto Dittmer als freier Mitarbeiter für die Landeszeitung. Eiliche Redakteure hat er kommen und gehen sehen, die Geschichte der Landeszeitung im Laufe der Zeit inhalieren. Heute feiert er seinen 80. Geburtstag. „Na denn“, sagt er stets beim Abgang und hebt einen Zeigefinger in die Luft. Das heißt bei dem gebürtlichen Melbeker so viel an' Arbeit. Als er 15 Ja er seine Kau als Schriftge ger' Taggebü der Landt der Vorgä tung, 1988 wichege Meldung: Privat:



Otto Dittmer, LZ-Mitarbeiter aus Melbeck, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Seit 64 Jahren arbeitet er für die Landeszeitung – erst für die Lüneburgischen Anzeigen, dann für die LZ. Foto: ta

Einsatz für EUROPA

Europäische Freiwillige im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite



5. SS-Panzer-Division Wiking
11. SS-Frw.-Pz.-Gren.-Div. Nordland
23. SS-Frw.-Pz.-Gren.-Div. Nederland
30. Waffen-Gren.-Div. der SS (estnische Nr. 1)

Einsatz der 5. SS-Division WIKING in Südrußland und des III. (gem.) SS-Panzerkorps vor Leningrad, in Estland und Lettland 1941 - 1945

OSTSEE
Reval Tallin
Narwa
Peipus
Dorpat
Riga
Libau
Memel

18. Waffen-Gren.-Div. der SS 19. Waffen-Gren.-Div. der SS (estnische Nr. 2)

- 1) Oranienbaumer Kessel XI/43-I/1944
- 2) Br.Kopf Narwa/Flußfront II - VII/44
- 3) Tannenberg-Stellung Juli-Sept/44
- 4) Dorpat (K.Gruppen) Aug.-Sept. 1944
- 5) Baldone 23.-26. September 1944
- 6) Kampfraum Doblen 28.9.-12.10. 1944
- 7) Preekuin-Skudass Okt.44-Jan 1945
- 8) Von Libau Seetransport nach Pommern



Kurt-Dieter Grill Liederbuch



Unsere Heimatlieder.

CDU

Nicht links, nicht rechts:
mit **Kurt-Dieter Grill** geht's geradeaus!


Mit freundlichen Grüßen
von Kurt-Dieter Grill.

CDU

Adolf Hitler Soldatenlieder music and marches on CD

[Click here for s/h charges and ordering information.](#)

Soldatenlieder



CD49 - Soldatenlieder vol. 1

1. Ein Heller und ein Batzen
2. Laura
3. Erika
4. Wenn die Soldaten
5. Präsentier-Marsch
6. Alte Kameraden
7. Westewald Marsch
8. Pariser Einzugs-marsch
9. Bomben auf Engelland
10. Der Führer ruft /SA Voran/
11. Lied der Panzergrenadiere
12. Marsch der Sturm-Artillerie
13. Torpedo Los
14. Leibstandarte Marsch "Adolf Hitler"

only \$20.00 +s/h

LZ, 20.9. Schill-Partei sagt Veranstaltung ab



Beamte der Lüneburger Bereitschaftspolizei und rund 70 überwiegend jugendliche Demonstranten standen sich am Mittwochabend vor dem Hotel Heidpark gegenüber. Drinnen sollte eine Veranstaltung der Schill-Partei stattfinden, auf der Klaus Veusken, Kandidat Nummer 1 der niedersächsischen Lan-

desliste bei den Bundestagswahlen, sprechen sollte. Doch dazu kam es nicht, die Veranstaltung wurde von der Schill-Partei gekippt, „weil das bei so einem Aufgebot an Störern keinen Sinn hat“, meinte Veusken verärgert. Während Klaus Veusken zu einer „Alternativ-Veranstaltung im privaten Rahmen“ entschwand, stellte sich

der Lüneburger Kandidat der Schill-Partei, Boris Barkow, der Diskussion mit einer Gruppe von Demonstranten vor dem Hotel Vor dem Neuen Tore. Laut Polizei hat die Schill-Partei auf Grund des Vorfalls ihren für Sonnabend angemeldeten Stand in der Bäckerstraße zurückgezogen.

as/Foto: be

Bäckerstraße all jenen, die endlich mal wieder deutsches Liedgut singen wollen, aber die Texte bereits vergaßen, zur Auffrischung des Gedächtnisses das Liederbuch „Unsere Heimatlieder“ als Werbegeschenk. Darin – gleich hinter dem „Lied der Deutschen“ – das Niedersachsenlied und die im Ausland bestens bekannten Nazi-Soldatenlieder „Erika“ („In der Heimat weint um dich ein Mägdelein, und das heißt Erika“) und „In einem Polenstädtchen“ („...vergiss Maruschka nicht, das Polenkind.“). Dank Grills Liederheft kann sich ein bestimmter Interessentenkreis die 20.-Dollar- Internetbestellung für „Adolf Hitler Soldatenlieder“, CD 49, sparen.

13. September:

Unter der Überschrift „Kein Volkseigentum für Ausländer“ stellt die LZ den Kandidaten der NPD für die Bundestagswahl, Manfred Börm, in einem halbseitigen Bericht vor.

18. September:

Klaus Veusken aus Hannover, Kandidat Nummer 1 der Schill- Partei für die Bundestagswahl, will im Hotel Heidpark, Vor dem Neuen Tore, über seine Partei sprechen („Klartexttour“). Die Anwesenheit von etwa 70 Gegendemonstranten bewegen die Veranstalter, von ihrem Vorhaben abzulassen und ihre Veranstaltung abzublasen. Auf der Landesliste dieser Partei kandidieren ebenso: Boris Barkow aus Wendisch- Evern (Platz 4) und Dr. Fritz Michalczyk aus Lüneburg (Platz 9).

21. September:

In Verden/Aller wählt der Bezirksparteitag Lüneburg der Republikaner den Kreisvorsitzenden Lüneburg, Hans- Gerd Wiechmann, Bilmer Str. 22, 21337 Lüneburg, zum stellvertretenden Vorsitzenden. Zum stellvertretenden Schriftführer wurde der Bardowicker Stefan Bliesmer gewählt.

21. September:

Zum sechsten Male wird die „Schlacht an der Göhrde geschlagen.“, 1813 starben bei diesem Massaker unzählige Soldaten, seither mimt man diese Schlacht aus Spaß und touristisch-historischen Gründen. „Wir wollen den Leuten Geschichte nahe bringen“, erklärt Mitinitiator des Spektakels Ulf Kretschmann, dem sein buntes Soldatenkostüm 750.-€ wert ist. Etwa 300 Mitwirkende erfreuen sich an Pulverdampf und Geschützdonner und am Sieg der Alliierten, vor allem Preußens, gegen die Franzosen. Ob demnächst weitere historische Militärszenen nachgespielt werden, etwa die Mobilmachung 1939 auf dem Lüneburger Marktplatz mit dem Aufmarsch der Dragoner für den Überfall auf Polen, bleibt abzuwarten.

15. Oktober:

Der Referent einer Ringvorlesung an der Fachhochschule Lüneburg, Olaf Meyer vom Antifaschistischen Informationsbüro Lüneburg, der

am 17. Oktober über „Neonazistische Strukturen in Norddeutschland – ein Überblick“ referieren soll, erhält mehrere Drohanrufe. Die anonymen Anrufer drohen damit, die Veranstaltung zu stürmen. Weiterhin nehmen sie Bezug auf die Ermordung eines Gewerkschafters im Jahre 1999 in Schweden und den Serienkiller, welcher in den USA sein Unwesen treibt. Sie drohen dem Referenten mit einem ähnlichen Schicksal. Die Anrufer bezeichnen sich selbst als Anti- Antifa, eine Gruppierung, welche in der Neonazi- Szene immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Arbeit der sog. Anti- Antifa beschränkt sich nicht nur auf das Sammeln von Informationen über politisch Andersdenkende, es kommt auch immer wieder zu Übergriffen. Es wird von der Anti- Antifa versucht, politisch aktive Menschen einzuschüchtern, Veranstaltungen wie diese zu verhindern und dieses auch mit schweren Körperverletzungen durchzusetzen. Die geplante Veranstaltung wurde durchgeführt.

18. November:

Prozess gegen Nazi- Skinhead wegen seiner Täterschaft am Überfall am 26. Januar 2001 in Neuhaus vor dem Landgericht Lüneburg. Das ursprüngliche Strafmaß des Amtsgerichts von 12 Monaten Freiheitsentzug wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung wird reduziert auf 9 Monate, die zur Bewährung ausgesetzt werden.

20. Dezember:

Der CDU- Politiker Dr. Dieter Radau erhält aus den Händen seines Parteifreundes, Landrat Fietz, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. D. Radau, ehemals Richter am Landgericht und langjähriger Vorsitzender im „Bund der Vertriebenen“, legte bereits im Jahre 1984 gemeinsam mit dem NPD-Vorsitzenden Nolte und seinem Kollegen Uffhausen (Richter am Verwaltungsgericht) dar, wie weit nach Osten er die deutsche Grenze zu verschieben gedenke.

21. Dezember:

Skinhead wirft mit Hackfleisch

19-Jähriger wollte Hausverbot nicht akzeptieren

... ahe Scharnebeck. Tiefgefrorenes Hackfleisch hat ein Skinhead einem 23-Jährigen an den Kopf geworfen, ihn zudem mit Fußtritten am Handgelenk verletzt. Der 19-jährige Täter hatte am Donnerstag trotz Hausverbot einen Einkaufsmarkt am Marktplatz betreten. Als er vom Personal gebeten worden war, den Laden zu verlassen, rastete der Mann aus, attackierte einen 23 Jahre alten Mitarbeiter. Nun muss er sich wegen gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruch verantworten.

In dieser Zeit

(Kürzungen bei Leserbriefen vorbehalten)

11.9. 84 **Ostdeutsche Tage**

... müssen Äußerungen bei den „Ostdeutschen Tagen“ den Leser irritieren: „Schlesien ist deutsch und muß wieder deutsch werden“ (LZ 5.9., S. 5), „besetztes Land“ (LZ 6.9., S. 5), „bei denen, die unser Land vorübergehend verwalten“ (LZ 3.9., S. 3).

Demgegenüber ist zu erinnern an den Vertrag von 1970, in dem es in Artikel 1 heißt: „1. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie... (an Oder und Neiß) die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. 2. Sie bestätigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. 3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“

Was bei uns gesagt wird, hört man in Polen. Daß die Menschen dort wieder Angst bekommen, ist verständlich.

Günther Buschmann,
Neetze

11.9.84 *

... sollte sich Herr Buschmann besser über die Rechtslage Deutschlands informieren, bevor er Äußerungen, die die deutschen Ostgebiete betreffen, beanstandet. Sie ergibt sich nämlich nicht aus dem von ihm zitierten (west-) deutsch-polnischen Vertrag, der ein Gewalt-, nicht ein Gebietsverzichtungsvertrag ist. Rechtlich besteht das Deutsche Reich (auch nach diesem Vertrag) fort und sind z. B. Schlesien und Ostpreußen deutsches Land. Nach der Präambel des Grundgesetzes ist auch Herr Buschmann „aufgefordert“, die deutsche Einheit in Freiheit zu „vollenden“. Mit dem Vertreten polnischer Standpunkte wird er dieser Aufforderung nicht gerecht.

Dr. Karsten Uffhausen,
Eichenhain 18
Lbg.-Häcklingen

11.9. 84 **Ostdeutsche Tage**

... möchte Herr Günther Buschmann aus Neetze, daß auf die unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete verzichtet wird. Er bezieht sich auf den Vertrag von 1970 zwischen der BRD und Polen.

Dieser Großzügigkeit des Herrn Buschmann steht das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes entgegen, in dem der Fortbestand des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937 festgestellt wird. Es steht daher auch keinem deutschen Teilstaat das Recht zu, Gebiete des Reiches abzutreten. Eine evtl. Änderung der deutschen Grenzen von 1937 setzt zunächst die Wiedervereinigung Deutschlands voraus.

Auch sollte Herr Buschmann sich daran erinnern, daß die polnische Seite von der Teilung überleben.

Horst Nolte,
v.-Moltke-Str. 2,
2120 Lüneburg

11.9.84 *

... haben die Herren Nolte, Richter und Dr. Uffhausen argumentativ dargelegt, daß die Gebiete jenseits der Oder oder Neiß innerhalb der Grenzen nach dem Stande vom 31. 12. 1937 trotz der Ostverträge staats- und völkerrechtlich weiterhin zu Deutschland gehören. Das Schicksal der Oder-Neiß-Linie kann nicht isoliert behandelt werden; es ist unlösbarer Bestandteil des Gesamtkomplexes „Deutsche Frage“. Das Offensein der deutschen Frage haben die Unionsparteien, die SPD und die FDP in der „Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages“ vom 9. Februar 1984 bekräftigt und hierbei ausdrücklich auf „das dem deutschen Volk zustehende Recht auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts“ verwiesen.

Nun empfiehlt Herr Buschmann, Neetze, daß diejenigen, die von einer „Gemeinsamen Entschließung“

Dr. Dieter Radau,
Rich.-Hölscher-Straße 4,
2120 Lüneburg

Mittwoch, 18. Dezember 2002



Landesverbände

Landesverbände

Landesverband
Niedersachsen
Landesvorsitzender:
Dr. Dieter Radau



**Verdienstkreuz für
Dr. Dieter Radau**

Lüneburg (kb). Dr. Dieter Radau aus Deutsch Evern wird am Freitag, 20. Dezember, um 11 Uhr das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch den Landkreis Lüneburg verliehen. Die Feierstunde findet im Sitzungssaal des Kreishauses, Auf dem Michaeliskloster 4, statt.



Holger Schwarz, s. S. 10, 13. Juni 1998

Zu: Unehrender Platz für Denkmal

„Schämen wir uns für die Vergangenheit?“

In der heutigen Zeit wird so viel Geld für den Bahnhofsvorplatz ausgegeben, aber für die Toten des ersten und zweiten Weltkriegs ist die hinterste Ecke – Parkplatz Amtsgarten: ungepflegt, dreckiger Stein, Vorplatz verkrautet – gut genug. Es sage keiner, es gibt keinen Platz. Vorher stand das Denkmal in der Südkehre zum Bahnhof.

Warum wird es nicht für alle sichtbar an die Auffahrt des Amtsgartens gestellt – erhöht, sauber und gepflegt, mit Blumen?

Oder soll das Denkmal für unsere Vorfahren auch auf den ehemaligen Flugplatz in der Körner-Kaserne verbannt werden, falls wir uns schämen für unsere „Vergangenheit“, wie schon für ein Denkmal für Soldaten. Wo bleibt unser Stolz? Wozu haben wir den Volkstrauertag, wenn unsere Helden vergessen oder in die Ecken verbannt werden?

Günter Kaduk
Adendorf

2.1.

„Das ist ungeheuerlich!“

Die Leserzuschrift von Herrn Guido Schroeder kann nicht unwidersprochen bleiben. Viele Soldaten der deutschen Wehrmacht sind in dem Krieg 1939 bis 1945 eines Heldentodes gestorben. Wenn Herr Schroeder der Auffassung ist, dass Soldaten allgemein als Mörder bezeichnet werden können, so ist das ungeheuerlich.

Weiter erweckt die Zuschrift den Eindruck, dass deutsche Wehrmachtsangehörige Jagd auf die Zivilbevölkerung machten. Dies ist schlicht unwahr.

Dass Herr Schroeder beide Großväter bei diesem Krieg verloren hat, ist bedauerlich. Auch ich hätte gern meine beiden Onkel kennen gelernt. Der eine starb als 15-Jähriger auf der Krim, der andere als 17-Jähriger in Frankreich.

Jürgen Hempel
Lüneburg

22.1.

2003

Januar:

In der Ausgabe 1/03 der niedersächsischen NPD-Zeitung „Niedersachsen- Spiegel“ beschäftigt sich der Lüneburger Neonazi Holger Schwarz mit der Umsetzung des Obeliskens des Löwengeschwaders (Kampfgeschwader 26) von der Lindenstraße in die Theodor- Körner- Kaserne. Jene Kaserne war zu früheren Zeiten der Einsatzort des Geschwaders und diese Fliegerinheit der NS-Wehrmacht brachte Tod und Verderben über halb Europa. Schwarz hingegen bedauert die unsachgemäßen Restaurierungsarbeiten am Obeliskens: „...leider wurde der Stein soweit unregelmäßig runtergeschliffen, dass von den angegebenen Kriegsschauplätzen dieser tapferen Einheit kaum noch einer wirklich zu entziffern ist. ...Als bekanntester Teilnehmer der Neuaufstellung war der Sohn des ehemaligen Geschwaderführers Götz von Richthofen aus Aumühle angereist. Diesem müssen die Tränen in den Augen gestanden haben, als er den Obeliskens zu sehen bekommen hat...“

Außerdem beschwert sich Schwarz darüber, dass die Kosten für die Reparaturarbeiten am Gedenkstein in Wendisch- Evern (zur Erinnerung an die Befreiung im Mai 1945) in Höhe von ca. 1.000.- € von der Friedensstiftung Günter Manzke übernommen worden seien.

2. Januar:

In den Leserbriefspalten der „lünepost“ und des „Extratipp“ wird eine Debatte über die politische und moralische Bewertung der NS- Wehrmacht geführt, die bis zum 23. März andauert. Ein Leserbrief über den Standort eines Gedenksteins von Eisenbahnern mit der Inschrift: „...1914 - 1918, 1939 - 1945: Unseren gefallenen Berufskameraden“ bringt wieder einmal die Geisteshaltung des Leserbrief- Vielschreibers Hempel hervor: „Viele Soldaten der Wehrmacht sind in dem Krieg 1939 – 1945 eines Heldentodes gestorben.“ Leserbriefschreiber Günter Kaduk aus Adendorf, ansonsten eher bekannt als Verleiher von Wohnungsrenovierungsgeräten und schlüpfriger Videos, setzt noch einen drauf und fordert von allen Deutschen einen „Stolz auf die Soldaten... und Helden“ der Nazi- Wehrmacht ein.

17. Januar:

Unter der Überschrift „Wir sorgen für Sicherheit. Besser.“ lassen die CDU- Landtagskandidaten Althusmann und Kaidas in der Landeszeitung eine Anzeige veröffentlichen, in der sie sich als die besseren NPD- Saubermänner vorstellen. In einer abenteuerlichen Schreibweise, die weder mit der alten noch mit der neuen Rechtschreibung konform

Wir sorgen für Sicherheit. Besser.



Bernd Althusmann



Jens Kaidas

- 1000 zusätzliche Polizisten in den nächsten 4 Jahren
- Sauberkeit und öffentliche Ordnung konsequent durchsetzen
- besserer Schutz vor Sexualstraftätern
- mehr Opferschutz statt Täterschutz
- keine Entlassungsbefreiung von Ladendiebstahl oder Graffiti
- kriminelle Ausländer werden sofort das Landes verlassen und sollen ihre Haftstrafe im Herkunftsland verbüßen
- präventive Bekämpfung von Jugendkriminalität
- Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes

Besser-Hotline (01805) 02 02 2003
(22.000 Minuten)

Ihre CDU-Landtagskandidaten für den 2. Februar 2003

Besser. CDU

geht, stellen sie neben recht lustigen Forderungen („ Sauberkeit... konsequent durchsetzen“, „Keine Entkriminalisierung von...Graffiti“) das ganze Arsenal ihrer „ordnungspolitischen Forderungen“ vor, welche auf eine „Kopf- ab- Mentalität ihrer NPD- Klientel zielt : „Kriminelle Ausländer werden sofort des Landes verwiesen und sollen ihre Haftstrafe im Herkunftsland verbüßen.“

14. Februar:

Die Landeszeitung stellt in einem längeren Artikel den Kandidaten der Schill- Partei zur niedersächsischen Landtagswahl, den Lüneburger Fred Turre, vor.

16. Februar:

Die NPD- Landesleitung tagt in Lüneburg und beschließt ihre rassistische Aktion „Heimreise statt Einwanderung“.

21. Februar:

Über die Telefonnummer des bekannten Neonazi M. Börm aus Handorf sollten sich die Gesinnungsfreunde aus dem norddeutschen Raum anmelden zu einer Vortragsveranstaltung der NPD in der Lüneburger Gegend. Referent: Jürgen Schwab, ehem. Leiter des NPD- Arbeitskreises „Volk und Staat“. Sein Thema: „Volksstaat statt Welt-herrschaft“.

22. Februar:

In einem langen, halbseitigen Artikel werden in der LZ die Ergebnisse des „Heimatforschers“ Frank Tarnosky veröffentlicht. Tarnoskys Kontakte zur hiesigen NPD sind stadtbekannt.

1. März:

Veranstaltung des Zollernkreises im Hotel Scheffler. Zum Thema „ Preußentum und Christentum“ spricht Dr. Rolf Sauerzapf, Vorsitzender des Preußeninstituts/ Zollernkreises, der sich seinen Dokortitel im preiswerten weißen Südafrika erwarb, dann in der Bundesrepublik Kirchenrat und Leiter der evangelischen Seelsorge im BGS wurde. Nebenbei stellt er als Referent und Schreiberling diverser Rechtsaußenblätter („Konservativ Heute“, „Paneuropa- Deutschland“, „Staatsbriefe“, „Junge Freiheit“, „Criticon“, u.a.) und -vereinigungen (Burschenschaft Jenensia, Evangelische Notgemeinschaft, u.a.) seine völkische Ideologie und sein Hauptthema „Das Auslandsdeutschtum“ vor. In der Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland, „Globus“, empfahl er schon 1991 das „Handbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ aus der NS- Zeit. Darin wird nicht nur akribisch jedes „deutsche Siedlungsgebiet“ aufgeführt, sondern auch ein widerlicher Antisemitismus propagiert.

12. April:

Die Landeszeitung berichtet über die Vorstandswahlen der Schill- Partei in Lüneburg. In

LZ, 14.1.

„Zuwanderung begrenzen“

Fred Turré (Schill-Partei) will Polizei stärken



Fred Turré von der Schill-Partei lässt in Sachen Zuwanderung Dampf ab: „Wer nicht die deutsche Sprache beherrscht, darf nicht rein.“ F. i.

... in Lüneburg. Wenn Fred Turré ins Land blickt, überfällt ihn ein Grausen: Leere Kassen, keine Perspektive für den Mittelstand und ein Mangel an innerer Sicherheit. Schiller und Gabriel haben Niedersachsen in den Ruin getrieben“, sagt der 50-jährige Kfz-Meister. Bei den Landtagswahlen tritt er nun für die Schill-Partei an, will gegen diese Missstände etwas tun. Turré ist seit zwei Jahren Mitglied der Schill-Partei, war zuvor zehn Jahre bei der FDP aktiv. Aber Parteichef Westermelle sei ihm als Galionsfigur viel zu wackeln. In der Schill-Partei wurden Ziele klar formuliert: „Klare Worte spricht Turré in Sachen Zuwanderung. Dort müssen Höchstzahlen festgelegt werden, die Kommunen dürfen nicht an den Kosten der Integration im Übermaß beteiligt werden. So Strafen, die über ein Jahr hinausgehen, sollte der Täter ausgesprochen werden. Wer nicht die deutsche Sprache beherrscht, darf nicht rein.“ Schnell wurde seine Partei ins Rechtsaußen gestellt, weil man ihr Ausländerfeindlichkeit unterstellt. Aber wir sind nicht grundsätzlich gegen Ausländer, wollen aber einen Kriterienkatalog für die Zuwanderung.“ Wofür seine Partei sich noch stark machen will: Innere Si-

cherheit, 1500 Polizisten mehr sollen in Niedersachsen eingestellt werden. Parteigründer Ronald Barnabas Schill hatte im Wahlkampf 2001 rund 2000 Polizisten mehr für Hamburg versprochen, 1542 Stellen im Polizeidienst sollen in diesem Jahr realisiert werden. Turré plädiert außerdem „für Opferschutz statt Täterschutz. Strafmündige Intensivtäter und Jugendliche gehören seiner Ansicht nach in den geschlossenen Vollzug, „anstatt auf erlebnispädagogische Reisen, die aus Steuermitteln finanziert werden.“ Familie ist für Fred Turré das Wichtigste. Er wohnt in Ochtmüssen mit Frau, drei Kindern und Großeltern in einem Haus. Die Familienpolitik solle sich für Alleinerziehende stark machen, meint er. Mehr Geld fließen müsste auch in die Bildung. „Wir wollen erheblich mehr Lehrer einstellen, die sich auf ihre pädagogische Aufgabe konzentrieren.“ Außerdem ist Turré für die Ganztagschule. Doch wozu soll mehr Geld für Sicherheit und Bildung bei einer defizitären Landeskasse kommen? Turré: „Verwaltungs-spitzen und Politik müssen verschlankt werden. Abgeordnete sollen von der Partei und nicht aus Steuerbüchern bezahlt werden.“ Dann stünden auch wieder mehr Mittel zur Förderung des Handwerks bereit, sagt Turré, der Kfz-Meister ist.

ET, 29.11.



„Gleichheitsprinzip gilt auch für Asylbewerber“

Weiter so, ExtraTip! Sie kommen einer exakten Informationspflicht nach – im Gegensatz zu anderen Medien, die nur schön gefärbte Informationen zulassen. Wahrheit tut weh, und es ist die Wahrheit, wenn jeden Tag dem Bürger klagemacht wird, dass man sich den Sozialstaat nicht mehr leisten kann, insbesondere das Sozialamt der Welt. Und das sagt eine sozialdemokratische Regierung.

Die Folge: Es wird dem hart arbeitenden Bürger, den Rentnern und Arbeitslosen gekürzt, gestrichen und Sozialabbau betrieben. Da ist doch klar, dass Unmut entsteht, wenn Asylbewerber – in Wirklichkeit Wirtschaftsflichtlinge – sich Luxus leisten. Hier von Sozialneid zu sprechen, ist Volksverdummung. Der Fall mit den Bons ist Betrug und wird bei jedem normalen Bürger bestraft; beim sonst so viel zitierten Gleichheitsprinzip gilt das auch für Asylbewerber.

Erwin Fischer
Lüneburg

ET, 6.12.

LZ, 3.9.



„Brutal, ein Fall für amnesty international!“ Karikatur: Haltzinger



KC – Die Band

Die rechte Hooligan-Band „Kategorie C“ fungiert als Schnittstelle zwischen Fußballfans und Neonazis. „Kategorie C“ ist die Polizei-Bezeichnung für gewaltbereite Fußballfans.

KC schaffte es in relativ kurzer Zeit über die Grenzen Bremens bekannt zu werden, Konzerte mit mehr als 500 ZuschauerInnen sind keine Seltenheit. Dabei achten sie bei ihren Texten penibel darauf, keine rechten Äußerungen und Statements abzulassen. Dass aber ihr Publikum zu einem großen Teil aus organisierten Neonazis, rechten Skinheads und Hooligans besteht, macht deutlich, welchen Sinn und Zweck die Band erfüllt: Sie soll als „unpolitische Kapelle“ Jugendliche und andere mit der organisierten rechtsextremistischen Szene zusammenbringen.

In ihren Texten verzichten sie bewusst auf politische Inhalte. In erster Linie handeln ihre Texte von Fußball, Verherrlichung von Gewalt, der sog. „3. Halbzeit“, Alkoholexzessen und Männer-freundschaft. Die Mitglieder der Hooligan-Band KC werden in Interviews nicht müde zu betonen, dass sie eine unpolitische Gruppe seien. Ihnen ginge es nur um Fußball, Schlägereien und Saufen. Auf ihrer Homepage schreiben sie: „Wer mit KC nichts anfangen kann soll sich verpissen. Wir werden weiterhin das machen, was wir wollen. Wir lassen uns vor keinen Karren spannen.“

Die Realität sieht anders aus. Der Karren, vor den die Band gespannt ist, heißt Rechtsrock. Mindestens zwei Mitglieder von KC spielen auch in der neonazistischen Band „Boots Brothers“ und Hannes Ostendorf ist neben KC auch Sänger bei der Blood & Honour-Vorzeigeband „Nahkampf“, deren erste CD den ehemals inhaftierten Neonazis Christian Worch, Gottfried Küssel und Gerhard Lauck gewidmet war. Zuletzt produzierten Hannes O. und „Nahkampf“ eine Split-CD mit der Naziband „Kolovrat“ - zu deutsch Hakenkreuz!

Mit ihren Aktivitäten bewegt sich die Kategorie C in eindeutig rechten Gewässern: Die vorletzte CD der Gruppe mit dem Titel „Hungrige Wölfe“ ist bei dem Chemnitzer Label PC-Records erschienen, das zu dem neonazistischen Ladengeschäft und Versand Backstreet Noise gehört und bei dem mittlerweile auch „Nahkampf“ und „Boots Brothers“ untergekommen sind.

Am 12. Januar 2002 spielten die „unpolitischen“ Hooligans zusammen mit den „Pfälzer Buben“, einem Projekt der Macher des Mannheimer Neonazi-Fanzines „Feldzug“, und den Berlinern „Ascaris“ im Landgasthof Lochmühle im rheinland-pfälzischen Dreisen. Organisiert worden war das Event von Sascha Wagner, einem Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD). Wagner hielt auf diesem Konzert auch eine Rede

Am 31. März 2002 spielte KC für die bekannte Dortmunder Schläger- und Neonazigruppe „Borussenfront“ zu ihrem 20jährigen Bestehen. Die „Borussenfront“ ist eine der ältesten und brutalsten rechten Fußballfangruppen. Ihr Anführer Siegfried Borchardt („SS-Siggi“) war Landesvorsitzender der verbotenen FAP und ist heute führender Kader der neofaschistischen Strukturen in NRW.

Am 26. Mai 2001 spielte KC mit drei rechten Bands („Archivum“/Ungarn, „Blitzkrieg“/Chemnitz, „Solution“/Leipzig) auf einem Solidaritätskonzert für die bekannte Neonazi-Band „Landser“. Gegen die Mitglieder von Landser lief ein Ermittlungsverfahren wegen der Bildung einer Kriminellen Vereinigung (§129StGB), sämtliche Tonträger dieser Band sind in der BRD verboten. Der tschechischen Band „Judenmord“, die auch auf dem Konzert spielen sollte, wurde die Einreise nach Deutschland verwehrt.

Tonträger von KC werden von den meisten rechten Tonträgerversender verkauft. Auf dem verbotenen Sampler „Die Deutschen kommen 2“ ist KC mit dem Stück „Kopp Holland Hopp“ vertreten. Diese CD enthält Stücke von bekannten neofaschistischen Liedermachern und Bands wie z.B. „Landser“, Kraftschlag“, „Nahkampf“ oder „Stahlgewitter“. Viele der Stücke enthalten revidionistische und antisemitische Inhalte. In dem Beitrag der Band „Stahlgewitter“ wird dazu aufgefordert: „... ZOG (zionistisch beherrschte Regierung), die Macht des Antimenschen, der Parasiten in Menschengestalt, den ewigen Feind zu bekämpfen und aufzuhalten, bevor der letzte Tropfen arischen Blutes verrinnt ...“. Der Sampler ist seit Dezember 2000 indiziert und verboten worden.

Konzerte mit KC fanden am 17. November 2001 und 4. Mai 2001 in Scharnebeck und am 2. April 2003 in Bardowick statt. Organisiert wurden sie vom Laden „Temple of football“.

den Kreisvorstand wird gewählt: Dr. Fritz Michalczyk (Vorsitzender), Reinhardt Jegenhorst, Hans-Adam Hilgers (Stellvertreter), Jürgen Henke (Kassenwart), Roland Schenke (Schriftführer), Bernd Dartscht, Ulrich v. Eberstein, gest. im November 2003 (Beisitzer), Dieter Bromann (Präsident).

Der Ortsverband wählt Fred Turre zum Vorsitzenden, Wilfried Bergmann, Jürgen Weinmann (Stellvertreter), Hans-Dieter Kapteina (Schatzmeister), Siegfried Kosbü, Dr. Fritz Michalczyk (Beisitzer).

25. April:

Im Bereich des Einkaufszentrum auf dem Kreideberg beschmiert ein 32-jähriger Lüneburger mehrere Fassaden mit Hakenkreuzen.

26. April:

In der Bardowicker Eventfabrik tritt die Hooligan-Band „Kategorie C“ auf (s. Bericht November 2001). Die Lüneburger Polizei ist bestens gewappnet, „sie hielt Augen und Ohren offen“ (LZ v. 28.4.). Einsatzleiter Joachim Krüger weiß nämlich: „Eine latente Gefahr besteht immer,...zumal... dort, wo die Rechten sind, auch Mitglieder der linken Szene auftauchen können.“

27. April:

NPD- Landesvorstand tagt in Lüneburg und konkretisiert die Planung der Aktion „Heimreise statt Einwanderung“, eine landesweite Kampagne mit Demonstrationen an vielen Orten Niedersachsens.

29. April:

Die LZ berichtet mit der Überschrift „Die Fahnder mit Maus und Tastatur“, über die Tätigkeit einer Regionalen Datenverarbeitungsgruppe der Lüneburger Polizei : „ Weniger Probleme als gemeinhin angenommen, machen die Rechts-extremisten... Es gibt gar nicht so viele bedenkliche Seiten“. Im Gegensatz dazu berichtet „Der Stern“: „ Neonazis – Mordaufruf per Internet...Rechte Fanatiker nutzen immer stärker das Computernetz für ihre braune Agitation mit Hass- Seiten und Bastelanleitungen für Bomben. Jetzt haben sie erstmals Kopfgelder auf Gegner ausgesetzt...200 Homepages waren im vergangenen Jahr abrufbar, jetzt sind es bereits mehr als 300.“ Der Sternartikel stammt nicht von 2003, sondern bereits aus dem Jahre 1999. Seitdem stieg die Internetpräsenz der Neonazis sogar noch weiter an.

19. Mai:

Die LZ berichtet über den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2002:

„ Die Region Lüneburg zählt neben Hannover und Südniedersachsen zu den regionalen Schwerpunkten neonazistischer Kameradschaften...“

25. Mai:

Auf dem NPD- Landesparteitag wird Malte Holzer (Amelinghausen) in den Landesvorstand gewählt. Manfred Börm (Handorf) wird zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt und löst somit Horst Nolte (Lüneburg) ab.

Juni:

Die NPD- Zeitung „Deutsche Stimme“ berichtet vom Aufbau eines Bundesordnungsdienstes der NPD unter Leitung des Bundesvorstandsmitgliedes Manfred Börm aus Handorf. Dieser Ordnungsdienst soll „bundesweit für Disziplin und Sicherheit bei Kundgebungen und Demonstrationen des nationalen Widerstandes“ sorgen und durch „entschlossenes, sicheres und diszipliniertes Auftreten“ anderen „Kameraden Beispiel und Vorbild sein.“

Juli:

Über die NPD- Parteizeitung „Niedersachsen-Spiegel“ sucht Manfred Börm Freiwillige, die bei den geplanten Nazidemonstrationen den NPD-Lautsprecherwagen, ein altes Feuerwehrfahrzeug, beschützen.

11. September:

Unter der Überschrift „ Im Fadenkreuz radikaler Islamisten“ stellt die LZ ein Buch des Lüneburger Universitätsdozenten Dr. Udo Ulfkotte mit dem Titel „ Der Krieg in unseren Städten“ vor.

3. Oktober:

Nach einer antisemitischen Rede des Fuldaer Bundesabgeordneten Martin Hohmann (CDU), in der er Juden als „Tätervolk“ bezeichnet, schlagen die Wellen hoch. Empörte Proteste führen dazu, dass Hohmann aus der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen wird.

Der rechte Rand der CDU/CSU und andere rechte Konservative solidarisieren sich mit Hohmann und fordern von Angela Merkel und Edmund Stoiber, den Ausschluss aus der CDU-Fraktion rückgängig zu machen und ein Parteiausschlussverfahren zu stoppen.

Der Aufruf „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“, den über 4.000 Personen unterstützen, wird auch von 6 CDU-Mitgliedern aus dem Landkreis Lüneburg unterzeichnet: Britta und Dr. Arno Bohr (Lüneburg), Hermann Pahl (Wittorf), Edith Richter (Lüneburg), Dr. Hans- Joachim Richter (Lüneburg) und Marc Wörner (Lüneburg)

13. Oktober:

In der Veranstaltungsreihe der Volkshochschule für die ältere Generation stellt sich die Lüneburger „Landsmannschaft Ost- und Westpreußen“ den etwa 30 Anwesenden vor. Die 1. Vorsitzende, Frau Harms, erzählt vom Vereinswesen (z. B. monatliche Treffen im Hotel Scheffler) und erklärt Grundsätzliches: „Ostpreußen ist die östlichste Provinz Deutschlands... Ostpreußen ist und bleibt deutsch.“

In Zeiten allgemeiner Islamisten-Terroristenfurcht macht ein Mann in der LZ von sich reden, der es genau weiß: Dr. Udo Ulfkotte, einst FAZ- Journalist und nun Dozent an der Universität Lüneburg, stellt sein Buch „Der Krieg in unseren Städten“ vor, in dem er nachzuweisen versucht, dass Deutschland in das Fadenkreuz der Fundamentalisten geraten sei, die Islamisten das Land übernehmen wollen und es „auch in Lüneburg Vereine gibt, in denen Extremisten verkehren.“ Eine solche Sicht der Dinge findet natürlich schnell Eingang in das Vorlesungsverzeichnis der hiesigen Universität (persönliche Seminaranmeldung erforderlich, von wegen der Gegenaufklärung), wo Ulfkotte unter dem Titel Security Management seinen Studies alles Wesentliche beibringt. Und auch die örtliche Wirtschaft, IHK und Handwerkskammer, die Bezirksregierung, Konrad-Adenauer-Stiftung und die Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Universität Lüneburg profitieren von Ulfkottes Erkenntnissen. Das zeigt die jährliche Veranstaltungsreihe „Lüneburger Sicherheitsforum der Wirtschaft, die von Ulfkotte wesentlich mitorganisiert wird (lustigstes Referat 2002: „Ökoterroismus gegen Unternehmen“) und die o.g. Interessengruppen als Veranstalter und Finanziere fungieren. Dort nämlich darf Dr. Ulfkotte als Terrorismusexperte sein Wissen vortragen – und bezahlt wird so was ja auch ganz gut.

Dass derlei Vorgänge nicht nur eine Provinzposse darstellen, sondern durchaus relevante Verbindungen nach Rechtsaußen vorhanden sind, macht der Autor Ulfkotte selbst deutlich:

Dass ein Beifall für bestimmte Thesen von der falschen Seite kommt, ist manchem Journalisten nur bedingt anzulasten. So werden Ulfkottes Ansichten bei der politischen Rechten freudig begrüßt. Ulfkotte geht allerdings einen wesentlichen Schritt weiter und begibt sich selbst in den Bereich der Rechtsaußen- Strategen, indem er in deren Blätter publiziert, bzw. sich als Interviewpartner zur Verfügung stellt, z.B. der „Jungen Freiheit“ und „Der Selbständige“. Für den 8. Mai 2004 ist er für eine Veranstaltung des „Bundes der Selbständigen“ in Fulda angekündigt, wo er u.a. gemeinsam mit Martin Hohmann und anderen dubiosen Gestalten auftritt. Die Bedeutung Ulfkottes für Rechtsaußen liegt nämlich nicht nur in seinen „Deutschland als Opfer“- Thesen begründet – Autoren dieser Provinienz gibt es mehr als genug. Ulfkotte macht im Gegensatz zu anderen Autoren auch Vorschläge zur Eindämmung der „islamistischen Gefahr“ und diese bewegen sich überwiegend auf Rechtsaußen- Linie: Als Konzept bietet er an, grundgesetzlich verbrieft Rechte einzuschränken und z.B. den Anspruch von Ausländern auf Einbürgerung verfallen zu lassen, wenn sie länger als drei Monate Sozialhilfe beziehen. Das hört sich recht stark nach NPD an.

Mit der Parole „Heimreise statt Einwanderung“ knüpft die NPD an die mörderischen rassistischen Pogrome Anfang bis Mitte der 1990er Jahre an.

Ähnliche Aufmärsche finden in Hannover, Braunschweig, Osnabrück und Wilhelmshaven statt und sind Teil einer Kampagne der NPD in Niedersachsen.

An der Demonstration nehmen nur ca. 150 Neonazis teil.

An einer Gegendemonstration beteiligen sich über 2500 Menschen. Die Demonstration wird von 80 Gruppen, Verbänden, sozialen Einrichtungen, Gewerkschaften, einigen Parteien und anderen Initiative unterstützt. Gegen dieses Bündnis wurde im Vorfeld massiver Druck von Seiten der Polizei und der etablierten Lüneburger Politik ausgeübt. Zuerst sollte sich das Netzwerk von der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen distanzieren und später wurde der Demonstration noch eine Gewaltbereitschaft unterstellt. Die große Beteiligung an der Demonstration zeigt deutlich, dass die Diffamierungskampagne und andere Störmanöver erfolglos waren. Auch ein ökumenischer Gottesdienst, der als Konkurrenzveranstaltung zur Demonstration des Netzwerks durchgeführt wurde, wird von nur ca. 450 Menschen besucht.

Die Demonstration endet um ca. 11.30 Uhr im Clamart-Park. Im Anschluss daran ziehen Hunderte in Richtung der Route der Nazis. Vielen Menschen ist die große Demonstration noch nicht ausreichend als Zeichen gegen Faschismus und Rassismus. Es ist versucht worden, an mehreren Stellen die Route der Nazis zu blockieren. Dies gelingt allerdings nicht, da die Polizei die Route stundenlang hermetisch abriegelt, was zu einem Verkehrschaos im westlichen Teil der Stadt führt. Dennoch gelingt es Antifaschistinnen und Antifaschisten immer wieder, die Polizeisperren zu überwinden und an die Nazis heran zu kommen und ihnen während der gesamten Demonstrationsdauer deutlich zu zeigen, dass sie absolut unerwünscht sind. Auch viele Anwohnerinnen und Anwohner machen aus ihrer Ablehnung gegenüber den Nazis keinen Hehl. Aus mehreren Häusern hängen Transparente und Plakate gegen Nazis. Mehrmals geht die Polizei brutal gegen Menschen vor, die versuchen, in die Nähe der Nazis zu gelangen. Dabei setzt die Polizei u.a. auch Pfefferspray ein. Zum Teil wahllos schlag sie in die Menge. Durch Übergriffe der Polizei werden über 20 Personen zum Teil erheblich verletzt. Mehrere müssen im Krankenhaus behandelt werden. Im Verlauf des Tages werden ungefähr 70 Personen von der Polizei in Gewahrsam genommen, ausschließlich Menschen, die gegen die NPD protestieren. Die Polizei und der BGS ist mit über 2000 Beamten im Einsatz.

Dezember:

Organisiert von Malte Holzer findet im Kreis Lüneburg eine NPD- Weihnachtsfeier mit etwa 100 Personen statt, um „Hintergründiges zum Julfest“ vorzutragen.



Celler Zeitung, 1. 12.



Löste am Sonnabend heftige Gegendemonstrationen aus: der NPD-Aufmarsch in Lüneburg. Foto: Wege

Nationale Opposition zeigt Flagge in Lüneburgs Innenstadt!

Im Rahmen der nationalen Aufklärungskampagne "Heimreise statt Einwanderung, denn deutsche Kinder braucht das Land" sind am 29.11.2003 in Lüneburg ca. 200 weit überwiegend junge NPD/JN Aktivisten und freie Nationalisten für den biologischen Erhalt des deutschen Volkes und gegen die staatlich geförderte Masseneinwanderung auf die Straße gegangen.

Die nationale Kampagnendemonstration kann zum einen wegen des enormen Pressechos und zum anderen wegen des großen Aufsehens in der Stadt Lüneburg als Erfolg der NPD und des freien Widerstandes gewertet werden. Deshalb ruft die NPD und die freien Kräfte schon jetzt dazu auf sich zahlreich an der nächsten Kampagnendemo am 28.02.2003 in Osnabrück zu beteiligen.

Heiko (NPD/JN Hannover)

02.12.2003

<http://jn-nds.de/npd-niedersachsen/lueneburgdemo.htm>

Auf die Plätze





Ordnungsdienst

Meldeblatt für Bewerber

DER ORDNUNGSDIENST

AUSBILDUNG

Zuverlässigkeit, Disziplin und Einsatzbereitschaft wird von jedem OD-Kameraden bei den regelmäßig stattfindenden Ausbildungstreffen verlangt. Die Lager dienen der charakterlichen, weltanschaulichen und fachlichen Bildung des Ordnungsdienstes.

DEMONSTRATION

Wir sorgen bundesweit für Disziplin und Sicherheit bei Kundgebungen und Demonstrationen des nationalen Widerstandes. Durch unser entschlossenes, sicheres und diszipliniertes Auftreten wollen wir anderen Kameraden Beispiel und Vorbild sein.

VERANSTALTUNGSSCHUTZ

Auf Bundes- und Länderebene garantieren wir auf zahlreichen Saal- und Großveranstaltungen der NPD für den Schutz und die ungestörte Ruhe der Veranstaltungsteilnehmer. Wir übernehmen die Absicherung der Veranstaltung vom Treffpunkt bis zum Veranstaltungsende.

Anforderungsprofil

Aufgrund der hohen Belastungen die sich für jeden OD-Kameraden ergeben, erheben wir einen hohen Anspruch an unsere Bewerber. Nur so ist es möglich, unsere Leistungsfähigkeit stets zu verbessern.

- Das Alter der Bewerber sollte zwischen 18 und 30 Jahren liegen.
- Der Bewerber muß bereit sein, die Struktur des Ordnungsdienstes anzuerkennen.
- Er muß sich in die Gemeinschaft einfügen und bereit sein, seine Leistungsfähigkeit stets zum Nutzen aller zu verbessern.
- Der Bewerber sollte ein Mindestmaß an körperlichen und sportlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Grundlage die von jedem gefordert wird, sind die Leistungen für das Deutsche Sport Abzeichen.
- Der Bewerber erkennt die Grundlage, unserer nationalistischen Weltanschauung an. Er ist bereit, nach diesen Grundsätzen sein Leben auszurichten.

Meldeschein

Name Vorname

Straße, Haus- Nr.: PLZ, Ort: Alter:

Telefon: ePost:

Bitte ankreuzen:

- Ich möchte Euch kennenlernen!
- Ich möchte dem Ordnungsdienst beitreten!
- Ich möchte Euch mit einer Spende unterstützen!

Senden an:

Bundesordnungsdienst
Postfach 1871
21308 Lüneburg

Das Nordost-Institut Lüneburg

lädt ein zu einem öffentlichen Vortrag

am Mittwoch, dem 22. Oktober 2003 um 18.00 Uhr spricht
in der Brömse Diele, Am Berge 35:

Ulrich Pohn M.A.

**„An der schmalen Grenze zwischen Wissenschaft und Politik“:
Biographische und institutionelle "Selbstanknüpfungen" bei
Max Hildebert Boehm (1891-1968)**

Neben seiner Lehrtätigkeit an der Deutschen Hochschule für Politik, der Berliner und der Jenaer Universität in der Weimarer Republik und während der NS-Diktatur trat der deutsch-baltische Soziologe und "Volkstums"-Theoretiker Max Hildebert Boehm nicht nur durch zahlreiche Publikationen hervor, sondern auch als Gründer zweier an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik angesiedelter Forschungs- und Bildungseinrichtungen: des Instituts für Grenz- und Auslandstudien in Berlin und der (Nord-)Ostdeutschen Akademie bzw. des Nordostdeutschen Kulturwerks in Lüneburg.

Von der Gründungsgeschichte der Lüneburger Akademie ausgehend, stehen die Kontinuitäten und Wandlungen, die für die Ausrichtung der Interessen und Tätigkeitsfelder Boehms von den 1920ern bis in die 1960er Jahre hinein kennzeichnend waren, im Mittelpunkt des Vortrages.

Ulrich Pohn M.A., Historiker und Doktorand am Historischen Seminar der Universität Hamburg mit einem Dissertationsvorhaben über den "Volkstumsforscher" Max Hildebert Boehm (1891-1968). Seine Forschungsschwerpunkte liegen u.a. in den Bereichen Intellectual history, Biographieforschung, Film-/Medientheorie und -geschichte, Konservatismus, Nationalismus und völkische Bewegungen im 20. Jahrhundert.

Die anschließende Diskussion dreht sich um die faulen Polen und Russen („In Ostpreußen wird nichts gemacht, alles vergammelt...Die Leute sitzen am Strand und freuen sich, lassen aber alles runterkommen und fahren unsere großen Autos.“), großdeutsche Ansprüche („Ostpreußen ist auch Deutschland...Wir wollen keinen Krieg, aber das ist auch Deutschland.“), Deutsche als Opfer („Die sogenannten Siegermächte haben auch Unrecht begangen. Darüber wird nicht gesprochen. Aber seit einem Jahr ist das besser, wie das Fernsehen und neuere Bücher zeigen.“), den fehlenden Nationalstolz der Deutschen („Kein anderes Land der Welt würde sich ¼ des Reiches wegnehmen lassen und dann noch „Hurra“ schreien...Deutsche haben keinen Nationalstolz, was eine Folge des Schulunterrichts ist.“) und um die aktuelle Lösung des revanchistischen Problems:

“ Durch die Aufnahme Polens in die EU wird es eine Niederlassungsfreiheit dort geben. Dann können die Deutschen wieder dorthin zurück und wieder sesshaft werden.“

Mit dem Hinweis auf einen Besuch im Ostpreußischen Landesmuseum und dem kostenlosen Verteilen des revanchistischen „Ostpreußenblattes“ (neuer Titel „Preußische All-gemeine Zeitung“) endet die Veranstaltung der VHS.

22. Oktober:

Geschichtsklitterung der besonderen Art präsentiert das Nordost-Institut Lüneburg bei einem Vortrag von U. Pohn „An der schmalen Grenze zwischen Wissenschaft und Politik“ über den Gründer der Lüneburger Ostdeutschen Akademie, Max Hildebert Boehm. Anstatt die Ideologie dieses fördernden SS- Mitgliedes und Begründers der faschistischen Volkstumssozioologie, seine wissenschaftliche Zuarbeit für die Naziverbrechen (z.B. als Lehrstuhlinhaber in Berlin und Jena ab 1933) und die bruchlose Fortsetzung seiner Tätigkeit ab 1949 im Verein der Altnazis sowie seine revanchistische Tätigkeit im Nachkriegsdeutschland darzustellen, präsentiert der Vortragende ein apolitisches Bild eines ehrbaren Mannes.

22. November

Im Extratip erscheint unter der Überschrift „Statt Brot und Milch lieber eine Videokamera“ ein Artikel über den angeblichen Missbrauch von Lebensmittelgutscheine für AsylbewerberInnen. Angeblich wäre eine 579 EUR teure Videokamera mit diesen Lebensmittelgutscheinen gekauft worden. Geschickt werden im Artikel rassistische Klischees bedient und Sozialneid geschürt, was dann auch zu einer Flut rassistischer Leserbriefe führt.

29. November:

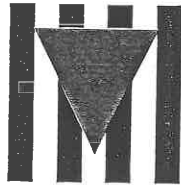
Zum vierten Mal seit Juni 1998 findet in Lüneburg ein Naziaufmarsch statt. Unter dem rassistischen Motto „Heimreise statt Einwanderung, denn deutsche Kinder braucht das Land“, hatte der Landesverband der Niedersächsischen NPD die Demonstration angemeldet.

Aus der Vergangenheit lernen:

Erinnern für die Zukunft

Mach mit bei der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten!

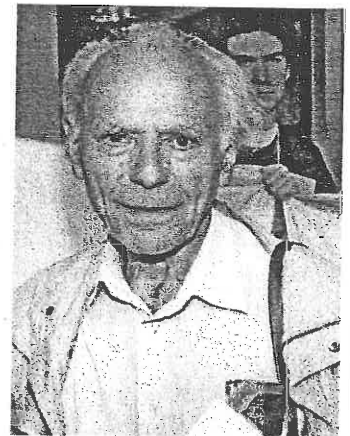
Die VVN-BdA beschäftigt sich in vielfältiger Weise und verschiedenen Formen von Aktivitäten (Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Ausstellungen) mit Erscheinungen, Ursachen und Inhalten von Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Krieg. Sie will über Vergangenheit und Gegenwart informieren - und möglichst viele Menschen veranlassen, gegen Neofaschismus und Rassismus aufzutreten. Die VVN-BdA sucht den Kontakt und das Gespräch mit jedem Interessierten. Sie arbeitet in vielen Bündnissen mit.



Unser Leitmotiv - Der Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Der rote Winkel war in den Konzentrationslagern der Nazis das Kennzeichen der politischen Häftlinge. Daher ist er heute das Symbol der VVN-BdA.



Esther Bejarano (links) überlebte das Vernichtungslager Auschwitz. Peter Gingold kämpfte in der französischen Résistance gegen die Nazis. Beide gemeinsam appellierten am 50. Jahrestag der VVN-Gründung an die heutigen Jugendlichen:

„ Wir hoffen auf Euch, auf eine Jugend, die das alles nicht stillschweigend hinnehmen wird! Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, die nicht kapituliert, die sich nicht dem Zeitgeist anpaßt, die ihm zu trotzen versteht, und deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verlorengegangen ist. Wir setzen auf eine Jugend, höllisch wachsam gegen alles, was

wieder zu einer ähnlich braunen Barbarei führen könnte; eine Jugend, die nicht wegsieht, wo Unrecht geschieht, wo Menschenrechte verletzt werden; eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag, eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt. „

Weitere Veröffentlichungen unserer Gruppe:



Verlagung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Kreisvereinigung Lüneburg

NS- Zwangsarbeit in
Lüneburg

Briefe aus Polen

*Ważne wiadomości o naszym państwie,
jakie możemy uzyskać z zagranicy.
Ważne wiadomości z zagranicy o naszym państwie,
jakie możemy uzyskać z zagranicy.
Ważne wiadomości z zagranicy o naszym państwie,
jakie możemy uzyskać z zagranicy.*

Verlagung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Kreisvereinigung Lüneburg, Postfach 29 01, 21332 Lüneburg

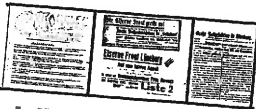
NS- Zwangsarbeit in
Lüneburg

Briefe aus der Ukraine

*Україна після війни. Її економіка, наука, література,
культура, життя. Україна після війни. Її економіка,
наука, література, культура, життя. Україна після
війни. Її економіка, наука, література, культура,
життя. Україна після війни. Її економіка, наука,
література, культура, життя.*



Die
faschistische
Verfolgung
der Juden
in Lüneburg -
Eine Skizze



Lüneburg
1933

Widerstand
und
Verfolgung



Die VVN / BdA in Lüneburg:

Wir sind eine Gruppe von ca. 40 Menschen, jung und alt, die sich seit Jahren in Lüneburg antifaschistisch engagieren; überwiegend parteiungebunden, viele sind gewerkschaftlich organisiert.

Unser Büro befindet sich im Heinrich-Böll-Haus.

Wir treffen uns zum Plenum jeden ersten Montag im Monat:

jeweils um 18 Uhr, im Heinrich-Böll-Haus (Katzenstrasse 2).

Unsere Gruppe wurde 1948 von Verfolgten des Naziregimes gegründet. Die ersten Mitglieder waren anfangs geehrte Leute, die bei den Entnazifizierungsverfahren und der Sozialpolitik der Stadt Lüneburg mitgewirkt haben. Später dann weitere Verfolgung in der Zeit des „Kalten Krieges“.

Themen / Aktivitäten:

- Friedensarbeit
- Gegen Nazis / Antifaschismus
- Lokalgeschichte (z.B. NS-Zwangsarbeit in Lüneburg)
- Vorträge und Stadtführungen

Kontakt:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Kreisvereinigung Lüneburg
Postfach 29 01
21332 Lüneburg

Weitere Informationen:
www.vvn-bda.de

Demonstration gegen einen NPD- Aufmarsch in Lüneburg am 29. November 2003

